

Walter Friedrich



Rechtsextremismus im Osten

Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation?



Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Walter Friedrich

Rechtsextremismus im Osten

Walter Friedrich

Rechtsextremismus im Osten

Ein Resultat der DDR-Sozialisation?

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2002

ISBN 3-89819-113-3

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2002

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Redaktion & Satz: Lutz Höll

Umschlaggestaltung: Hans Rossmanit

Korrektur: Ellen Lubert

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

- Vorwort 7
- 1. Zum Rechtsextremismus-Begriff 11
- 2. Über den Forschungs- und Erkenntnisstand vor 1990 14
- 3. Über die Forschungssituation nach 1990 im Osten 21
- 4. Theoretische Bemerkungen zu unserer Analyse 27
- 5. Hypothese 1: Lage zu DDR-Zeiten 36
- 6. Hypothese 2: Einfluss der Sozialisationsdauer in der DDR 39
- 7. Hypothese 3. Einfluss der DDR-Identifikation 44
- 8. Hypothese 4: Trends nach 1990 48
 - 8.1. Rechtsextreme Orientierungen 48
 - 8.2. Fremdenfeindlichkeit 58
- 9. Antisemitismus im Osten 66
- 10. Rechtsextremistische Gewalt 79
- 11. Exkurs: Zum Konzept der »autoritären Persönlichkeit« 89
- 12. Zusammenfassung 95
- 13. Ausblick auf einige theoretische und politische Zusammenhänge 99
- 14. Literatur 109

Vorwort

Dass rechtsextremistische Erscheinungen schon Ende der 80er Jahre, vor allem jedoch nach der Wende und Vereinigung im Osten viel häufiger als früher aufgetreten sind, kann nicht bestritten werden. Verständlicherweise spielte die Frage nach den Ursachen dieser überraschenden und die Öffentlichkeit stark beunruhigenden Ereignisse von Anfang an eine große Rolle – doch die Meinungen dazu gingen schon damals weit auseinander. Politiker, Journalisten und Wissenschaftler, die sich zu Wort meldeten, vertraten häufig gegensätzliche Standpunkte. Die einen sahen die Hauptursache in den komplizierten Lebensumständen, mit denen die Menschen nach dem Zusammenbruch der DDR und der folgenden Übergangsphase in die neue Gesellschaft konfrontiert waren. Die anderen dagegen machten die autoritären Strukturen der DDR dafür verantwortlich, unter denen die Bürger jahrzehntelang sozialisiert, damit in spezifischer Weise mental geprägt worden waren.

Die Vertreter beider Auffassungen beharrten vehement und recht selbstsicher auf ihren Positionen, sie befehdeten sich mehr mit politischen Stereotypen und mit gegenseitigen Denunziationen, weniger mit sachlichen wissenschaftlichen Argumenten.

Auch wenn sich in den vergangenen Jahren manches entkrampft hat, wird doch dieser Streit durch solche politischen Hintergründe immer wieder aufs neue entfacht. Viele Ostdeutsche registrieren ärgerlich, dass sie mit Hinweisen auf ihre DDR-Sozialisation, auf ihr früheres Leben stigmatisiert werden sollen, als moralisch mitschuldig an Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verunglimpft werden. Die von Prof. PFEIFFER 1999 so großspurig erhobenen Anklagen und Vorwürfe gegenüber den Eltern und ErzieherInnen im Osten, die angeblich die heutigen Gewalttäter dazu angestiftet haben, hat das exemplarisch verdeutlicht. Es gibt also gute Gründe, sich mit der Problematik genauer zu befassen und zu ihrer wissenschaftlichen Klärung vorzudringen.

Das soll hier versucht werden: aber nicht in der Form eines verbalen Schlagabtausches, nicht in der Gegenüberstellung bloßer Alltagsmei-

nungen, wie das ja häufig noch geschieht. Wir werden uns vor allem darauf konzentrieren, *empirische Fakten* vorzustellen, mit denen wir Ursachbehauptungen wissenschaftlich testen, auf ihren Realitätsgehalt exakt prüfen können.

Das erfordert insbesondere Forschungsergebnisse der quantitativen Sozialwissenschaften, z.B. der Meinungs- und Jugendforschung heranzuziehen, die den repräsentativen und methodischen Exaktheitskriterien genügen. Der Leser wird daher häufig mit Zahlen, Tabellen, graphischen Darstellungen bekannt gemacht werden, die er nicht nur überfliegen, sondern genauer studieren sollte, denn hier findet er letztlich die überzeugendsten Argumente für das Problemverständnis.

Von großer Bedeutung sind für unser Vorhaben Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschen. Westdeutsche Populationen dienen als Referenzgruppen, als »Meßlatte«, ohne die man den Ausprägungsgrad dieser oder jener Erscheinungen im Osten nicht zuverlässig beurteilen kann. Deshalb werden wir sehr oft einen Blick auf die Lage im Westteil – vor oder nach der Vereinigung – werfen.

Von vornherein soll nachdrücklich auf die Grenzen unserer Darstellung hingewiesen werden. Nicht oder nur ganz am Rande werden Fragen der Verbreitung, historischen Entwicklung und politischen Bedeutung des *organisierten Rechtsextremismus* diskutiert. Über das Wirken rechtsextremistischer Parteien oder Organisationen, über Statistiken der Entwicklung solcher Bewegungen oder der Zahlen von Parteienwählern in Vergangenheit und Gegenwart wird der Leser hier wenig erfahren. Darüber gibt es seit langem eine umfangreiche und sehr gehaltvolle Literatur, auf die verwiesen wird. *Wir befassen uns hier vornehmlich mit der »rechtsextremen Mentalität«, also mit rechtsextremen Orientierungen, Einstellungen, mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, mit politisch motivierter Gewalt.* Ebensovienig können hier Fragen der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, seiner Prävention oder rechtsstaatlichen Verfolgung erörtert werden.

Das Hauptziel unserer Analyse besteht darin, auf die Titel-Frage eine Antwort zu geben – also zu untersuchen, ob die Sozialisation unter den Bedingungen der autoritären DDR als entscheidende Ursache rechtsextremer Orientierungen, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und politischer Gewalt betrachtet werden kann.

Dazu werden vier Arbeitshypothesen aufgestellt, die auf ihre empirische Stichhaltigkeit geprüft werden.

Ich hoffe, dass auf dieser gemeinsamen »Forschungsreise«, die uns über ein weites und streckenweise gewiss auch unbekanntes Feld führen

wird, genügend interessante und bedeutsame neue Erkenntnisse zutage gefördert werden – für den einen mehr, für den anderen weniger!

Mein Dank gilt an dieser Stelle der Rosa-Luxemburg-Stiftung-Sachsen in Leipzig, vor allem dem Geschäftsführer, Klaus Kinner, für die Förderung des Projekts. Besonders dankbar bin ich Lutz Höll und Uta Schlegel für ihre redaktionellen Arbeiten.

Wertvolle Anregungen verdanke ich Karl-Heinz Jahnke, Klaus Korn, Rolf Ludwig, Solveig Jobst, Dieter Schreiber, Jan Skrobanek, Uta und Kurt Starke, Peter Voß. Ein stark verkürzter Beitrag zu dieser Thematik ist kürzlich von mir in der Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte« zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 9. November 2001 (B 46/2001) erschienen (FRIEDRICH 2001). Zahlreiche Tabellen und auch größere Textpassagen wurden in den Abschnitten 5–8 daraus übernommen.

1. Zum Rechtsextremismus-Begriff

Der Terminus »Rechtsextremismus« hat sich in Deutschland erst in den letzten 20 Jahren durchgesetzt. Früher wurde er neben »Rechtsradikalismus«, »Neofaschismus«, »Nationalismus«, gelegentlich auch »Totalitarismus« verwandt – meist mit Bezug auf ganz ähnliche soziale Tatbestände. Obwohl diese Sprachregelung von Sozialwissenschaftlern, Politologen, Historikern sowie in der Öffentlichkeit heute kaum noch in Frage gestellt wird, ist doch das, was damit bezeichnet werden soll, der Begriffsinhalt, durchaus nicht einheitlich definiert. Die Auffassungen gehen mitunter noch erheblich auseinander.

In der Fachliteratur wird immer wieder »die unpräzise und inkonsistent verwendete Begrifflichkeit«, »die inflationäre Verwendung des Ausdrucks Rechtsextremismus« oder »die babylonische Sprachverwirrung« beklagt. (NEUREITER 1996 u.a.)

WINKLER, der eine sehr gute Übersicht über den Stand der theoretischen Diskussion gibt, spricht sogar von einem der »amorphesten Begriffe der Sozialwissenschaften« (2000. S. 39). Und BUTTERWEGGE urteilt nicht weniger hart, wenn er schreibt: »Die deutsche Rechtsextremismusforschung steht weder auf empirisch gesichertem Boden, noch verfügt sie über ein theoretisches Fundament, das tragfähig wäre.« (1996. S.10) Diese sehr strengen Urteile sollte man durchaus zur Kenntnis nehmen, aber sie können uns hier nicht davon abhalten, unter Bezugnahme auf einige bekannte Autoren doch eine kurze Charakteristik des Konstrukts zu geben.

In Anlehnung an STÖSS verstehen wir Rechtsextremismus als einen »Sammelbegriff, der verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen subsumiert, die als rechtsgerichtet und undemokratisch gelten.« (1999. S. 21)

STÖSS geht in Übereinstimmung mit der sozialpsychologischen Theorie von zwei Grunddimensionen des Rechtsextremismus-Potentials aus: von Einstellungen und Verhaltensweisen. Einstellungen sind bekanntlich geistige (mentale) Dispositionen, die dem Verhalten vorgeschaltet sind, es orientieren und motivieren. Sie sind die »eigentlichen Beweggründe«, die psy-

chischen Ursachen für (rechte) Urteile, Entscheidungen, Handlungen, bis zu Gewalttaten. Ihre Funktion und Wirksamkeit darf keinesfalls unterschätzt werden. Wer rechtsextremistisches Verhalten bekämpfen will, muss letztlich die Einstellungen der betreffenden Person ändern.

Zu den wesentlichen Bestandteilen der rechtsextremistischen Einstellungsstruktur rechnen die meisten Autoren:

- Nationalismus,
- Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Pro-nazistische Haltung (Verharmlosung oder Rechtfertigung des Faschismus),
- Autoritarismus (vor allem Unterwerfung unter Stärkere, gleichzeitig Dominanzstreben gegenüber Schwächeren, vergleiche STÖSS 1999. S. 21f.; MADLOCH 2000. S. 253ff.)

BUTTERWEGGE verweist zu Recht noch auf den Antikommunismus, den Antifeminismus, den Antipluralismus/die Ablehnung demokratischer Grundsätze und Gepflogenheiten bei Rechtsextremisten.

Diese Einstellungen machen den Kern *des typisch deutschen rechtsextremistischen Bewusstseins* (der Gesinnung) aus.

Sie stehen untereinander in engen Zusammenhängen, besitzen positive Korrelationskoeffizienten. Doch können diese Einstellungen auch teilweise unabhängig voneinander existieren. Ausländerfeindlichkeit oder Antisemitismus sind z. B. zwar meist durch rechtsextremistische Faktoren bedingt, gar nicht so selten aber auch von anderen Einflüssen und Motiven abhängig.

Rechtsextremistische Einstellungsmuster haben eine Orientierungs- und Motivierungsfunktion für die entsprechenden *rechtsextremistischen Verhaltensweisen*.

Diese können beispielsweise klassifiziert werden nach:

- Wahl rechter Parteien,
- Mitgliedschaft in rechten Parteien oder Organisationen,
- Protestverhalten oder Provokationen (Hitlergruß, auch verbale Attacken),
- Gewaltausübung.

Rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen sind keine invarianten Erscheinungen. Sie variieren stark in Abhängigkeit von historischen Zeitepochen wie auch von den Unterschieden verschiedener Nationen und

Kulturen. Der Rechtstremismus in Deutschland ist bekanntlich noch teilweise durch die Muttermale des früheren faschistischen Systems behaftet. Er besitzt auch gegenüber den verwandten ideologischen Strömungen in Polen, Russland, Italien, Frankreich oder anderen Ländern seine eigenen Charakteristika.

Natürlich existiert auch oft eine bedeutende Variabilität rechtsextremistischer Bewusstseins- und/oder Verhaltensmuster zwischen regionalen bzw. lokalen Gruppierungen – und selbstverständlich besteht immer eine hohe Variabilität zwischen den Individuen.

2. Über den Forschungs- und Erkenntnisstand vor 1990

Obwohl wir dieses breite historische Gebiet nur sehr cursorisch, anhand weniger Beispiele behandeln können, möchten wir doch nicht ganz darauf verzichten.

Der Rückblick auf die über vier Jahrzehnte währende Existenz zweier grundverschiedener Gesellschaftsordnungen in Deutschland soll vor allem dazu dienen, die Verschiedenartigkeit der DDR-Entwicklung von der in der alten Bundesrepublik hervortreten zu lassen.

Man kann davon ausgehen, dass unmittelbar nach der Zerschlagung des NS-Systems die geistige Situation in den vier Besatzungszonen sehr ähnlich war, gewiss auch in der Bewertung des faschistischen Regimes, des Verhältnisses zur Nation, der Rolle des Judentums etc. Deshalb wollen wir hier der Frage nachgehen, wie der Prozess der Bewusstseinsänderung in den Nachkriegsjahren in Ost und West verlaufen ist.

In welchem Ausmaß und in welchen Zeitabständen hat sich bei der *DDR-Bevölkerung* ein Wandel des politischen Bewusstseins, der sozialen und kulturellen Mentalität vollzogen? Leider existieren dazu keine zuverlässigen Informationen. Niemand ist heute in der Lage, darauf eine gut begründete Antwort zu geben, einfach schon deshalb, weil bis in die 60er Jahre hinein in der DDR dazu keine soziologischen/sozialwissenschaftlichen Forschungen durchgeführt worden sind. Sie wurden damals von den zentralen Leitungen nicht gewünscht und nicht zugelassen.

Erst Jahre nach dem Mauerbau wurden die Zügel etwas gelockert. An verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen konnten danach soziologische Forschungen, auch einige Meinungsumfragen, besonders unter der Jugend durchgeführt werden. Allerdings unterlagen die politisch relevanten Ergebnisse in der Regel strengen Geheimhaltungsvorschriften, sie durften nicht veröffentlicht werden. Das galt im besonderen Maße für das Meinungsforschungsinstitut beim ZK der SED, das von 1965 bis 1979 repräsentative Bevölkerungsumfragen durchgeführt hat, dann aber geschlossen wurde, weil es seit Mitte der 70er Jahre zunehmend »negative« Bewusst-

seinstrends vermeldete, die der SED-Spitze nicht passten. Das galt aber auch für die wenigen soziologischen Forschungsgruppen an Universitäten und Akademien oder anderen zentralen Institutionen, darunter auch für das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ).

Das Leipziger Institut hat von 1966 bis 1990 über 400 größere empirische Studien zu unterschiedlichen Einstellungs- und Lebensbereichen der DDR-Jugend durchgeführt, darunter zahlreiche Trend- und auch personidentische Längsschnittstudien. Sie vermitteln insgesamt ein wissenschaftlich fundiertes Bild über den Bewusstseinswandel großer, repräsentativ ausgewählter Jugendpopulationen (wobei die konkreten Zahlenergebnisse zu politischen Fragen erst nach 1989 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten).

Die Trenddaten belegen anschaulich, dass sich die jungen Menschen (zwischen 14 und 30 Jahren) bis Mitte der 70er Jahre zunehmend mit der DDR und den sozialistischen Werten identifizierten, dass danach bis Anfang der 80er Jahre eine Stagnationsphase anhielt, in der sich zwar die Einstellungspositionen quantitativ wenig änderten, wohl aber das emotionale, das persönliche Engagement der jungen Menschen nachließ. Ab Mitte der 80er Jahre registrierten unsere Forschungen zunehmend regressive Trendprozesse in den politischen Bindungen und Wertorientierungen, die schließlich in den Jahren 1988/89 bei einem großen Teil der Jugendlichen einen Werteverfall, immer mehr die offene Ablehnung des Systems und eine aktive Verweigerungshaltung klar signalisierten. Das soll mit der folgenden Tabelle 1 illustriert werden (siehe gegenüberliegende Seite).

Andere Forschungen am Leipziger ZIJ belegten ebenso deutlich einen, mindestens seit den 70er Jahren wirkenden, noch tiefere Schichten der jugendlichen Persönlichkeit erfassenden »Mentalitätswandel«, der teilweise dynamischer als der in der Bundesrepublik viel diskutierte Wertewandel verlief. Er drückte sich vor allem in einem wachsenden Anspruch auf Individualitätentfaltung, nach Befriedigung persönlicher Bedürfnisse und Bestrebungen sowie nach mehr Gerechtigkeit und autonomer Lebensgestaltung aus.

Alle diese Forschungen weisen also eindeutig auf intensive Veränderungsprozesse im geistigen Leben der DDR-Jugend (ähnlich bei den Erwachsenen) hin und lassen erkennen, dass diese kein uniformer, historisch rückständiger, kulturell verklemmter Typus war, wie das vor und unmittelbar nach der Wende/Vereinigung von westdeutschen Beobachtern oft vermutet und behauptet worden ist.

Warum aber konnten solche interessanten Forschungsergebnisse damals nicht öffentlich gemacht werden? Das resultierte, wie allgemein bekannt, aus der diktatorischen Verfasstheit des SED-Systems, das den zen-

Tabelle 1: Identifikation mit der DDR 1970–1990 (Angaben in %)

»Ich fühle mich mit der DDR eng verbunden«

Dies entspricht 1 = vollkommen, 2 = im allgemeinen,

3 = kaum, 4 = überhaupt nicht meiner Meinung

	Lehrlinge		Studenten	
	1	3–4	1	3–4
1970	41	9	45	9
1975	57	5	66	4
1979	-	-	51	5
1983	46	9	70	1
1985	51	6	70	2
1986	48	6	68	2
1988/Mai	28	11	52	3
1989/Sept.	16	26	35*	15*
1990/Febr.	13	44	-	-

* Mai 1989

(Vergleiche FÖRSTER 1999. S. 85)

tralistischen Monopolanspruch auf Informationen, mit seiner Medienzensur gerade auch gegenüber sozialwissenschaftlichen Forschungen strikt durchsetzte, dadurch die Welt in seinem Sinne interpretieren und idealisieren wollte. Dem Volk wurde auch auf diese Weise das demokratische Mitspracherecht vorenthalten, es wurde unmündig gehalten – bis 1989.

Das war wohl auch der entscheidende Grund dafür, weshalb Untersuchungen über Einstellungen zum früheren Faschismus, gegenüber Ausländern oder Juden – trotz der bestehenden Geheimhaltungsvorschriften – zu DDR-Zeiten nicht gewünscht wurden und nicht zustande gekommen sind. Andererseits spielte hier aber gewiss auch eine Rolle, dass solche Erscheinungen zwar unleugbar vorhanden waren, aber weder von den Regierenden noch von der Mehrheit der Bevölkerung ernst genug genommen wurden, weil sie zumindest bis Mitte der 80er Jahre relativ selten in Erscheinung getreten sind.

Aus alledem erklärt sich das höchst bedauerliche Informationsdefizit aus DDR-Zeiten über diese noch gegenwärtig so aktuellen Problemgebiete, besonders im Jugendbereich. Aufgrund dessen kann Spekulationen, Verdächtigungen, unbewiesenen theoretischen Behauptungen bis auf den heutigen Tag mit empirischen Fakten leider nicht überzeugend genug entgegen

getreten werden – was sich eben auch noch als Mangel in dieser Broschüre niederschlägt.

Ein Blick in die BRD vor 1990

In der BRD hatte sich nach 1945 eine ganz andere Situation herausgebildet. Unter dem Einfluss vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht wurden schon Ende der 40er Jahre landesweit repräsentative Meinungsumfragen organisiert. Damit sollten vor allem die Veränderungen im Denken der Menschen, die Erfolge der antinazistischen »Umerziehungsstrategien« genauer diagnostiziert werden.

Die schon früh im Westen gegründeten deutschen Meinungsforschungsinstitute (z. B. das Institut für Demoskopie in Allensbach oder EMNID in Bielefeld) befassten sich ziemlich oft mit dem Verhältnis der Westdeutschen zu Hitler und zur NS-Vergangenheit. Dabei haben sie in Erkenntnis der politischen Lage, wie auch der Potenzen ihrer Methodik, einige relevante Standardfragen über lange Zeit hinweg wiederholt eingesetzt und damit sehr interessante Trends aufgedeckt.

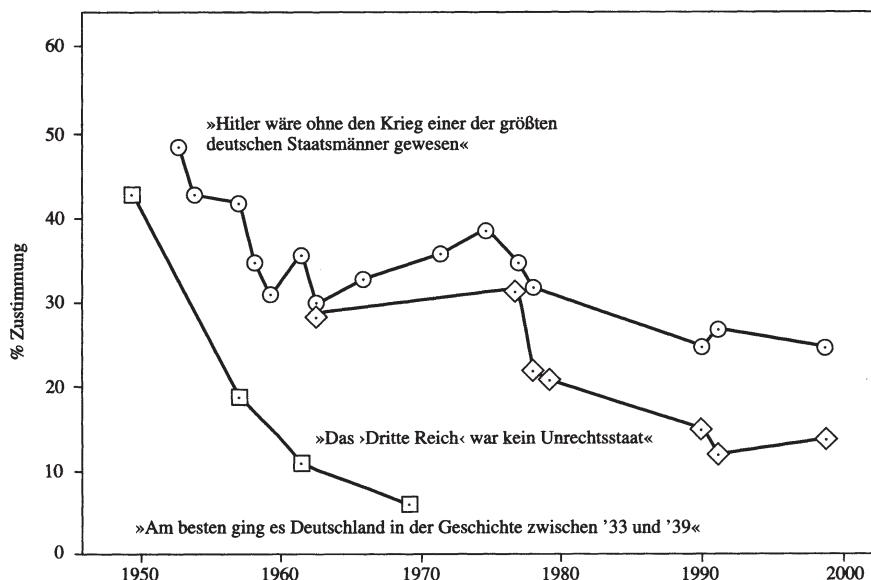
NOELLE-NEUMANN vom Allensbacher Institut hat beispielsweise seit 1955 die Frage gestellt: »Würden Sie sagen, dass Hitler ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen wäre?« Mit »Ja« antworteten von den Bürgern der Alt-BRD:

1955 = 48%	1962 = 37%	1972 = 35%
1956 = 43%	1963 = 35%	1975 = 38%
1959 = 41%	1967 = 32%	1978 = 31%
1960 = 34%		

Übrigens: 1991 wurde im Auftrag des »Spiegel« dieselbe Frage wiederholt. Mit »Ja« antworteten immer noch 29% der Westdeutschen und auch 19% der Ostdeutschen! (DER SPIEGEL 3/1992. S. 57).

Mit folgender Abbildung, die auf Ergebnisse der Meinungsforschung (des Instituts für Demoskopie Allensbach/NOELLE-NEUMANN) zurückgehen, sollen weitere derartige Trends veranschaulicht werden.

Abbildung 1: Einstellung zum NS-System 1950–2000
Zustimmung



Quelle: ARZHEIMER/SCHOEN/FALTER 2000. S. 223

Und EMNID fragte: »Wenn es eine echte Möglichkeit gäbe, würden Sie dann für oder gegen einen Mann wie Hitler stimmen?« Für Hitler wollten von den deutschen Wahlberechtigten stimmen:

1954 = 15% 1965 = 4%
1958 = 10% 1968 = 6%

23 Jahre nach 1945 noch 6% potentielle Hitlerwähler in den alten Bundesländern!

Diese veröffentlichten Zahlen lösten verständlicherweise in den 60/70er Jahren im Westen große Diskussionen aus. Sie wiesen ja in dramatischer Weise auf die Zählebigkeit alter politischer Glaubensvorstellungen und auf die Defizite in der Vergangenheitsbewältigung hin. Überhaupt sollte – trotz der Meinungsumfragen – die Inkonsequenz der politischen Auseinandersetzung mit dem NS-System in der Adenauer-Ära nicht übersehen werden. Dafür sorgte schon der Widerstand der ehemaligen Hitler-Parteigänger, die

bekanntlich in großer Zahl wieder an den Schalthebeln der politischen Macht saßen.

Auch die wissenschaftliche Rechtsextremismus-Forschung war dort lange Zeit von Misstrauen und Ablehnung umgeben. Sie fristete ein »Schattendasein« und konnte sich meist nur mit Privatinitiativen Einzelner in bescheidenen Nischen behaupten. So verwundert es nicht, dass speziellere Forschungsprojekte zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik erst Anfang der 80er Jahre auf Anforderung des damaligen Bundeskanzlers Schmidt zustande kamen. »Es ist besonders bezeichnend für die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit, dass die erste umfassende wissenschaftliche Untersuchung über rechtsextremistische Einstellungen der Bundesrepublik erst 35 Jahre nach Kriegsende stattgefunden hat.« (STÖSS 1999. S. 27)

Die Studie des Sinus-Instituts, die nach guter theoretischer Vorbereitung 1979/80 über 7000 Bundesbürger einbezog, machte Furore. Das Hauptergebnis der Forschung wurde im Buchtitel so formuliert: Fünf Millionen Deutsche: »Wir wollen wieder einen Führer haben« (SINUS 1981), es schockierte die Öffentlichkeit. Das Institut hatte mit verschiedenen Skalen festgestellt, dass 13% der Wahlbürger ein rechtsextremes Einstellungspotential besitzen. »13% aller Wähler in der Bundesrepublik verfügen über ein abgeschlossenes rechtsextremes Weltbild.« (SINUS 1981. S. 78)

Dieses Ergebnis wurde sehr differenziert belegt, z. B. durch Zusammenhänge mit verschiedenen Einstellungsbereichen wie Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz anderen gegenüber, mit Analysen wichtiger Untergruppen wie Geschlechter-, Bildungs-, Altersgruppen. Ein »klares Übergewicht« des rechtsextremen Weltbildes wurde bei den Gruppen älterer Menschen festgestellt – was natürlich für die Langzeitwirkung der früheren Generationserfahrungen (vor 1945) sprach.

Um der Sache weiter auf den Grund zu gehen, wurde 1983 das Allensbacher Institut mit einer Art Kontrolluntersuchung zum »Extremismuspotential unter jungen Leuten« beauftragt. NOELLE-NEUMANN ging die Ergebnisse und Interpretationen der Sinus-Studie erwartungs- und auftragsgemäß sehr kritisch an, setzte andere methodische Verfahren und Auswertungskriterien ein und kam so zu einer erheblichen Abmilderung der Aussagen des Sinus-Instituts. Ungeachtet dessen musste aber auch sie zugeben, dass sich unter ihren 16- bis 25jährigen doch ein ernstzunehmendes Rechtsextremismuspotential befand, nämlich etwa 4% aktive Rechtsextremisten, 2,5% passive Rechtsextremisten und 23%, wie sie formuliert, »rechte Demokraten« (NOELLE-NEUMANN/RING 1984. S. 42).

Der Streit über die Resultate der beiden Studien hatte sein Gutes: Die kritische Aufmerksamkeit von Sozialwissenschaftlern und von Teilen der

westdeutschen Öffentlichkeit gegenüber dem noch vorhandenen Ausmaß rechtsextremistischer Erscheinungen erhöhte sich wesentlich. 1987 erschien dann auch die erste größere Publikation zu den Untersuchungen von HEITMEYER über den »soziologischen Rechtsextremismus« bei Jugendlichen, die später sehr bekannt wurden (HEITMEYER 1987, 1992).

In den Verlautbarungen der Politik wurden diese Forschungsergebnisse jedoch weiter bagatellisiert oder – wie auch sonst bei Wahlen üblich – in ihrer methodischen Qualität angezweifelt.

An diesen wenigen Beispielen sollte verdeutlicht werden, dass die Unterschiede zwischen BRD und DDR auch im Hinblick auf die Rechtsextremismus-Forschung groß waren. Im Gegensatz zur DDR gab es in der Bundesrepublik zahlreiche Untersuchungen zu diesem Thema, wenn auch bis Ende der 70er Jahre meist nur auf einzelne engere Fragekomplexe im Rahmen der Meinungsforschung beschränkt. Deren Ergebnisse wurden dort in den Medien bekannt gegeben und öffentlich debattiert.

Doch darf damit die Situation in der BRD nicht idealisiert werden: weder in Bezug auf die Forschungslage noch auf die Forschungsergebnisse. Die hier angeführten Ergebnisse kennzeichnen überdeutlich die wenig kritische politisch-geistige Situation breiter Teile der vor allem älteren Bevölkerung gegenüber dem NS-System – noch Jahrzehnte nach Kriegsende! Nicht übersehen werden soll aber auch das Desinteresse politischer Kreise an der Erforschung der Problematik. Die Politiker hatten offensichtlich lange Zeit geglaubt, die pro-faschistischen Urteile und anderen rechtsextremistischen Erscheinungen würden allmählich von selbst aussterben, oder es würden sich Metamorphosen aus den alten Mustern in moderne, harmloser erscheinende Varianten (»rechte Demokraten«!) vollziehen. Diese optimistischen Erwartungen haben sich aber nicht erfüllt. Die faschistischen Erblasten erwiesen sich als weit zählebiger und sie mutierten in gefährlichere Varianten als kalkuliert worden war.

Damit sollen die Erscheinungen des Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus in der BRD der 70/80er Jahre nicht etwa nur auf den noch nicht »verblassten Schatten Hitlers« reduziert werden. Sie sind »keine mentalen ›Restbestände‹ der Nazizeit, sondern primär ein Produkt der Gegenwart, das sich aus Fehlentwicklungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft speist« (BUTTERWEGGE 1997. S. 11). Vergleiche dazu DUDEK/JASCHKE 1983/84; STÖSS 1989; BENZ 1994; KÖNIGSEDER 1994; MADLOCH 2000. S. 106ff.

3. Über die Forschungssituation nach 1990 im Osten

Wir wenden uns nun der radikal veränderten gesellschaftlichen und Forschungssituation nach 1990 im Osten zu. Der Zusammenbruch des SED-Systems führte in kürzester Zeit zu grundlegenden Veränderungen im gesamten sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich, was sich vor allem in Folgendem zeigte:

- Sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse aller Art konnten jetzt ohne politische Zensur veröffentlicht werden. Erste repräsentative Meinungsumfragen wurden bereits Ende 1989 durchgeführt und umgehend in den Medien publiziert.
- Sozialforscher konnten sich nun den vorher tabuierten oder vernachlässigten Themen zuwenden. Dazu gehörten von Anfang an auch solche Problemgebiete wie Rechtsextremismus, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, politisch motivierte Gewalt.
- West-Ost-Vergleiche wurden schnell organisiert, jetzt sogar auf Drängen und mit Unterstützung der Politiker. Das betraf Meinungsumfragen, aber auch eine große Zahl spezieller sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, insbesondere auf dem Gebiet der Jugendforschung.

Die unter den neuen Bedingungen initiierten Forschungen ermöglichten bald eine genauere Beurteilung der gesellschaftlichen Situation, z.B. auch der Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen im Osten. Sie führten zu folgenden allgemeinen Erkenntnissen:

1. Erscheinungen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit hat es in der DDR zu allen Zeiten gegeben – und zwar weit mehr als die noch Ende der 80er Jahre von der Zensur freigegebenen, spärlichen öffentlichen Mitteilungen vermuten ließen. Das kann nicht überraschen.

Doch ist eine genaue Einschätzung der tatsächlichen Zahlen vor 1989, der Verbreitung solcher Vorkommnisse nicht möglich, weil es eben keine re-

präsentativen Statistiken gibt und eine zuverlässige Rekonstruktion völlig ausgeschlossen ist.

Wenn z.B. SÜSS und EISENBERG nach umfangreichen Studien von einschlägigen Akten der Gauck-Behörde herausfanden, dass von 1965 bis 1980 allein 730 Soldaten der NVA wegen rechtsextremistischer Handlungen belangt worden sind, im Jahresmittel also etwa 50 Fälle, so ist das zwar eine unerwartet hohe Zahl, aber ihre Verallgemeinerungsfähigkeit ist dennoch gering, weil dafür kein Vergleichsmaßstab bekannt ist. Ob das vergleichsweise viel oder wenig Fälle sind, kann somit nicht beurteilt werden.

Da hilft es auch nicht, wenn man unlängst aus der Zeitung erfährt, dass nach einer Statistik des Bundes-Verteidigungsministeriums allein im Jahre 2000 bei Soldaten der Bundeswehr 196 Fälle rechtsextremistischer Handlungen registriert worden sind, meist Propagandadelikte (vergleiche »Das Parlament« vom 02.03.2001). Auch die Dunkelziffern dürften sowohl 1972 wie 2000 noch groß gewesen sein.

2. Ein Blick in die Literatur lässt auch erkennen: Erscheinungen des rechtsextremistischen Bewusstseins, der Ausländerfeindlichkeit und des Gewaltverhaltens haben seit Mitte der 80er Jahre in der DDR *erheblich zugenommen*. Die rechtsextreme Ideologie entwickelte sich hier vor allem in informellen Subkulturen (Skinhead-Szenen), weniger als im Westen in organisierten und zentral angeleiteten, institutionalisierten Formen.

Einige spektakuläre Ereignisse (wie z.B. in der Berliner Zionskirche im Oktober 1987) konnten dann auch von den DDR-Medien nicht mehr verschwiegen werden. Zur Zeit vor 1989 vergleiche BRÜCK 1992; SIEGLER 1991; WAIBEL 1995; ELSNER/ELSNER 1994; BERG 1994; NEUBACHER 1994; BUTTERWEGGE 1996; besonders STÖSS 1989 und MADLOCH 2000).

3. 1989 spitzte sich die Lage auf diesem Gebiet weiter zu. Die Prozesse des politischen Einstellungswandels verliefen sehr schnell, kulminierten in der Wendezeit in dramatischer Weise. Mit einer Längsschnittstudie bei älteren Schülern und Lehrlingen konnte vom ZIJ ermittelt werden, dass auch nationalistische und pro-nazistische Einstellungen im Herbst 1989 in kurzer Zeit stark zugenommen haben. Innerhalb von knapp 2 Monaten äußerten sich von den befragten (identischen!) Schüler- und Lehrlingsgruppen *5– bis 8% mehr* im Sinne nationalistischer/pro-nazistischer Aussagen.

Umgekehrt waren im Oktober 1989 noch 54% dieser 14- bis 18jährigen Jugendlichen der Meinung, in der DDR werden die antifaschistischen Ziele verwirklicht, im Dezember waren es aber nur noch 37% derselben Gruppen (vergleiche SCHUBARTH, in HEINEMANN/SCHUBARTH 1992. S.

17ff.). Klare Belege für den schnellen Verfall alter Überzeugungen und Bewertungen!

Zu dieser rasanten Rechtsorientierung haben natürlich die gezielten Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen aus dem Westen in der Wendezeit wesentlich mit beigetragen.

4. Nach der Wiedervereinigung kam es jedoch nicht sogleich zu der von vielen Beobachtern in Ost und West erwarteten Beruhigung auf diesem Gebiet. Im Gegenteil, der Rechtstrend setzte sich weiter fort. Das äußerte sich 1991/92 vor allem in einer geradezu explosionsartigen Zunahme fremdenfeindlicher Gewalttaten, von denen aber auch die alten Bundesländer nicht verschont blieben. Wurden 1990 nur 306 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund vom Bundesverfassungsschutz erfasst, so waren es 1991 bereits 1.489 und 1992 sogar 2.639 Gewalttaten, erst danach ging die Zahl wieder zurück (vergleiche Abschnitt 10). Die Brandanschläge auf Asylantenheime, die Schändungen jüdischer Friedhöfe, besonders das Jagen von Ausländern in Hoyerswerda und Rostock sind berühmte Beispiele dafür.

Verständlicherweise wurde mit dem Anwachsen rechtsextremistischer Erscheinungen, besonders mit der fremdenfeindlichen Gewaltwelle, die Frage nach deren Ursachen verstärkt aufgeworfen. Da es sich hier um sehr komplexe psycho-soziale Prozesse handelt, die zudem in der DDR theoretisch nicht untersucht und selbst in den Sozialwissenschaften der BRD ziemlich vernachlässigt worden waren, konnten die anfänglich großen Unsicherheiten in der Ursachendiskussion nicht überraschen. Die meisten Wissenschaftler, die sich Anfang der 90er Jahre dazu geäußert haben, wiesen auf die veränderte gesellschaftliche Situation der Ostdeutschen nach dem Systembruch hin, die die Lebenswelt der Individuen massiv beeinflusst hatte. Diejenigen, die aus psychoanalytischer Perspektive (wie MAAZ 1990) oder von bestimmten gesellschaftstheoretischen Positionen (z. B. der Totalitarismustheorie) die Ursachen in den autoritären Strukturen der DDR suchten, waren damals eher in der Minderheit.

Das kam auch auf einer großen multidisziplinären Fachtagung zu den Themen Gewalt, Rassismus, Rechtsextremismus, die 1992 mit Unterstützung der Bundesregierung in Königswinter durchgeführt worden ist, zum Ausdruck. Dort wurde von den Veranstaltern ausdrücklich die Auffassung zurückgewiesen, dass diese Erscheinungen nur »ein Stück Entwicklungsgeschichte der neuen Bundesländer« seien, denn damit werde ja letztlich »die Gesamtperspektive auf die neue Bundesrepublik« verstellt (vergleiche den von OTTO/MERTENS herausgegebenen Protokollband 1993. S. 11

sowie die dort enthaltenen Beiträge von HENNIG, OTTO/MERTEN, EWALD, KÜHN, WILLEMS, BREYMANN u.a.).

In den späteren Jahren hat sich zwar die Lage in der Ursachdiskussion der Gewalt- und fremdenfeindlichen Erscheinungen im Osten nicht grundlegend verschoben, aber es fällt auf,

- dass mehr Autoren als früher die Sozialisation unter den autoritären DDR-Strukturen als Mit-Ursache betrachten und ihr ein mehr oder weniger großes Gewicht beimessen sowie
- dass die Zahl derer eher zugenommen hat, die in der DDR-Sozialisation die »Hauptursache« sehen und mit diesen Ansichten auch eine starke Medienpräsenz erreichen. Man hat den Eindruck, dass in vielen Medien gerade der »Kausalfaktor DDR« heute mehr als früher in den Vordergrund geschoben wird.

Daher drängen sich die Fragen auf: Hat sich denn in den letzten Jahren die empirische Beweislage zugunsten dieser Auffassung tatsächlich verändert? Sprechen empirische Fakten oder etwa auch theoretische Argumente in jüngster Zeit verstärkt für eine solche Konzeption? Oder stehen außerwissenschaftliche Motive, z.B. politische Interessen, dahinter?

Damit sind wir – nach einer längeren »Landeschleife« – beim Kern unseres im Titel angegebenen Themas angelangt: der empirischen Analyse der Frage, ob die hohen Werte von Fremdenfeindlichkeit, rechtsextremen Orientierungen, politisch motivierter Gewalt im Osten entscheidend durch die Sozialisation in der DDR geprägt sind.

Lassen wir zunächst eine Reihe von Autoren zu Worte kommen, die solche Positionen vertreten:

P. POUTRUS/J. BEHRENDIS/D. KUCK, drei junge Historiker, heben aus zeitgeschichtlicher Perspektive als Ursachen »für die Alltäglichkeit fremdenfeindlicher Einstellungen in breiten Teilen der ostdeutschen Gesellschaft« sowie für deren »voraussetzungslose Gewaltbereitschaft« insbesondere hervor: den »antifaschistischen Gründungsmythos der DDR«, die »Erfindung der Freundschaft zur Sowjetunion«, die Abschottung vor Ausländern, das Freund-Feind-Denken sowie in späteren Jahren den Nationalismus in der DDR (2000. S. 15ff.).

Ähnlich argumentiert Armin PFAHL-TRAUGHBER, ein bekannter Rechtsextremismus-Forscher, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, wenn er schreibt, dass junge Rechtsextremisten in Ostdeutschland unmittelbar an »durch das SED-Regime sozialisierte antidemokratische Einstellungen in der Bevölkerung« anknüpfen können. Der Rechtsextremismus erkläre sich »zu großen Teilen durch die politische Sozialisation zur Zeit der DDR-Diktatur. Entsprechende Mentalitäten legten die Menschen verständlicherweise nach 1989 ebensowenig sofort ab wie

nach 1945.« »Autoritarismus, Antipluralismus, Freund-Feind-Denken und Kollektivismus blieben auch nach 1989 als Mentalitäten weiter bestehen und artikulierten sich als extremistische Strukturprinzipien nun unter politisch ›rechten‹ Vorzeichen weiter«, werden »vielfach durch Eltern und soziales Umfeld« weiter vermittelt (2000. S. 13).

Bernd EISENFELD, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gauck-Behörde, sagt schlicht: »Der Rechtsextremismus, mit dem wir heute in Ostdeutschland kämpfen, hat seine wesentliche Ursache in der DDR.« (SUPER ILLU 16/2001)

Bernd WAGNER, ein praktisch sehr erfahrener Rechtsextremismus-Forscher, einst DDR-Kriminologe, betont: »Die höhere Akzeptanz rechter Ideologie im Osten hat ihre Ursachen in der mangelhaften Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in der DDR«, im verordneten Antifaschismus. »Menschen, die in einem autoritären System wie der DDR aufgewachsen sind, neigen in der Regel später zu autoritären Ideologien und zu einfachen Konfliktlösungen wie der Gewalt.« (Super Illu. 35/2000)

Schließlich soll noch Christian PFEIFFER, Kriminologieprofessor, jetzt Justizminister in Hannover, zitiert werden, der Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt junger Ostdeutscher hauptsächlich aus ihrer Sozialisation im frühen Kindesalter ableitet. »Hauptursache ist die autoritäre Erziehung in der DDR. Viel zu früh und viel zu lange Zeit (sind) die Kinder von ihren Eltern getrennt worden und in Krippen, Kindergärten, Schule und Jugendorganisation einem hohen Anpassungsdruck ausgesetzt gewesen.« (DER SPIEGEL (1999)12. S. 60) Er macht besonders die Kollektiv-, Ordnungs- und Disziplinerziehung (das gemeinsame Töpfchensitzen) in der Vorschulbetreuung der DDR verantwortlich. Die Kinder hätten dort ihre Gefühle nicht ausleben können. Ihre Eltern tolerierten noch heute die Gewalt. So behauptet er, Jugendliche, die im Osten Ausländer überfallen, könnten »sich durchaus als Vollstrecker einer weit verbreiteten Volksmeinung verstehen.« (S. 66) Die Erwachsenen (früher in der DDR, jetzt noch nicht aufgeklärt und gebessert im Osten) werden so zu Drahtziehern der Jugendgewalt von heute erklärt.

Bei seinem Versuch eine theoretische Begründung zu finden, beruft sich Pfeiffer auf zwei psychoanalytisch orientierte Autoren, auf HOPF (1999) und auf MAAZ.

Letzterer hatte schon 1990 in seinem bekannten Buch »Der Gefühlsstau« behauptet, die »autoritären und repressiven Verhältnisse« in der DDR hätten »massenhaft und in intensiver Ausprägung« deformierte Charaktere, verängstigte wie zugleich gewalttätige Individuen hervorgebracht. »Die Individualität hemmen und den eigenen Willen brechen. Dieses Prinzip wurde rücksichtslos auf allen Stufen der staatlichen Erziehung durchgesetzt«

(1990. S. 25). Das werde schon im frühen Kindesalter durch den Erziehungsstil in der Familie sowie durch die »Tortur des regelmäßigen Töpfchens« in den Krippen realisiert, es könne aber auch »auf jedem Kinderspielplatz, in jedem Eisenbahnabteil und in jeder Schulklasse« beobachtet werden (1990. S. 73, vergleiche dazu seinen Artikel von 1993).

Das Buch von MAAZ erreichte damals schnell eine große Publizität. Es hat wesentlich dazu beigetragen, die negativen Stereotypen über die Kinder- und Jugenderziehung der DDR wie auch über den dadurch angeblich hervorgebrachten »Ossi Charakter« nach der Wende als scheinbar wissenschaftlich begründet erscheinen zu lassen.

Obwohl es in seinen pauschalen Aussagen völlig unbewiesen war (man kann nicht von einer Anzahl psychiatrischer Patienten schlichtweg auf die Durchschnittsbevölkerung schließen), bestärkte es doch nachhaltig die Entstehung der negativen Ossi-Klischees. Später hat sich MAAZ selbst über seine früheren subjektiven Konstruktionen weit zurückhaltender geäußert.

Die Thesen der genannten Autoren klingen größtenteils sehr selbstsicher, so, als gäbe es nicht den geringsten Zweifel an ihrer wissenschaftlichen Legitimität. Wir werden nachweisen, dass dies keinesfalls gerechtfertigt ist.

4. Theoretische Bemerkungen zu unserer Analyse

Wir wollen uns jetzt mit dem von den hier genannten Autoren vertretenen Erklärungstyp näher beschäftigen und fragen: Von welchen theoretischen und methodologischen Positionen gehen sie bei ihrer Analyse aus? Auf welchen Wegen kommen sie zu ihren Erkenntnissen?

Betrachtet man das wissenschaftliche Herangehen derjenigen Autoren näher, die den Rechtsextremismus im Osten vorwiegend als Ergebnis der autoritären DDR-Sozialisation ansehen, so fallen eine Reihe ernster Schwachstellen und Mängel auf. Auf die folgenden wollen wir hier näher eingehen.

Verabsolutierung des Sozialisationskonzepts

Man gewinnt den Eindruck, dass diese Autoren das Sozialisationskonzept stark überschätzen und dogmatisieren. Die sozialisatorischen Prägungen der Persönlichkeitsentwicklung im Kinder- und Jugendalter werden von ihnen in der Regel als außerordentlich stabil, durch biographische Einflüsse in der Folgezeit nur wenig veränderbar angesehen. Einwirkungen in den späteren Lebensetappen hätten nur geringe Chancen, größere Persönlichkeitsveränderungen zu erzielen.

Dieses theoretische Postulat wird auf die DDR-Sozialisation bezogen oft so interpretiert: In der DDR erworbene Verhaltensdispositionen (Charaktereigenschaften, Einstellungen, Gewohnheiten) bleiben auch nach dem Verschwinden des gesellschaftlichen Systems weitgehend erhalten, sie sind konserviert. Eine solche pauschale Auffassung des Sozialisationskonzepts kann jedoch für die Einstellungen/Verhaltensweisen des *Rechtsextremismus-Syndroms* nicht akzeptiert werden. Jene vor allem im frühen Jugendalter herausgebildeten Dispositionen können nachgewiesenermaßen von den Lebenslagen in späteren Altersstufen durchaus verändert werden.

Damit sollen die gravierenden Einflüsse der frühkindlichen Sozialisation und auch späterer Prägungserfahrungen auf die Entwicklung zahlreicher Motivations- und Verhaltensstrukturen nicht in Abrede gestellt werden. Wir kommen darauf noch zurück.

Einstellungs- und Verhaltensänderungen treten besonders häufig und massiv in Zeiten intensiver gesellschaftlicher Wandlungsprozesse auf. Daher erklärt sich, dass mit dem Zusammenbruch des DDR-Systems und der anschließenden Transformationsphase ein starker Zwang zur Neuorientierung und Neuanpassung verbunden war, der zu tiefgreifenden Mentalitätswandlungen führte. Solche ungewohnt komplizierten und problemreichen Lebenslagen zu bewältigen, stellte hohe Anforderungen an die Menschen, die mit Desorientierung, Misserfolgs- und Deklassierungserlebnissen, mit Frustrationen fertig werden mussten und daher oft zu Unsicherheit, Reizbarkeit, Feindseligkeit, Sündenbocksuche, Aggressionen neigten. Das Anwachsen von Erscheinungen der Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegen Andere, das Bedürfnis nach plausibel erscheinenden Formeln und Lösungen der rechtsextremistischen Ideologie, die psychische Entlastung und schnelle Lösungen der Problemsituationen versprachen, waren daher häufige Reaktionsmuster in dieser Umbruchphase.

Das Verhältnis zwischen Sozialisation und »aktuellen Situationen« (die Anpassung, Wandel der Persönlichkeit bewirken), sollte besonders in Umbruchzeiten in ihrer Wechselwirkung begriffen werden. Aktuelle Situationen, die sich unter veränderten Lebensbedingungen ständig wiederholen, somit als *alltägliche Lebenslagen* verfestigen, gewinnen eine sozialisatorische Funktion. Sie gehen in den Status der Sozialisation über, formen das habituelle Verhalten, den Charakter der Persönlichkeit um.

Diese dialektische Wechselwirkung zwischen Sozialisation und Situation sollte von den hier kritisierten Autoren klar theoretisch berücksichtigt werden!

Bestimmung der autoritären Gesellschaftsstrukturen

Die meisten der genannten Autoren nähern sich der Problemanalyse gewöhnlich mit folgenden Denk-Schritten:

Die DDR-Gesellschaft wird – meist angelehnt an Modelle der Totalitarismustheorie – in einigen ihrer autoritär-diktatorischen Strukturen politologisch markiert. Das erfolgt bei Autoren, die als Zeithistoriker und Politologen zu unserer Problematik Stellung nehmen, etwas ausführlicher, bei anderen (vor allem auch bei den psychoanalytisch orientierten) dagegen nur sehr knapp und mehr implizit. Häufig begnügen sie sich mit weni-

gen, mitunter ziemlich willkürlich festgelegt erscheinenden Merkmalen der DDR-Gesellschaft (wie bei POUTRUS u.a. die »Erfindung der Freundschaft zur Sowjetunion«, der antifaschistische Gründungsmythos der DDR, das Freund-Feind-Denken etc.), um daraus auf die Entstehung von Ausländerfeindschaft, Rechtsextremismus, Gewalt zu schließen.

Sie unterstellen meist, dass diese als kausale Faktoren auf das Alltagsbewusstsein der Menschen *direkt* einwirken und sie auch noch im späteren Alter zu rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen disponieren, also im Sinne des Sozialisationskonzepts stabile Verhaltensdispositionen ausbilden.

Ob diese aus Parteidokumenten und Zeitungsinformationen abgeleiteten »Kausalfaktoren« im Alltagsleben der DDR-Bevölkerung aber *tatsächlich* eine größere Bedeutung für das Denken und Verhalten der Menschen hatten, deren Einstellungen determiniert haben, wird von den betreffenden Autoren zwar behauptet, doch nicht nachgewiesen, ja kaum problematisiert. Man kann jedoch zu keiner Zeit zwischen Parteidokumenten/Medienberichterstattung einerseits und der Lebenswirklichkeit der Bürger in den 40 Jahren DDR ein Gleichheitszeichen setzen sowie auf solch einer Grundlage Ursachforschung für den Rechtsextremismus-Komplex betreiben – noch dazu 10 Jahre nach dem Verschwinden dieser Gesellschaft!

Es erscheint überhaupt sehr problematisch, die späte DDR mit den Kategorien des Totalitarismus-Konzepts zu beschreiben und daraus so weitreichende Folgen für die Persönlichkeitsprägung von heute lebenden Bevölkerungsgruppen abzuleiten.

Hier sollen nur kurz einige Einwände aus sozialpsychologischer Sicht vorgebracht werden.

- Dass autoritäre Gesellschaftsstrukturen im Leben des einzelnen wie der verschiedenen Gruppen und Alterskohorten nur im Kontext mit einer Vielzahl anderer Lebensbedingungen (also einer komplexen Lebenslage) eine spezifische Wirkung erzeugen, ist zwar eine Selbstverständlichkeit, wird jedoch von den betreffenden Autoren selten diskutiert und in Betracht gezogen. Der Alltag eines Jugendlichen oder Erwachsenen in der DDR wurde doch aber nicht nur von staatlichen, wirtschaftlichen oder anderen offiziellen Strukturen determiniert. Diese lebten wie überall in informellen Beziehungen (Familie, Freunde, Nachbarschaft, Arbeitskollegen, Freizeitgruppen, in anderen »Nischen«), gestalteten ihre Freizeit nach eigenem Gutdünken, konnten sich täglich stundenlang Westmedien anschließen etc. Und diese privaten Freiheitsspielräume wurden von den Menschen von Jahr zu Jahr immer extensiver und selbstbewusster genutzt. Das offizielle System verlor mehr und mehr an

- Einfluss, eine »alltagsweltliche Modernisierung der Lebensverhältnisse« setzte sich zunehmend durch, schreibt POLLACK (1998. S. 93).
- So darf auch nicht übersehen werden, dass sich der Kontext und der Wirkungsgrad der sozialen und politischen Strukturen des DDR-Systems im Laufe der Jahrzehnte bedeutend verändert hat, zum Beispiel in den 80er Jahren nachweisbar *nicht* an realem Einfluss auf Mentalität und Alltagsverhalten der Menschen gewonnen, sondern *verloren* hat. Erinnerung soll an die ständig wachsende Rezeption der Westmedien in den 70/80er Jahren, was zu einer immer positiveren Bewertung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Standards des Westens und zur Abwertung der DDR-Lebenslage geführt hat. In jenen Jahren, der beginnenden Endzeit der DDR, kann sich doch nicht der Einfluss ihrer autoritären Systemstrukturen erhöht, sondern nur hochgradig verringert haben. Wie sonst ließe sich andernfalls das anschwellende Protestverhalten der DDR-Bevölkerung, schließlich die Massenbewegung zum Sturz des Systems erklären?
 - Auch der seit den 70er Jahren intensiv verlaufende Wertewandel bei breiten Teilen der DDR-Bevölkerung, besonders bei der Jugend, muss als eine bedeutende intervenierende Variable für die veränderte Wirksamkeit »objektiver« Bedingungen auf die Mentalität der Menschen bewertet werden. Er führte zu wachsenden Ansprüchen nach selbstständiger Lebensgestaltung und mehr Unabhängigkeit, zu höherer Kritikbereitschaft, später auch zu größerer Distanz und Ablehnung des politischen Systems. Der Identifikationsgrad großer Teile der Bevölkerung hatte sich infolgedessen gravierend abgeschwächt, was eben in den Ereignissen von 1989/90 seinen Niederschlag fand.

Leitbild »autoritäre Persönlichkeit«

Der nächste Schritt besteht für die betreffenden Autoren darin, die typischen Persönlichkeitsmerkmale festzulegen, die durch die autoritären DDR-Strukturen angeblich erzeugt worden sind/sein sollen. Auch das ist wieder ein sehr fragwürdiger »Bestimmungsprozess«, voller unbewiesener und willkürlicher Festlegungen. So wird, gewissermaßen in einem großen theoretischen Sprung, ein Zusammenhang zu bestimmten (vermuteten) Denk- und Verhaltensweisen der betreffenden Bevölkerung oder Gruppe gestiftet.

Unschwer lässt sich feststellen, dass die betreffenden Autoren einem simplen Denkmodell folgen, nämlich: Autoritäre Strukturen prägen (gewissermaßen automatisch) ganz spezifische psychische Strukturen/Dispositionen – eben autoritäre Charaktere. Und das Leitbild, woraus die entspre-

chenden psychischen Eigenschaften, Einstellungen, Verhaltensweisen abgeleitet werden, ist die »autoritäre Persönlichkeit«, wie sie ADORNO u.a. (1950) so eindrucksvoll beschrieben haben.

Zu diesem »klassischen autoritären Persönlichkeitsbild« gehört ein typischer Eigenschaftskomplex. Sein wesentliches Kennzeichen, sein psychologisches »Achsensyndrom« besteht einerseits in der hohen Anpassungsbereitschaft (der hohen Folgebereitschaft dem Starken, dem »Führer« gegenüber) sowie andererseits in dem starken Dominanzstreben (einschließlich der Diskriminierung, der Aggressions- und Gewaltneigung den Schwächeren, Fremden, Andersdenkenden) gegenüber. Also eine Radfahrermentalität: nach oben buckeln, nach unten treten.

Gerade mit diesem Stereotyp wurde, verstärkt nach 1990, der Ostdeutsche gern belegt. Der »Ossi« wurde einerseits als einer gesehen, der dem DDR-System so lange geduckt gefolgt, ein Mitläufer gewesen war, und andererseits als einer, der nun nach der Wende seine Feindseligkeit und Aggressivität gegenüber Ausländern, auch seine angeblich latent schon immer vorhandene Ablehnung und seinen Sozialneid gegenüber den »Wessis« auslebte. Diese Wertungen kann man nicht übersehen, wenn man nach den Ursachen der häufigen und oft vorschnellen Etikettierungen der Ostdeutschen als »autoritär«, »rechtsextremistisch«, »gewalttätig« fragt und wenn dann nur pauschal erklärend auf das autoritäre DDR-System hingewiesen wird.

Wenn von autoritären Gesellschaftsstrukturen mit Vorliebe und nahezu unbesehen auf ein massenhaftes Vorhandensein von »autoritären Charakteren« im Sinne der Konzeption Adornos geschlossen wird, beruht das *keineswegs etwa darauf, dass ein solcher Zusammenhang heute empirisch klar bewiesen ist.*

Das hängt vor allem mit den charakteristischen Merkmalen des gewählten »Leitbildes« zusammen, das deutlich einem stark negativ besetzten Stereotyp entspricht. Die Wahl des »Leitbildes« erfolgt also nicht zufällig, sondern weil es eine soziale Funktion erfüllen, nämlich als politischer Kampfbegriff genutzt werden kann. Nur deshalb ist die »autoritäre Persönlichkeit«, der autoritäre Charakter heute ein so gesuchtes und eben auch gefundenes Modell-Konzept vieler Forscher! Hätte man es nicht in der Literatur vorgefunden, so hätte man es selbst konstruieren müssen.

Dieses Konzept ist in der Tat für die Deklassierung und Abwertung anderer Menschen oder Gruppen hervorragend geeignet. Jemanden als autoritär zu bezeichnen, bedeutet, ihn herabzusetzen, ihn zu deklassieren. Dieser Begriff/Stereotyp ist mit einer negativen Wertung (Konnotation) assoziiert, weshalb der so Bezeichnete menschlich verunglimpft, stigmatisiert, ausgegrenzt werden kann bzw. soll. Autoritär sind immer nur die anderen

(OESTERREICH). Diese sind in den Augen der Beurteiler nicht satisfaktionsfähig, man kann sich über sie erheben.

Dieses Konzept hat zudem noch akademisch einen »guten Ruf«, ist scheinbar wissenschaftlich arriviert. Denn merkwürdigerweise hat sich bis heute kaum herumgesprochen, dass der klassische Begriff der autoritären Persönlichkeit seine empirischen Bewährungsproben so gut wie nicht bestanden hat.

Schon in den ersten West-Ost-Vergleichen kurz nach der Wende zeigte sich, dass die Testwerte keine Häufung von autoritären Persönlichkeitsmerkmalen im Osten erkennen ließen. Ausführlicher wird darüber im Abschnitt 11 informiert.

Trotz dieser enttäuschten Erwartungen wird jedoch bis heute von vielen Rechtsextremismusforschern an der »mentalischen Andersartigkeit« der Ostdeutschen im Sinne des klassischen autoritären Persönlichkeitsmodells von Adorno noch weitgehend festgehalten. Deshalb kommen ihnen auch die im Osten höheren Werte der Ausländerfeindlichkeit und der fremdenfeindlichen Gewalt wie gerufen. Sie passen einfach ins Konzept und können so – scheinbar als theoretische Selbstverständlichkeit – einfach als Produkte der autoritären DDR-Sozialisation ausgegeben werden,

- auch dann, wenn die tatsächlichen West-Ost-Differenzen sehr gering sind, sich im Regelfalle nur auf wenige Prozente belaufen,
- auch dann, wenn die DDR-Strukturen seit mehr als einem Jahrzehnt verschwunden sind!

Letztlich eignet sich das autoritäre Persönlichkeitsmodell besonders gut für eine Diskreditierung der Ostdeutschen, denn es beinhaltet Merkmale, die auf Rückständigkeit und mangelnde Qualifikation hindeuten. Es stellt, wie der bekannte Westberliner Autoritarismusforscher OESTERREICH feststellt, ein Sammelbecken negativer Eigenschaften dar, sei heute nur noch »eine Art psychologischer Abfalleimer für alles Negative«. (1996. S. 93)

Aus diesen Bemerkungen zum theoretischen Herangehen der betreffenden Autoren dürfte die ganze Fragwürdigkeit ihres Unternehmens – von autoritären Gesellschaftsstrukturen auf sogenannte autoritäre Persönlichkeitsstrukturen zu schließen – deutlich geworden sein. Detlef POLLACK hat Recht, wenn er schreibt: »Auf keinen Fall dürfte es berechtigt sein, vom paternalistischen, autoritären und undemokratischen Charakter des politischen Systems auf Paternalismus, Autoritarismus, Obrigkeitshörigkeit oder Demokratiefeindlichkeit der Bevölkerung zu schließen«. (1998. S. 308)

Ebenso deutlich spricht sich NEUREITER (1996. S. 257ff.) gegen die nach 1990 verbreitete Vorstellung aus, die autoritären gesellschaftlichen Strukturen der DDR hätten »homologe Persönlichkeitsstrukturen« geprägt.

Er stellt die interessante Frage, wie man denn dann den Rechtsextremismus im Westen erklären will!

Empirieabstinenz der Autoren

Ein weiterer großer Mangel in der Diskussion um die Ursachen des Rechtsextremismus im Osten besteht darin, dass *empirische Fakten*, insbesondere Ergebnisse der quantitativen sozialwissenschaftlichen Forschung, von den betreffenden Autoren völlig unzureichend beachtet werden. Die von den meisten Autoren vorausgesetzten theoretischen Postulate über die Abhängigkeit rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Verhaltensweisen von autoritären DDR-Strukturen werden nur ganz selten und dann eher beiläufig mit empirischen Fakten konfrontiert und auf ihren Wirklichkeitsgehalt geprüft. Ein solches empirieabstinentes Vorgehen wiegt schwer und ist überhaupt nicht zu entschuldigen, zumal schon seit Anfang der 90er Jahre zahlreiche sehr aussagekräftige Forschungsergebnisse zu diesem Thema vorliegen. Warum werden sie nicht berücksichtigt? Man gewinnt den Eindruck, manche Autoren unterziehen sich gar nicht erst der Mühe, sie zur Kenntnis zu nehmen. Damit wird jedoch die wissenschaftliche Solidität und die Beweiskraft ihrer Aussagen auch von dieser Seite her massiv in Frage gestellt.

Angesichts dieser prekären Lage möchte ich den Versuch unternehmen, die von diesen Autoren behauptete »Hauptursache« für die Ausbreitung des Rechtsextremismus, nämlich die Sozialisation unter den Bedingungen des DDR-Systems, auf ihre empirische Gültigkeit konkret zu prüfen. Gerade weil das von ihnen selbst so sträflich vernachlässigt worden ist, halte ich eine sachliche Prüfung der empirischen Faktenlage für unerlässlich und sehe darin die beste und verlässlichste Möglichkeit einer kritischen Analyse. Wenn ich diese Arbeit *für die Autoren* erledige und auch die Arbeitshypothesen von ihrem Standpunkt her formuliere, bedeutet das natürlich nicht, dass ich mich mit ihren Positionen identifiziere. Im Gegenteil.

Ich beginne mit einer Skizze der Problemsituation:

- Wenn autoritäre Gesellschaftsbedingungen wirklich wesentliche Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) für bestimmte Persönlichkeitsmerkmale wie Einstellungen oder Verhaltensweisen (abhängige Variablen) sind, dann wird sich das natürlich in den Verteilungen und Ausprägungsgraden dieser abhängigen Merkmale niederschlagen – sie werden folglich über- oder unterdurchschnittlich häufig in Erscheinung treten. Dies festzustellen, erfordert Kontrollgruppen, die möglichst unter

»nicht-autoritären« Gesellschaftsbedingungen sozialisiert wurden. Deshalb ist in unserem Falle Vergleichsstudien von West-Ost-Populationen große Aufmerksamkeit zu schenken.

- Verbreitung und Ausprägung der angenommenen/behaupteten Persönlichkeitsmerkmale sollten möglichst noch bei Populationen aus DDR-Zeiten nachgewiesen werden können. Das wird allerdings bei der dürftigen Forschungslage nur sehr eingeschränkt zu realisieren sein. Daher haben Forschungen der *unmittelbaren Übergangszeit*, etwa von 1989 bis 1992 für uns eine besondere Bedeutung (sowohl für Rückschlüsse auf die DDR-Vergangenheit wie für die Feststellung der schnellen Einstellungsveränderungen).
- In die Analyse sollten wichtige sozial-personale Faktoren einbezogen werden, die theoretisch als intervenierende Variable einen bedeutenden Einfluss im Sozialisationsprozess haben könnten, wie z.B. die Sozialisationsdauer (die verbrachte Lebenszeit in der DDR) sowie die Identifikation mit der bzw. die Zufriedenheit mit dem Leben in der DDR.
- Nach der Vereinigung ist ein allmählicher, aber doch deutlicher Rückgang der Nachwirkungen der DDR-Sozialisation, besonders bei den jüngeren Altersgruppen zu erwarten, was ebenfalls eine empirische Bestätigung erfordert.

Dementsprechend werden, unter Bezugnahme auf soziologisch orientierte Sozialisationstheorien, folgende Arbeitshypothesen formuliert:

1. Ein hohes rechtsextremistisches Potential, vor allem Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, war schon zu DDR-Zeiten weit verbreitet.
2. Je länger Personen bzw. Gruppen der DDR-Sozialisation ausgesetzt gewesen sind, desto stärker werden (im Durchschnitt) rechtsextreme Orientierungen, Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft ausgeprägt sein.
3. Je stärker Personen oder Gruppen sich mit der DDR, den sozialistischen Werten identifiziert haben, desto mehr werden diese sich an die (angeblichen) Systemziele und -zwänge angepasst haben, desto konformer werden sie sich auch später noch in Bezug auf Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt verhalten.
4. Nach der Vereinigung werden diese Erscheinungen im Bewusstsein und Verhalten der Menschen kontinuierlich zurücktreten. Die Wirkung der DDR-Prägungsfaktoren wird von Jahr zu Jahr schwinden, die Lebens-

bedingungen der gegenwärtigen Gesellschaft dagegen werden immer mehr an Einfluss gewinnen.

Diese Hypothesen sollen nun empirisch geprüft werden.

5. Hypothese 1: Lage zu DDR-Zeiten

Wie bereits betont, gab es zu DDR-Zeiten kaum sozialwissenschaftliche Forschungen zum Rechtsextremismus-Syndrom, einschließlich zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Etwas günstiger kann nur die Forschungslage im Jugendbereich eingeschätzt werden, so dass wir doch in einigen Fällen empirische Studien für unser Vorhaben nutzen können.* Bezogen auf die Einstellungen Jugendlicher zu Ausländern, kann auf eine Wiederholungsstudie aus dem ZIJ zurückgegriffen werden, die in mehreren Intervallen von 1964 bis 1994 mit gleicher Methodik durchgeführt worden ist.

Schon 1964 hat U. SIEGEL im Rahmen ihrer psychologischen Diplomarbeit mehrere Hundert 14– bis 18jährige Schüler und Lehrlinge aus dem Leipziger Raum nach ihren Urteilen über Angehörige verschiedener Völker befragt. Zur Methodik und zu den detaillierten Ergebnissen dieser Stereotypenstudie vergleiche SIEGEL (1967). Später wurde diese Studie am Leipziger ZIJ mit vergleichbaren Populationen und Versuchsplänen von H. MÜLLER fortgeführt, 1992/94 von der Forschungsstelle für Sozialanalysen in Leipzig.

Wir beschränken uns hier auf die Mittelwerte der Sympathieurteile über einige ausgewählte Völker. Sie beziehen sich auf eine 7-stufige Intensitätskala, auf der die Übereinstimmung der persönlichen Meinung von »1 = sehr stark« über 2, 3, 4, 5, 6 bis »7 = überhaupt nicht«, angegeben werden konnte.

Die Werte der in der Tabelle genannten 1978er Studie können leider nicht mit angeführt werden, weil damals eine andere Antwortskala eingesetzt worden ist, die einen exakten Zahlenvergleich nicht ermöglicht. Spezielle

* Von den über 400 größeren Jugendstudien des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) sind heute mehr als 230 im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität Köln archiviert. Ihre Daten können für Sekundäranalysen dort abgerufen werden. Internet: <http://www.social-science-geis.de> (vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER/STARKE 1999. S. 566ff.).

Berechnungen haben jedoch ergeben, dass die Daten von 1978 noch stark denen der vorangegangenen Studie von 1968 ähnelten.

Daraus kann der wichtige Schluss abgeleitet werden, dass sich die großen Veränderungen in den Sympathie-Urteilen der DDR-Jugend erst in den 80er Jahren vollzogen haben – was auch den Ergebnissen anderer ZIJ-Forschungen voll entspricht (vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER 1996. S. 143ff.).

Tabelle 2: Ausländereinstellungen 14– bis 18jähriger der DDR/Ostdeutschland im Zeitraum 1964–1994 (Mittelwerte)

Sympathiegrade für	1964	1968	1978	1988	1990	1992	1994
Russen	2.7	2.2	≅	3.0	3.3	3.1	3.0
Polen	2.7	-	-	-	3.3	3.3	3.0
Kubaner	2.3	2.1	≅	3.6	-	-	-
Schwarzafrikaner	3.0	-	-	3.3	3.1	2.7	-
Vietnamesen	-	2.1	≅	3.1	3.5	3.9	3.0
US-Amerikaner	2.4	2.5	≅	2.9	2.2	2.2	2.3
BRD/Westdt.	2.3	2.4	≅	2.4	2.0	3.0	3.4
DDR/Osttd.	2.0	1.7	≅	2.5	2.9	2.5	2.4

Diese Tabelle belegt:

- Die DDR-Jugendlichen hatten stets ein sehr differenziertes Bild von Ausländern, die sie in Abhängigkeit von ihrer Nationalität wahrgenommen und bewertet haben.
- Ab 1968 wurden Bürger der DDR (die Eigengruppe), ebenso Kubaner, Vietnamesen, Russen, Polen etwas positiver bewertet als Westdeutsche und US-Amerikaner, was für eine stärkere Identifikation mit der DDR und den damals sozialistischen Ländern spricht. Das hat sich auch 1978 nicht wesentlich verändert.
- Demgegenüber hat sich aber in den 80er Jahren ein massiver Einstellungswandel vollzogen, der die früher präferierten Zu- und Abneigungen geradezu umgekehrt zum Ausdruck brachte. 1988, noch deutlicher im Mai 1990, nahmen dann Westdeutsche und US-Amerikaner die Spitzenpositionen in der Sympathie-Rangreihe ein, hingegen rangierten jetzt

Kubaner, Vietnamesen, Polen, Russen und auch DDR-Bürger abgeschlagen auf den hinteren Rangplätzen. Dieser gegensätzliche Trend indiziert: Die DDR und die ehemaligen »Brudervölker« hatten ihre Attraktivität und Sympathien bei den jungen Leuten nun eingebüßt.

- In den folgenden Jahren pegelten sich diese Werte auf neue Levels ein, mit Ausnahme der Urteile über West- und Ostdeutsche, zwischen denen die Schere erneut auseinander ging.

Aus dieser für unsere Fragestellung sehr aussagekräftigen Tabelle kann für die Zeit von Mitte der 60er bis Ende der 70er Jahre kein Rückschluss auf eine weit verbreitete Ausländerfeindlichkeit, auf ein aggressives fremdenfeindliches Einstellungspotential bei DDR-Jugendlichen gezogen werden. Wohl aber reflektieren diese Ergebnisse ab 1988 eine Endzeitstimmung, die Unzufriedenheit und zunehmende Ablehnung der DDR.

Daraus kann gefolgert werden:

Die Hypothese von einer stark ausgeprägten und verbreiteten Ausländerfeindlichkeit zu DDR-Zeiten als Folge der Sozialisation in einem autoritären System wird mit dieser Studie *nicht gestützt*. Russen, Polen, Vietnamesen, Kubaner werden erst in der Zeit einer zunehmenden Abwendung von der Eigengruppe DDR – als deren sozialisatorischer Einfluss nachweisbar *im Schwinden* begriffen war – verstärkt abgelehnt!

Also: Nicht in der Zeit der relativen Stabilität der DDR, sondern gerade umgekehrt, in der Zeit ihrer zunehmenden Instabilität (die durch wachsenden Vertrauensverlust, Kritik- und Protesthaltung der jüngeren und älteren Bürger, durch steigenden Einfluss der Westmedien und der Attraktivität des Westens gekennzeichneten Finalphase) ist es zu einem markanten Anstieg der Ausländerablehnung, der Gewaltbereitschaft und rechtsextremistischer Orientierungen im Lande gekommen.

Wie wollen die Vertreter der Prägungskonzeption (durch die autoritären DDR-Strukturen) dies erklären? In einer Zeit, wo deren verhaltensdeterminierende Einflüsse ständig abnehmen, können sie doch nicht auf Bewusstsein und Verhalten der Bürger am stärksten wirken.

Diese nach der Vereinigung anhaltenden, sich teilweise noch verstärken den Erscheinungen können demzufolge nur als Folgen der durch die neuen gesellschaftlichen Existenzbedingungen erlebten sozialen Desintegration, Unsicherheit und psychischen Labilisierung, nicht aber als ein Resultat einer Revitalisierung der vor vielen Jahren erlebten autoritären DDR-Sozialisation gedeutet werden.

6. Hypothese 2: Einfluss der Sozialisationsdauer in der DDR

Mit dieser Hypothese wird angenommen, dass die Sozialisationseffekte auf Mentalität und Verhalten der Menschen in Abhängigkeit von der Zeit, also der Wirkungsdauer der DDR-Einflussfaktoren anwachsen, sich festigen. Das gilt natürlich nur unter der Voraussetzung, dass sich während dieser Zeit wesentliche Lebensbedingungen oder auch die Identifikation der Person mit dem System nicht grundlegend ändern. In diesem Falle wäre zu erwarten, dass ältere Altersgruppen, die von klein auf ähnlichen Sozialisationsstrukturen (Erziehungssystemen, Lebenslagen) ausgesetzt waren, im Durchschnitt stabilere Verhaltensdispositionen besitzen als jüngere Altersgruppen. Diese Annahme dürfte von den meisten Sozialwissenschaftlern geteilt und für die DDR-Bevölkerung wohl auch unterstellt werden .

Was aber besagen empirische Forschungen? Wiederum können wir auf Ergebnisse einer vom ZIJ durchgeführten Untersuchung zurückgreifen: auf eine für die Bevölkerung der Noch-DDR repräsentative Umfrage vom September 1990. Auftraggeber war »Der Spiegel«. Sie erlaubt uns, die Einstellung verschiedener Alterskohorten gegenüber Ausländern zu untersuchen, und dürfte wohl die für die Finalzeit der DDR typischen Verhältnisse gut widerspiegeln (vergleiche FRIEDRICH/SCHUBARTH 1991. S. 1057)

Die auf Wunsch des Auftraggebers eingesetzte 11-stufige Antwortskala reicht von »+5 = sehr sympathisch«, über »0« bis »-5 = sehr unsympathisch«. Das ist bei der Beurteilung der Mittelwerte zu beachten. Je größer diese im positiven Bereich sind, desto stärker sind die Einstellungen ausgeprägt. Je größer sie aber im negativen Bereich sind, desto schwächer sind sie ausgeprägt. (Siehe Tabelle 3 auf der folgenden Seite.)

Diese Tabelle belegt ebenfalls das Vorhandensein sehr unterschiedlicher Einstellungen zu Ausländern. Ein bedeutendes feindseliges Potential kommt 1990 nur gegenüber Russen, Vietnamesen, Rumänen, Polen, Türken zum

Tabelle 3: Sympathie-Einstellungen zu ausgewählten Völkern, in Abhängigkeit von Altersgruppen (Mittelwerte)

Frage: Wie sympathisch sind Ihnen...

	15–24	35–44	55–64	65–74
Franzosen	2.7	2.6	2.7	2.9
US-Amerikaner	1.4	0.9	1.3	1.5
Russen	0.1	0.7	1.7	1.1
Vietnamesen	0.3	0.7	1.4	1.1
Rumänen	-0.2	0.2	0.4	0.3
Polen	-1.1	-0.4	0.3	-0.2
Türken	-1.1	-1.0	-0.3	-0.5
Juden	1.1	1.3	1.7	1.1
Westdeutsche	2.4	2.6	3.2	3.5

Ausdruck, während die Franzosen und die US-Amerikaner recht wohlwollend bewertet werden.

Für die Prüfung unserer Hypothese 2 ist bedeutsam:

15– bis 24jährige Jugendliche äußerten *deutlich negativere* Einstellungen zu den genannten Völkern als die älteren Gruppen der Erwachsenen, bis zu den 64jährigen. Die 65– bis 74jährigen urteilten dagegen ebenfalls stärker ablehnend. Die höheren Ablehnungswerte der älteren Gruppe, also der 1916–1925 Geborenen, müssen wohl als Spätfolgen der Generationsprägung in ihrer Jugendzeit vor 1945 gedeutet werden.

Daraus geht hervor, dass eine längere Dauer der DDR-Sozialisation die Ausländerfeindlichkeit (und den Antisemitismus, vergleiche Abschnitt 9) bei der DDR-Bevölkerung *nicht* verstärkt, sondern im Gegenteil abgeschwächt hat. Die in der DDR länger sozialisierten Jahrgänge, mit einer Generationsprägung nach 1945, sind *weniger* ausländerfeindlich und antisemitisch eingestellt. Dagegen sind die 15– bis 24jährigen überraschend stark ausländerablehnend eingestellt, sie besetzen fast alle Negativ-Extremwerte.

Dieses Ergebnis spricht eindeutig gegen die behauptete Determination dieser Verhaltensdispositionen durch die Sozialisation in der DDR. Es stellt keineswegs einen Ausnahmefall im Jahre 1990 dar, sondern fand auch in späteren Jahren mehrfach Bestätigung durch andere große Studien, kürz-

Tabelle 4: Einstellung zu Ausländern, in Abhängigkeit vom Alter und vom West-Ost-Vergleich (Angaben in %)

Der Aussage »Mich stören die vielen Ausländer« stimmten »ganz« bzw. »eher« zu:

Altersgruppen

	14-19	20-29	30-39	40-49	50-59	60 u. älter
West	31	28	24	38	41	46
Ost	44	41	33	36	29	32

lich erst wieder durch eine repräsentative Umfrage der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2001), aus der wir folgende Tabelle wiedergeben:

Bei der Ostpopulation wiederholt sich der bereits in Tabelle 3 beobachtete Trend: Die jüngeren Jahrgänge sind gegenüber Ausländern bedeutend negativer/intoleranter eingestellt als die älteren. Bei der Westpopulation verläuft der Trend jedoch genau umgekehrt. Die 14– bis 40jährigen sind dort wesentlich toleranter als die älteren Jahrgänge. Am meisten erstaunt, dass die Intoleranz gegenüber Ausländern (auch gegenüber Juden) bei den älteren Altersgruppen in den Altbundesländern erheblich stärker ausgeprägt ist als in den neuen Ländern sowie mit zunehmendem Alter dort weiter anwächst. Darauf kommen wir noch ausführlich zu sprechen.

Diese auf den ersten Blick merkwürdig und wohl unerwartet auftretenden gegenläufigen Trends zwischen den Alterskohorten in Ost und West spiegeln keine zufälligen, sondern durchaus typische Divergenzen wider. Sie werden durch weitere einschlägige Ergebnisse der genannten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie aber auch von anderen Repräsentativstudien der letzten Jahre häufig (aber nicht immer) bestätigt, z.B. auch von ALLBUS-Studien, vom Eurobarometer 2000, ebenso der von STÖSS/NIEDERMAYER organisierten Umfrage (vergleiche 1999. S. 25).

In den ALLBUS-Studien finden sich solche divergenten Trends vor allem dann, wenn es um die Einschätzung politischer Ansprüche und Rechte der ausländischen Zuwanderer geht, wie es Tabelle 5 auf der folgenden Seite zeigt.

Die Tabelle gibt zu erkennen, dass bei dieser speziellen Frage zu den politischen Rechten der Zugewanderten die jüngeren Ostdeutschen bedeutend negativer urteilen als die jungen Westdeutschen, dass sich aber in den

Tabelle 5: Einstellung zur politischen Betätigung von Zuwanderern
(Angaben in %)

Indikatortext: »Ausländern sollte jede politische Betätigung in Deutschland untersagt werden.« Volle Zustimmung (zur negativen Aussage!)

Altersgruppen

	18-29	30-44	45-59	60-74	über 75
1994					
West	15	17	25	41	39
Ost	27	20	26	24	19
2000					
West	12	21	21	33	36
Ost	24	22	24	30	27

mittleren Altersgruppen die Meinungen der West- und Ostdeutschen angleichen und dass schließlich die über 60jährigen Ostdeutschen sogar positiver als die gleichaltrigen Westdeutschen urteilen. Die älteren Ostdeutschen stimmen der Wahrnehmung politischer Rechte durch Ausländer in Deutschland häufiger zu als ältere Westdeutsche.

1994 fielen diese Unterschiede zwischen den älteren Jahrgängen der West- und Ostdeutschen allerdings noch höher aus als im Jahre 2000. Inzwischen hat sich also ein Angleichungstrend an das westdeutsche Niveau herausgestellt, den man wohl kaum begrüßen kann.

Bei nicht-politischen Frageinhalten zu Ausländern sind solche Differenzen aber nicht zu beobachten. Da urteilen vor allem die jüngeren und mittleren Jahrgänge der Westdeutschen deutlich positiver über Ausländer/Zuwanderer. Gleichaltrige Ostdeutsche wollen z.B. viel häufiger, dass Ausländer »bei knapp werdender Arbeit« wieder heim geschickt werden oder wollen nicht deren Lebensstil tolerieren, wie dieselben ALLBUS-Studien belegen. Es herrscht also zwischen Ost- und Westdeutschen kein einheitliches Einstellungsmuster gegenüber Ausländern vor. Wir kommen im Abschnitt 8 darauf nochmals zurück.

Diese Unterschiede werden auch durch die letzte Eurobarometer-Studie bestätigt. »Eurobarometer 2000« beschäftigt sich im Auftrage der »Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeind-

lichkeit« hier erneut mit den Toleranz-Intoleranzeinstellungen gegenüber Ausländern/Zuwanderern, Juden und anderen Minoritäten in ganz Europa, ebenfalls differenziert nach West- und Ostdeutschland.

Die sehr interessanten Ergebnisse wurden von Eva THALHAMMER ausgewertet und veröffentlicht (2001). Sie fasst die Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschen so zusammen: »Obwohl der Anteil intoleranter Personen in West- und Ostdeutschland ähnlich ist, sind Unterschiede bei den einzelnen Altersgruppen erkennbar. In Westdeutschland werden 13% der 15– bis 24-jährigen als intolerant eingestuft. In Ostdeutschland ist der Anteil in dieser Altersgruppe doppelt so hoch (26%). Dagegen sind im Osten nur 17% der älteren Generation (55jährige und älter) intolerant, im Westen aber 26%.« Sie formuliert sehr zugespitzt: »Intoleranz ist ein Phänomen der jungen Generation in Ostdeutschland und der älteren Generation in Westdeutschland.« (2001. S. 7f.)

Es ist nicht einfach, die sozialen Ursachen dieser gegenläufigen Trends bei den West- und Ostpopulationen genau zu erklären. Doch dürfte damit deutlich geworden sein: Mit einer einseitigen Betrachtung und Reduzierung der Probleme auf das DDR-System ist nicht viel gewonnen.

Die Zahlen weisen ja im Gegenteil darauf hin, *dass die Langzeitwirkung aus der früheren Sozialisation im demokratischen Westen nicht zu weniger, sondern zu mehr Intoleranz/Ablehnung/Fremdenfeindlichkeit gegenüber Minoritäten führt, als nach einer Sozialisation im früheren autoritären DDR-System!*

7. Hypothese 3: Einfluss der DDR-Identifikation

Aus sozialpsychologischer Sicht kann angenommen werden, dass Personen, die in einem bestimmten Sozialisationssystem leben, dessen Einflüssen und Intentionen, den Normen, Werten und Erwartungen eher nachkommen werden, je vorbehaltloser sie sich mit dem politisch-sozialen System identifizieren.

Daraus folgt: Wenn die DDR-Erziehung als latente Hauptursache für Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft behauptet wird, dann müssten Personen mit einer hohen System-Identifikation diese Orientierungen auch häufiger akzeptieren und entschiedener in ihrem Alltagsverhalten zum Ausdruck bringen. Wie aber sah es damit in der Wirklichkeit aus?

Wissenschaftliche Untersuchungen können diese Hypothese *nicht* verifizieren. Im Gegenteil, die Jugendstudien des ZIJ weisen nach, dass eine hohe Identifikation mit der DDR oder mit den Werten des sozialistischen Systems (ausgedrückt in positiven Einstellungen, aber auch etwa durch das politische Engagement in der FDJ bzw. die Mitgliedschaft in der SED) *nicht mit der Bevorzugung, sondern mit der Ablehnung rechtsextremistischer Einstellungen, nicht mit einer negativen, sondern im Durchschnitt mit einer deutlich positiveren Haltung gegenüber Ausländern korreliert.*

Nach der Wende wird das von einschlägigen Untersuchungen immer wieder bestätigt, z.B. auch von unserer sächsischen Jugendstudie 1992, die repräsentativ für Schüler der 9.–12. Klassen und für Lehrlinge in Sachsen war.

Die Studien aus den ersten Jahren nach Wende und Vereinigung haben für unsere Analyse verständlicherweise eine besondere Bedeutung, weil der Abstand zur DDR-Zeit noch relativ gering und daher vorsichtige Schlüsse auf Analogien aus der DDR-Vergangenheit noch eher gerechtfertigt erscheinen.

Tabelle 6: Emotionales Verhältnis zu Ausländern, differenziert nach Positionen im Links-Rechts-Spektrum (Angaben in %)

Positionen	klar für/ mehr für	weder – noch	klar gegen/ mehr gegen Ausländer
links	70	23	7
eher links	41	40	19
weder – noch	17	49	34
eher rechts	4	13	83
rechts	1	3	96

(Vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER 1996. S. 145)

Zwischen links- und rechtsorientierten Jugendlichen können enorm hohe Differenzen in den Einstellungen gegenüber Ausländern festgestellt werden.

Ähnlich große Differenzen finden sich bei den Anhängern und Sympathisanten der verschiedenen politischen Parteien. »Klar für« bzw. »mehr für als gegen« Ausländer äußerten sich 1992 von jugendlichen Sympathisanten der CDU = 20%, von denen der SPD = 27%, von denen der PDS = 58%, von denen der Republikaner aber nur 1% (vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER 1996. S. 143ff., 195). Indirekt kann ja bei einem größeren Teil der Linksorientierten, insbesondere aber bei den PDS-Sympathisanten aus unseren Studien von 1990/1992/1994 von einer früher überdurchschnittlich hohen DDR-Identifikation ausgegangen werden.

Da solche Unterschiede in den Ausländer-Einstellungen in Abhängigkeit von Parteipräferenzen oder vom Standort im Links-Rechts-Spektrum von nahezu allen Umfragen der 90er Jahre berichtet werden, können sie als gesichert betrachtet werden. Sie werden auch von der bereits genannten ZIJ-Studie bestätigt, die im September 1990 im Auftrag des »Spiegel« durchgeführt worden ist. Diese zeigt klar die Abhängigkeit der Urteile über Ausländer von den Parteien-Sympathien der damals Noch-DDR-Bevölkerung. (Tabelle 7 auf der folgenden Seite).

Franzosen werden von den Wählern der hier genannten Parteien (der Noch-DDR) übereinstimmend am positivsten bewertet. Doch schon in Bezug auf US-Amerikaner zeigen sich größere Differenzen zwischen CDU und SPD einerseits sowie von PDS und den Grünen andererseits. Angehörige der anderen sechs Völker werden jedoch von den Wählern der CDU regelmäßig am negativsten beurteilt, meist mit deutlichem Abstand gefolgt

Tabelle 7: Sympathie-Einstellungen zu anderen Völkern, differenziert nach Parteienwählern
(Mittelwerte einer 11-stufigen unipolar definierte Antwort - skala)

	CDU	SPD	Grüne	PDS
Franzosen	2.4	2.9	2.3	2.7
US-Amerikaner	1.4	1.4	0.5	0.6
Russen	0.3	1.5	1.0	2.2
Vietnamesen	0.4	1.3	0.8	1.6
Afrikaner	-0.2	0.9	0.5	0.8
Kubaner	-0.4	0.3	-0.1	1.3
Polen	0.4	0.0	-0.3	0.3
Türken	-1.1	-0.3	-0.3	-0.3

(Vergleiche FRIEDRICH 1991. S. 88)

von denen der SPD oder von denen der Grünen. Die PDS-Wähler hatten durchweg die positivsten Einstellungen zu diesen, die Russen bis zu den Türken umspannenden »eigentlichen« Ausländern. Ihre Ausländerablehnung war sehr gering ausgeprägt, was zur damaligen Zeit noch besonders gut Rückschlüsse auf die Verhältnisse der DDR-Zeit vor der Wende gestattete.

Nach unserer Identifikationshypothese wären hier gegenteilige Werte zu erwarten gewesen, nämlich eine höhere Ausländerablehnung durch PDS-Wähler, da diesen 1990 (!) noch durchweg eine hohe DDR-Verbundenheit unterstellt werden kann.

Diese Befunde werden durch eine interessante Längsschnittstudie von FÖRSTER erhärtet, die er 1987 bei mehreren Hundert sächsischen Jugendlichen begonnen und über die Wende hinweg bis heute weitergeführt hat. Er verglich u.a. auch deren politische Identifikationen zu DDR-Zeiten mit ihren Einstellungen zu Ausländern Ende der 90er Jahre. FÖRSTER fand ebenfalls keinen Zusammenhang zwischen ihrer damaligen DDR-Identifikation und einer negativen Einstellung zu Ausländern heute (vergleiche 2001a. S. 217; sowie 2001b. S. 70 ff.).

Die hier angeführten Beispiele, die durch eine große Zahl ähnlicher Ergebnisse aus anderen Forschungen nach 1990 unterlegt werden könnten, widersprechen übereinstimmend der Behauptung, dass rechtsextreme Verhaltensdispositionen hauptsächlich durch die autoritäre DDR-Sozialisation verursacht und daher gegenwärtig im Osten immer noch so verbreitet seien.

Es gibt keine Belege dafür, dass Personen mit früher starker DDR-Identifikation im Durchschnitt häufiger und stärker ausgeprägte Dispositionen für Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft besitzen als Vergleichsgruppen mit früher indifferenter oder ablehnender Einstellung zur DDR. Das Gegenteil ist der Fall.

8. Hypothese 4: Trends nach 1990

Hypothese 4 geht davon aus, dass die Zahl rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Erscheinungen nach der Vereinigung kontinuierlich zurückgehen werde. Hat sich das in den 90er Jahren tatsächlich so entwickelt?

Zur Prüfung dieser Hypothese kann auf eine große Zahl von empirischen Untersuchungen zurückgegriffen werden. Ein Nachteil besteht allerdings für unser Anliegen darin, dass diese Studien untereinander wenig vergleichbar sind, so dass zeithistorische Trends nur selten klar ausgemacht werden können. Doch es gibt einige hervorragende Ausnahmen, auf die wir uns hier vor allem beziehen werden.

8.1. Rechtsextreme Orientierungen

Dass rechtsextreme Orientierungen schon in der Endzeit der DDR und verstärkt nach der Wiedervereinigung *zugenommen* haben, ist allgemein bekannt und kann besonders im Jugendbereich gut belegt werden.

Wie schon betont, verlief die »Umwertung der Werte« in der Wendezeit in einem sehr hohen Tempo und führte auch zu einem starken Einstellungswandel im Bereich rechtsextremer Orientierungen. Nicht selten wurden die Werte vergleichbarer westdeutscher Jugendgruppen in kurzer Zeit erreicht oder sogar etwas übertroffen, z.B. auch die Bewertung der NS-Zeit oder der Stolz auf Deutschland.

Da uns in einigen Fällen Daten aus ZIJ-Studien vor 1989 zur Verfügung stehen, können diese Trends *unmittelbar vor und nach der Vereinigung* hier gut dokumentiert werden.

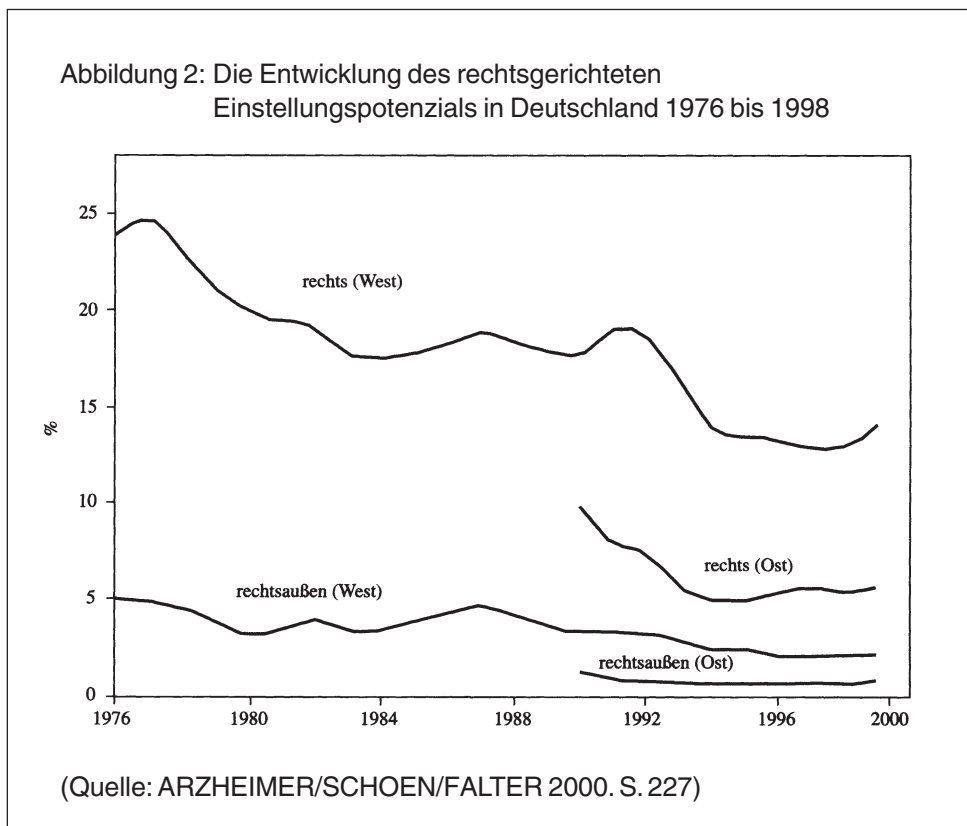
Die Aussage, »Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten«, wurde zwar bereits 1988 von jedem achten 14– bis 18jährigen DDR-Jugendlichen zustimmend beantwortet, doch bis 1992 verdoppelte sich dieser Anteil:

1988 waren es 12% der von uns befragten sächsischen Schüler und Lehrlinge, im Mai 1990 14%, im November 1990 schon 19%, im Jahre 1992 sogar 24%.

Ähnlich verlief der Trend bei dem Indikator »Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte«. Das bejahten 1988 10%, 1990 23%, 1992 wiederum 23% der Jugendlichen (vergleiche SCHUBARTH 1999; FRIEDRICH/FÖRSTER 1996. S. 130).

In einer 1992 durchgeführten repräsentativen Studie des Deutschen Jugendinstituts München finden sich weitere Vergleiche zwischen ost- und westdeutschen 15– bis 29jährigen. Sie bestätigt die meist noch nicht sehr großen Einstellungsunterschiede (höchstens 1–2%) bei rechten Themen zwischen den jungen Ost- und Westdeutschen (vergleiche HOFFMANN-LANGE 1995. S. 226ff.; 1996. S. 124 ff.).

Zur Veranschaulichung der allgemeinen Trendlage des rechtsextremen Bewusstseins bei der westdeutschen Bevölkerung im letzten Vierteljahrhundert soll folgende interessante Abbildung von ARZHEIMER/SCHOEN/FALTER dienen. Die Autoren haben aus den seit 1976 durchgeführten, auch



für Deutschland-West repräsentativen Studien des Eurobarometers den Trend des »rechtsgerichteten Einstellungspotenzials« berechnet. Als »rechts« gilt, wer sich auf einer 10-stufigen Rechts-Links-Skala einem der drei äußeren rechten Punkte, als »rechtsaußen« gilt, wer sich dem äußersten rechten Skalenpunkt zugeordnet hat. Seit 1990 wurden auch Ostdeutsche mit erfasst, die seitdem in den langfristigen Trend eingeordnet worden sind.

Insgesamt gesehen, hat sich das rechte Einstellungspotenzial in den alten Bundesländern seit Mitte der 70er Jahre abgeschwächt, von einem kurzzeitigen kleinen Anstieg Anfang der 90er Jahre abgesehen.

Durchweg gibt es aber unerwartet große Differenzen zwischen den West- und Ostdeutschen, sowohl in den rechten wie auch in den rechtsaußen-Positionen. Nach ebenfalls etwas höheren Werten in der Wendezeit befinden sich die rechten Werte der ostdeutschen Bevölkerung seit 1993 auf einem vergleichsweise erheblich niedrigerem Niveau! Mit dieser informativen Abbildung kann der Vorteil von »Kontrollgruppen« für die Beurteilung von Ergebnissen der Meinungs- oder sozialwissenschaftlichen Forschung besonders gut erkannt werden. Wie könnte man sonst beispielsweise den »Standort« der Ostdeutschen, das Ausmaß der Ausprägung bzw. der Verbreitung dieser oder jener Einstellung/Verhaltensweise bei ihnen bestimmen?

An dieser Stelle kommen wir nochmals auf Hypothese 2 zurück, indem wir die Altersgruppen gesondert analysieren. Anzunehmen wäre ja, dass sich mit der Sozialisationsdauer in der DDR das rechtsextreme Potenzial *erhöht*. Dazu ziehen wir die ALLBUS-Untersuchungen von 1992, 1996 und 2000 heran, bei denen die Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum mit gleicher Methodik (auch mit 10-stufiger Skala) wie beim Eurobarometer gemessen worden ist. (Siehe Tabelle 8 auf der folgenden Seite.)

Alle drei Untersuchungen bestätigen in großer Übereinstimmung die Abbildung 1: Das rechte Einstellungspotenzial war noch in den 90er Jahren bei den Westdeutschen bedeutend stärker ausgeprägt als bei den Ostdeutschen. Während es sich bei den Ostdeutschen auch in den höheren Altersstufen im Vergleich zu den jüngeren nur wenig verändert, steigt es jedoch bei den Westdeutschen mit zunehmendem Alter stark an.

Das kann nur mit der unterschiedlichen Sozialisation der beiden Teil-Bevölkerungen, also mit den Unterschieden der Generationsprägung in den beiden Gesellschaften erklärt werden. In der DDR hat die Sozialisationsdauer ganz offensichtlich die Entwicklung eines rechten Bewusstseins *nicht verstärkt*, sondern eher noch leicht verringert.

Für die alte BRD gilt dies aber nicht, im Gegenteil: alle drei Studien zeigen mit zunehmendem Alter einen kontinuierlichen Anstieg der rechtsex-

Tabelle 8: Rechte Einstellungen, differenziert nach Alter und nach West-Ost-Zugehörigkeit (Angaben in %)

»rechts« = die drei dem rechten Pol nächstgelegenen Punkte

	Altersgruppen				
	18–29	30–44	45–60	60–74	75–89
1992					
Ost	7	6	5	5	4
West	9	11	14	20	26
1996					
Ost	7	4	7	7	8
West	5	7	13	18	22
2000					
Ost	10	6	7	4	1
West	6	7	10	15	22

(Nach eigenen Berechnungen)

tremen Orientierungen an. Offensichtlich ist es dort weniger erfolgreich gelungen, die Überreste der früheren Ideologie bei den älteren Jahrgängen zurückzudrängen. Das wurde nur bei den jüngeren Jahrgängen bedeutend besser erreicht.

Im Osten übertrifft die jüngste Altersgruppe allerdings ab 1996 die Werte der jungen Westdeutschen, im Jahre 2000 sogar um 4%, was auf einen weiteren Anstieg rechter Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen nach der Vereinigung hin weist.

In einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Panelstudie (1994 und 1998) wurden diese West-Ost-Differenzen weitgehend bestätigt. FALTER fand bei seiner Auswertung 1994 wie 1998 im Osten deutlich mehr Linksorientierte, aber nur die Hälfte bis zu einem Drittel sehr weit rechts Orientierte im Vergleich zur Westpopulation. Nach einer aus 10 Indikatoren konstruierten Skala ergab sich allerdings von 1994 bis 1998 ein deutlicher Angleichungstrend, »so dass 1998 in etwa ein Gleichstand zwischen den beiden Landesteilen zu konstatieren ist« (2000. S. 424). Solchen Konvergenztrends werden wir noch oft begegnen. Der Osten hat

sich in den 90er Jahren auf vielen mentalen Gebieten dem Westen immer stärker angepasst.

Auch andere Untersuchungen weisen in diese Richtung. Der bekannte Rechtstextremismusforscher R. STÖSS fand in seinen eigenen Untersuchungen ebenfalls: »Während im Osten die unteren Altersgruppen stärker belastet sind als die oberen, ist im Westen umgekehrt die Generation der über 55-jährigen wesentlich extremistischer eingestellt als die Generation der 14- bis 44-jährigen. Auch bei der Analyse des Wahlverhaltens [...] zeigt sich, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland weitaus stärker ein Jugendphänomen ist als der im Westen.« (1999. S. 34)

Dass auch pro-nazistische Einstellungen (ebenso wie antisemitische) in den 90er Jahren im Osten weniger verbreitet als im Westen waren, wurde bereits vor längerer Zeit nachgewiesen. Schon 1994 wird nach Auswertung einer FORSA-Umfrage festgestellt: »Mit einem verbreiteten Klischee räumt diese Untersuchung auf: dass nämlich der verordnete Antifaschismus der DDR ins Gegenteil umgeschlagen sei, nachdem die Ostdeutschen in die Wildbahn der freien Meinung entlassen wurden. Die Befragten aus den neuen Bundesländern zeigen durchgehend eine klarere, kundigere und ablehnendere Haltung zum Nationalsozialismus« (zitiert nach STÖSS 1999. S. 29, der das aus eigenen Untersuchungen bekräftigt).

Das alles sind auf den ersten Blick überraschende Ergebnisse, denn sie widersprechen den Diskussionen und Lageeinschätzungen im Alltag der Politik und Medienöffentlichkeit. Wem sind solche divergenten Trends schon bekannt? Doch darf hier keinesfalls pauschal geurteilt werden. Denn diese West-Ost-Unterschiede sind nicht für alle Einstellungen des rechtsextremistischen Komplexes charakteristisch. Die Verteilungen und Verlaufsformen können auch anders aussehen, wie etwa bei fremdenfeindlichen Einstellungen. Man muss sich vor vorschnellen Verallgemeinerungen hüten.

Diese widerspruchsvolle Lage soll hier am Beispiel verallgemeinerter Rechtsextremismus-Werte erörtert werden.

Das Problem der Indices des Rechtsextremismus-Syndroms

Bekanntlich werden die empirischen Forschungsergebnisse zum Rechtsextremismus-Syndrom oft zu einem Index (meist einem Mittelwert) zusammengefasst – wie schon gesagt, ein in den Sozialwissenschaften sinnvolles und übliches Verallgemeinerungs-Verfahren. Dies bedarf jedoch in vielen Fällen einer kritischen Analyse und Interpretation, was vor allem von den Nutzern solcher Forschungsinformationen wenig beachtet wird.

Nehmen wir ein typisches Beispiel:

Richard STÖSS, dem auch wir viele Informationen und Anregungen verdanken, schreibt, dass nach seinen, gemeinsam mit Niedermayer 1998 durchgeführten Untersuchungen, das Rechtsextremisierungspotenzial (der Anteil der als rechtsextremistisch klassifizierten Personen) in Deutschland 13%, im Westen 12%, im Osten sogar 17% betrage.

Diese Angaben sind korrekt berechnet und von STÖSS auch in ihren zugrundeliegenden Komponenten detailliert ausgewiesen worden. Er hat sie entsprechend seiner theoretischen Konzeption vom rechtsextremistischen Syndrom aus den Teiltests zu Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus, Antisemitismus und pro-nazistischen Einstellungen zu Indexwerten gemittelt (vergleiche STÖSS 1999. S. 30).

Kürzlich haben ANGERMEYER und BRÄHLER, Universität Leipzig, die Methodik von STÖSS/NIEDERMAYER in einer repräsentativen Studie wiederholt, wodurch interessante zeithistorische Vergleiche möglich wurden.

Die beiden Leipziger Forscher fanden im Jahre 2001 ganz ähnliche Werte, nämlich 12% rechtsextrem Eingestellte in der Bundesrepublik, im Westen 11%, im Osten 16%.

Solche allgemeinen Indices werden erfahrungsgemäß von Politikern und von den Medien mit Vorliebe aufgegriffen und der Öffentlichkeit gern als hoch gesicherte »Eckwerte« präsentiert. Die detaillierteren Angaben der Forscher werden dagegen vielfach übergangen, kaum kritisch unter die Lupe genommen – wodurch die Arbeit der Forscher nicht selten grob vereinfacht oder entstellt wird.

Wir werden uns hier nur mit dem Problem der West-Ost-Vergleichswerte beschäftigen.

Sowohl bei STÖSS wie bei ANGERMEYER/BRÄHLER fällt auf, dass die West-Ost-Unterschiede bei der Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu denen der anderen Komponenten des Rechtsextremismus-Syndroms sehr hoch sind. Das wirkt sich natürlich auf die West-Ost-Differenzen stark aus und fördert solche Formeln zutage wie: im Westen 12%, im Osten aber 17% Rechtsextremisten.

Werden jedoch die fremdenfeindlichen Einstellungen dem Syndrom nicht mit zugerechnet, dann erhält man ein ganz anderes Bild vom Rechtsextremisierungspotenzial in Ost und West. Die West-Ost-Differenzen betragen dann bei beiden Studien nicht mehr 5%, sondern nur noch weniger als 1%.

Das soll an der entsprechenden Tabelle von ANGERMEYER/BRÄHLER veranschaulicht werden.

Tabelle 9: Das Rechtsextremuspotenzial und seine Bestandteile in West- und Ostdeutschland (2001, Angaben in %)

	Gesamt	West	Ost
Autoritarismus	9	8	11
Nationalismus	8	8	7
Pronazist. Einstellungen	6	6	8
Antisemitismus	9	9	8
ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit	11	10	16
sozioökonomisch motiv. Fremdenfeindlichkeit	30	27	43
.....			
danach beträgt das			
– mittlere Rechtsextremis- muspotenzial	12	11	16
– mittlere Rechtsextremis- muspotenzial <i>ohne</i> Frem- denfeindlichkeit	8	7,8	8,5
zum Vergleich die Werte von STÖSS/NIEDERMAYER			
– mittleres Rechtsextremis- muspotenzial	13	12	17
– mittleres Rechtsextremis- muspotenzial <i>ohne</i> Frem- denfeindlichkeit	9	8,8	9,8
(Vergleiche STÖSS 1999. S. 30)			

Die West-Ost-Differenzen schmelzen also ohne die fremdenfeindlichen Einstellungen auf 1% bzw. weniger zusammen, was zweifellos eine wesentlich andere politisch/gesellschaftliche Einschätzung verlangt.

Daraus geht hervor, dass die Fremdenfeindlichkeit im Rechtsextremismus-Syndrom eine *Sonderstellung* einnimmt. Fremdenfeindlichkeit steht zwar in Korrelation zu den anderen hier analysierten Komponenten des Syndroms (besonders auch mit der hier leider nicht ermittelten Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum; vergleiche Tabelle 6), sie wird aber in bedeutendem Maße auch durch andere Faktoren, wie etwa die materielle Le-

benslage der Individuen, die »Sündenbocksuche« oder durch zufällige Ereignisse im Alltag, Kontakte mit Ausländern etc. determiniert.

Aus all dem ergibt sich die Schlussfolgerung: Allgemeine Indices (hier Mittelwerte) sollten stets hinsichtlich ihrer *methodischen Voraussetzungen* genauer bewertet werden. Ihr Aussagegehalt darf nicht unkritisch beurteilt werden.

Diese Folgerung gilt in erster Linie für die Politiker und Medienvertreter als Nutzer solcher wissenschaftlicher Informationen. Für die Forscher ist sie eine Selbstverständlichkeit, was die hier zitierten auch in ihren Arbeiten berücksichtigt haben.

Anmerkungen zu rechten Einstellungen bei ostdeutschen Jugendlichen

Die Selbsteinstufung ins politische Links-Rechts-Spektrum, das zu DDR-Zeiten so gut wie keine Rolle spielte, hat sich nach dem Zusammenbruch des SED-Systems in kurzer Zeit zum dominanten politischen Orientierungssystem bei Jung und Alt entwickelt. Unsere eigenen Untersuchungen haben gezeigt, dass im Laufe der Jahre 1990/91 selbst jüngere Jugendliche erstaunlich schnell in der Lage waren, sich in diesem Spektrum zurechtzufinden und sich hier selbst zu verorten. 1992 meinten nur 14% der 14– bis 18jährigen noch Schwierigkeiten zu haben, sich selbst hier einzuordnen.

Bei der Links-Rechts-Positionierung stellten sich rasch bestimmte strukturelle Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen heraus, die auch in der Gegenwart, wenngleich mit leichten zahlenmäßigen Verschiebungen, noch fortbestehen. Das sind bei jungen Ostdeutschen vor allem:

- Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sowohl im Osten wie im Westen gering, sie belaufen sich nur auf wenige Prozent.
Das war allerdings kurz nach der Wende im Osten anders, dort vertraten Anfang der 90er Jahre besonders jüngere Männer erheblich häufiger als gleichaltrige Frauen oder Mädchen rechte Positionen.
- Unterschiede in Abhängigkeit vom Bildungsgrad. Jugendliche mit einem höheren Bildungsabschluss (Mittelschule/10. Klasse oder Gymnasium) sind seltener rechtsorientiert als solche mit niedrigerem Schulabschluss. Das bestätigen auch für die Gegenwart ANGERMEYER/BRÄHLER mit ihrer Studie (2001. S. 10f.).
- Unterschiede nach der sozialen Herkunft. Das Elternhaus hat im Durchschnitt einen bedeutenden Einfluss auf die politische Position der Jugend-

lichen. Je höher die Bildung, die berufliche Position, das Wohlstandsniveau der Eltern, desto seltener werden von den Jugendlichen rechte Positionen besetzt.

- Unterschiede in Abhängigkeit vom regionalen/lokalen Milieu. Jugendliche aus größeren Städten (über 50.000 Einwohner) sind weniger häufig unter Rechtsorientierten zu finden als solche aus kleineren Orten.
- Unterschiede nach der konfessionellen Position. Religiöse (konfessionell gebundene) Jugendliche sind im Osten etwas weniger rechtsgerichtet als Nichtkonfessionelle (Atheisten). Doch sind diese Differenzen im Osten sehr gering.

Auch wenn sich die Zahlen der rechten und linken Positionen in den letzten Jahren bei Jugendlichen verringert haben, bleibt doch der Tatbestand einer starken Bewusstseinsprägung durch solche Positionen erhalten. Vor allem durch den Umgang mit Gleichgesinnten, aber auch durch eine selektive Rezeption der Medien, kommt es durch die Identifikation mit dieser oder jener Position zur Ausprägung einer immer stabileren politisch-weltanschaulichen Haltung. Rechtsorientierte ebenso wie Linksorientierte passen sich den in ihren speziellen Milieus vorherrschenden Ideologien an, verinnerlichen sie, werden so zu Konformisten dieser Ideologien in ihrem Denken und Verhalten. Man kann daher von der Herausbildung einer speziellen Mentalität bei beiden Gruppen sprechen.

Wir können hier nicht ausführlicher darauf eingehen, wollen aber zur Illustration des Problems auf folgende Abbildung verweisen, die auf Materialien aus unserer Jugenduntersuchung von 1995 beruht. Sie charakterisiert gut die teilweise extremen Unterschiede in den Mentalitätsprofilen von Links- und Rechtsorientierten.

Abbildung 3: Politische und soziale Einstellungen von Jugendlichen mit klar rechter bzw. linker Selbsteinstufung (14– bis 18jährige Schülerinnen und Lehrlinge, Angaben in %)



(Eigene Berechnungen, vergleiche FÖRSTER/FRIEDRICH 1996)

8.2. Fremdenfeindlichkeit

Unter »Fremdenfeindlichkeit« wird allgemein eine stark ablehnende Einstellung gegenüber Ausländern (besonders den Arbeits- oder Asylsuchenden, Zuwanderern), aber auch gegenüber Juden und anderen Minoritäten verstanden. Sie kann bis zu Hass und Gewalttätigkeit reichenden Aversionen gehen. Die Motive dafür können sehr unterschiedlicher Art sein.

In vielen Untersuchungen der 90er Jahre zeigte sich, dass die Fremdenfeindlichkeit bei Ostdeutschen, besonders bei Jugendlichen stark verbreitet war und oft die Werte der westdeutschen Vergleichspopulationen übertraf.

Diese starke Ablehnung bestimmter Gruppen von Ausländern hatte sich bei den Jugendlichen bereits in den letzten DDR-Jahren angekündigt (vergleiche Tabelle 2). Unmittelbar nach der Vereinigung setzte sich dieser Trend bei ihnen verstärkt fort. In einer Jugendstudie stellte OTTEN fest, dass ausländerfeindliche Einstellungen im Jahre 1991 bei jungen Ostdeutschen von 9 auf 27%, bei jungen Westdeutschen nur von 8 auf 13% angestiegen waren (in OTTO/MERTEN 1993. S. 403). Auch wir konnten diese auffälligen Trends in unseren sächsischen Jugendstudien von 1990/92/94 belegen (vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER 1996, besonders FÖRSTER in seiner interessanten Längsschnittstudie 2000b. S. 70).

Daraus entstand bald, im Zusammenhang mit zahlreichen gegen Ausländer gerichteten Gewalttaten im Osten, das Bild vom extrem fremdenfeindlichen »Ossi«. Und nicht wenige Autoren sahen die Ursachen dafür in der autoritären DDR-Sozialisation.

Tatsächlich ist die Lage in diesem Bereich ernst genug und darf keineswegs bagatellisiert werden. Doch ist es gerade deshalb wichtig, die empirische Forschungslage unvoreingenommen zur Kenntnis zu nehmen. Dabei wird sich herausstellen, dass die vorhandenen Forschungsergebnisse miteinander beträchtlich divergieren, was schon auf die schwierige reale Situation hindeutet.

Wenden wir uns zunächst den großen zeithistorischen Trendstudien, dem Eurobarometer und dem ALLBUS zu, die beide diesem Problembereich seit langer Zeit Aufmerksamkeit schenken, sodass wir über informative Trends verfügen.

Das Eurobarometer untersucht in den EU-Ländern seit mehr als zwei Jahrzehnten die Einstellungen der Bevölkerung zu Menschen anderer Nationen, Rassen und Religionen, seit 1992 werden dort auch repräsentative ostdeutsche Populationen erfasst. Die west-ostdeutschen Vergleiche gibt die Tabelle 10 wider.

Tabelle 10: Einstellungen zu Menschen anderer Nationen, Rassen, Religionen (West-Ostdeutsche 1992–2000; Angaben in %)

Fragetext: »Finden Sie die Anwesenheit von Menschen anderer Nationen (1), Rassen (2), Religionen (3) als störend in Ihrem Alltagsleben?«

		Zustimmung				
		1992	1993	1994	1997	2000
(1)	West	18	13	12	13	18
	Ost	11	13	8	14	15
(2)	West	20	15	13	14	17
	Ost	14	15	8	17	18
(3)	West	18	13	11	14	18
	Ost	9	9	6	13	15

(Vergleiche MOSCHNER 2000. S.70f.)

Die Tabelle belegt: Zwischen West- und Ostdeutschen können (bei der ziemlich allgemein formulierten Einstellungsfrage) seit 1992 keine großen Differenzen beobachtet werden. Bis Mitte der 90er Jahre urteilen Ostdeutsche sogar leicht positiver als Westdeutsche, sie fühlen sich in ihrem Alltag weniger gestört durch die hier genannten »Fremden«. Ab 1997 ist aber eine stärkere Angleichung zu bemerken, die Differenzen zwischen den beiden Teilpopulationen haben sich erheblich verringert.

Unbeachtet bleibt bei diesen Studien, dass die Zahl der im Osten wohnenden Ausländer viel geringer ist als die in den alten Bundesländern. Doch sollte dieser Tatbestand nicht überschätzt werden, denn es bleiben trotzdem die Fragen offen, warum dies (nach Tabelle 9) im Osten dann erst 1997 ins Gewicht fällt und warum darüber hinaus auch im Westen die Zahlen seit 1997 angestiegen sind. Außerdem ist in der Vorurteilsforschung seit Jahrzehnten gut bekannt, dass die Ablehnung von Ausländern oder Juden auch dann sehr verbreitet sein kann, wenn solche Personen kaum bekannt sind. Wieso nahm denn die Ausländerfeindlichkeit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre im Osten so schnell zu?

Am häufigsten fühlen sich Ostdeutsche durch Menschen anderer Nationen, also durch »klassische Ausländer« gestört, am wenigsten durch Menschen anderer Religionen! Das letztere dürften vermutlich viele Leser nicht erwartet haben, entspricht das doch nicht dem Stereotyp der intoleranten autoritären Persönlichkeit, schon gar nicht der aus der »atheistischen DDR« hervorgegangenen. Kundige Insider der ostdeutschen Verhältnisse wird das allerdings weniger überraschen. Michael TWEREY, der sich seit längerer Zeit mit den konfessionellen Einstellungen und Wandlungen der Religiosität in Deutschland und anderen Ländern befasst hat, stellt fest: Es gibt keine ausgesprochene Kirchenfeindlichkeit im Osten, auch nicht bei Atheisten (vergleiche 1998. S. 161).

Diese Zahlen gehen natürlich von der Gesamtbevölkerung aus und verwischen dadurch Unterschiede, die etwa zwischen bestimmten Altersgruppen bestehen können. Deshalb verweisen wir an dieser Stelle nochmals auf Eva ALTHAMMER (Kapitel 6), die auf der Grundlage der Eurobarometer-Studien gerade so pointiert darauf hingewiesen hat, dass zwischen jüngeren und älteren ostdeutschen Altersgruppen die Einstellungen gegenüber Fremden bedeutend auseinander gehen können.

In diesem Zusammenhang noch ein anderes Ergebnis des Eurobarometer-Panels: Da sich die EU-Politik verständlicherweise stark für das Problem der Zuwanderer und deren Integration in den einzelnen Ländern interessiert, hat das Eurobarometer auch dazu seit langer Zeit sehr gezielte Fragen gestellt. Bei diesen konkreteren Fragen ergeben sich allerdings auch andere Relationen im west-ostdeutschen Vergleich als bei den allgemeiner formulierten der Tabelle 10.

So zeigt sich, dass Ostdeutsche zwar häufiger als Westdeutsche gegen Zuwanderer aus West- und besonders aus Osteuropa sind, weil sie diese als ihre Hauptkonkurrenten auf dem Arbeitsmarkt und damit als »Sündenböcke« für ihre Problemsituationen ansehen. Gleichzeitig kommt aber auch zum Ausdruck, wie bereits angedeutet, dass sie stärker als Westdeutsche für die Wahrung der politischen Rechte der Ausländer eintreten.

Der Ausländer wird vom Ostdeutschen *mehr* als vom Westdeutschen als politisches Subjekt bewertet. Daraus resultiert auch das positivere Verständnis und tolerantere Verhältnis gegenüber Asylbewerbern.

Ostdeutsche sprechen sich *deutlich häufiger* als Westdeutsche für deren Aufnahme als politische Flüchtlinge und für ihre Gleichberechtigung in Deutschland aus – was in schon bekannter Weise wiederum mehr auf die mittleren und älteren Jahrgänge zutrifft. In den Asylbewerbern sehen Ostdeutsche offensichtlich weniger den Konkurrenten um Arbeitsplätze, daher bringen sie ihnen gegenüber stärker ihr ausgeprägtes politisches Denken und solidarisches Mitgefühl zum Ausdruck.

Übrigens wurde die positivere Einstellung der Ostdeutschen zu politischen Asylanten schon im Eurobarometer 1992 diagnostiziert, was damals bereits für Aufsehen sorgte. WIEGAND (1993, S. 273) hat ausdrücklich darauf hingewiesen.

Die Differenzen waren Anfang der 90er Jahre sogar noch größer als gegenwärtig. Sie betrug damals bis zu 18% zugunsten der Ostdeutschen, sind aber inzwischen stark zusammengeschmolzen und belaufen sich im Eurobarometer 2000 nur noch auf 5%. Westdeutsche lehnen Asylbewerber heute zu 20%, Ostdeutsche zu 15% entschieden ab.

Erneut ein typisches Beispiel für die Annäherung der Einstellungen von Ost und West – aber eben immer nur in einer Richtung, in Richtung des Westniveaus – unabhängig davon, ob dies gesellschaftlich wünschenswert ist oder nicht!

Die schon erwähnte Eva THALHAMMER, die die Eurobarometerstudie 2000 unter dem Aspekt der Zuwanderer ausgewertet hat, verallgemeinert für die Deutschen: »Zwischen West und Ost bestehen zwar Unterschiede, aber man kann nicht generell behaupten, dass die Menschen in dem einen Teil Deutschlands eine negativere oder positivere Haltung [gegenüber Zuwanderern – W.F.] zeigen als die im anderen Teil.« (2001, S. 2) Von einer allgemeinen Disposition »höhere Fremdenfeindlichkeit«, die etwa auch gegen Juden und Asylbewerber gerichtet wäre, kann danach jedenfalls bei Ostdeutschen *nicht* gesprochen werden.

Einen ähnlich informativen Trendvergleich bietet auch die ALLBUS-Serie zu diesem Themenbereich seit 1980. Ostdeutsche wurden dazu seit 1994 befragt. Sie lehnen dort aber beträchtlich häufiger Ausländer ab als die westdeutschen Vergleichsgruppen.

Wie ist dieser Widerspruch zwischen den Forschungsergebnissen von Eurobarometer und ALLBUS zu erklären? Das ist für uns schwierig zu beantworten, es müsste vor allem von den Autoren selbst versucht werden. Vermutlich spielt eine bedeutende Rolle, dass die Fragen im ALLBUS direkter und schärfer formuliert worden sind als beim Eurobarometer (z.B. »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat schicken«, »Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Deutschen anpassen«, »Ausländer sollten unter sich heiraten« (vergleiche dagegen die ziemlich weiche Formulierung der Fragetexte vom Eurobarometer in Tabelle 10).

Die konkrete Frageformulierung hat immer einen erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse. Das ist aus der Meinungsforschung gut bekannt und sollte auch hier berücksichtigt werden.

KLEINERT/de RIJKE (2000, S. 174ff.) haben die Veränderungen in den fremdenfeindlichen Einstellungen zwischen 1980 und 1996 im Überblick gut

dargestellt und die (18– bis 29jährige) Jugendgruppe besonders hervorgehoben (vergleiche besonders ihre Abbildung S. 172).

Die dort erkennbaren erheblichen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen werden auch von zwei großen Jugendstudien des Münchener Deutschen Jugendinstituts klar reflektiert. In Anlehnung an die ALLBUS-Fragen wurden in einem 5-Jahresabstand 1992 und 1997 junge Ost- und Westdeutsche im Alter von 16 bis 29 Jahren unter anderem nach ihren Meinungen zu folgenden Statements befragt:

- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer heimschicken (1),
- Es wäre am besten, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden (2).

Tabelle 11: Einstellungen zu Ausländern bei ost- und westdeutscher Jugendlichen
Zustimmung in % (zu obigen Aussagen)

	(1)	(2)
1992 Ost	41	21
West	26	14
1997 Ost	37	19
West	15	7

(Quelle: KLEINERT/de RIJKE 2000. S. 173)

Die Unterschiede sind bei den beiden Statements zwischen den 16– bis 29jährigen aus Ost und West sowohl 1992 wie auch 1997 groß. 1997 hat sich zwar die Ablehnung der jungen Ostdeutschen etwas verringert, doch die der jungen Westdeutschen ist im Vergleich noch weiter zurückgegangen, wodurch sich die West-Ost-Differenzen sogar noch etwas vergrößert haben.

Die Ergebnisse dieser Studie können nicht bestritten, dürfen aber auch nicht verabsolutiert werden. Sie werden sich selbstverständlich auch in den letzten Jahren weiter verändert haben. Deshalb ist es wichtig, stets nach weiteren Vergleichen zu suchen.

Wir beziehen uns deshalb hier auf Forschungsergebnisse der 13. Shell-Jugendstudie, die Ende 1999 bei einer großen repräsentativen Population

von über 4.500 15– bis 24jährigen jungen Deutschen durchgeführt worden ist. Damit sind gute Möglichkeiten für differenzierte Analysen gegeben, die von den Autoren auch genutzt wurden.

Die Einstellungen zu Ausländern wurden mit 10 speziellen Indikatoren gemessen, aus denen anschließend nach einem methodisch anspruchsvollen Verfahren ein Index »Ausländerfeindlichkeit« ermittelt wurde. Von der Westpopulation wurden auf diese Weise 24,9%, von der Ostpopulation 27,5% als ausländerfeindlich klassifiziert. Ein Unterschied von 2,6% erscheint nicht sehr groß und lässt keine bedeutenden theoretischen Folgerungen zu.

Betrachten wir die West-Ost-Populationen noch differenziert nach ihren Alters- und Geschlechtergruppen:

Tabelle 12: Ausländerfeindlichkeit bei West- und Ostjugendlichen, differenziert nach Alter und Geschlecht (Angaben in %)

	männlich			weiblich		
	15/17	18/21	22/24	15/17	18/21	22/24
West	26	25	24	25	25	25
Ost	28	28	29	27	27	26

(Quelle: SHELL 2000. S. 303)

Die Tabelle hält keine Überraschungen bereit. Sie zeigt, dass die West-Ost-Unterschiede auch zwischen den Geschlechter- und Altersgruppen ziemlich gleich groß bleiben und stets zugunsten der Westjugendlichen ausfallen. Doch belaufen sich die Differenzen nur bei den 22– bis 24jährigen jungen Männern auf 5%, bei den Mädchen und jungen Frauen gehen sie nicht über 2% hinaus.

Als Hauptursache der Ausländerfeindlichkeit benennen die Autoren der Shell-Studie ausdrücklich nicht primär rechtsextreme Milieus oder etwa autoritäre Verhaltensmuster aus DDR-Zeiten, sondern vor allem die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit und zunehmende Chancenlosigkeit durch die Konkurrenz der Ausländer. Das sind auch nach weiteren einschlägigen empirischen Studien die entscheidenden Gründe der höheren Ausländerfeindlichkeit bei jungen Ostdeutschen.

Jedenfalls erscheint nach alledem die Meinung der Autoren der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Heute haben die Ausländer [für die ostdeutsche Jugend – W.F.] die Feindbildfunktion übernommen, die früher der Klas-

senfeind hatte«, womit sich die antifaschistische Erziehung der DDR als kontraproduktiv erwiesen habe (2001. S. 20), *als völlig unbegründete ideologische Verlautbarung*.

Anmerkungen zur Ausländerfeindlichkeit

Sowohl für die jüngeren wie für die älteren Kohorten ist charakteristisch:

- Personen des weiblichen Geschlechts lehnen heute Ausländer/Fremde fast ebenso häufig ab wie solche des männlichen Geschlechts. Das war Anfang der 90er Jahre im Osten noch anders. In unseren sächsischen Jugendstudien waren damals die Jungen/jungen Männer stets bedeutend negativer zu Ausländern eingestellt als die Mädchen/jungen Frauen, die Differenzen lagen zwischen 5– bis 20%.
- Politisch Rechtsorientierte lehnen Ausländer/Fremde viel häufiger und intensiver ab als politisch Linksorientierte. Je weiter sie sich in Richtung des rechten Pols einstufen, desto wahrscheinlicher und aggressiver wird eine fremdenfeindliche Haltung bei ihnen.
- Das gilt im Prinzip auch für die Mitglieder (abgeschwächt auch für die Sympathisanten/Wähler der politischen Parteien. Am häufigsten und aggressivsten sind natürlich Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen fremdenfeindlich eingestellt. Mit klarem Abstand folgen Mitglieder der CSU/CDU, SPD, FDP, der Grünen und der PDS. An dieser Reihenfolge lassen Meinungsumfragen keinen Zweifel.
- Auch der Bildungsgrad spielt eine erhebliche Rolle. Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind weniger fremdenfeindlich als solche mit niedrigeren. Doch kann man dies nicht nur als direkte Folge eines höheren kognitiven/intellektuellen Niveaus (eines besseren Kenntnisstandes) interpretieren, wie das nicht selten noch geschieht. Höher Gebildete haben ja auch später durchschnittlich größere berufliche und Einkommenschancen, bessere Aussichten, einen höheren Lebensstandard und Wohlstand zu erreichen. Zuwanderer brauchen sie daher weniger als Konkurrenten zu fürchten. Doch kann sich bei einem Teil von ihnen aber auch Intoleranz als Folge eines »Wohlstandschauvinismus« ausbreiten, einer Angst, ihre privilegierte Stellung zu verlieren.
- Die Ablehnung der Ausländer/Zuwanderer im Osten wird, wie erwähnt, seit der Wende sehr stark durch die Befürchtung eines möglichen Arbeitsplatzverlustes begründet. Der Ausländer wird als Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt betrachtet. Deshalb bringen Arbeitslose besonders häufig eine starke Aversion ihnen gegenüber zum Ausdruck. Die stark

»sozioökonomisch motivierte« Ausländerfeindlichkeit im Osten wurde erst kürzlich wieder durch die Studie von ANGERMEYER/BRÄHLER nachdrücklich bestätigt (vergeliche 2001. S. 6).

Fragen wir abschließend zu diesem Thema: Wie könnte sich das allgemeine emotionale Verhältnis zu Ausländern, besonders die Fremdenfeindlichkeit, in Ostdeutschland in den nächsten Jahren weiter entwickeln?

Das kann heute natürlich nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, weil solche Prozesse von der allgemeinen Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Lage abhängen, wesentlich auch davon, wie sich die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gestalten wird. Da dies ein langfristiger Prozess bleiben wird, ist nicht zu erwarten, dass sich die Haltung der Ostdeutschen gegenüber Fremden schnell positivieren wird. Sie wird wohl noch längere Zeit kritischer als die der Westdeutschen bleiben, vor allem bei der Jugendpopulation. Auf längere Zeit gesehen wird der Trend natürlich auch in diesem Bereich auf eine weitere Konvergenz in den Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen den West- und Ostdeutschen zulaufen.

Unter Bezugnahme auf unsere Forschungshypothese kann man feststellen: *Die hier referierten Ergebnisse und Einschätzungen können nur als Zurückweisung der Auffassung interpretiert werden, dass rechtsextreme Orientierungen und Fremdenfeindlichkeit der Ostdeutschen durch autoritäre DDR-Strukturen bedingt seien.*

9. Antisemitismus im Osten

Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen gehören – speziell in Deutschland – zum Rechtsextremismus-Syndrom. Sie stehen in engem Zusammenhang mit anderen Merkmalen bzw. Symptomen dieses Komplexes.

Blick in die Geschichte

Erscheinungen der Judenfeindschaft haben bekanntlich in vielen Ländern West- und Osteuropas eine über Jahrhunderte zurückreichende Geschichte. Die Gründe, Motive und Argumente waren vielfältiger Natur, spiegelten vorwiegend religiöse, politische oder wirtschaftliche Interessen wider. Diese variierten stark zwischen den verschiedenen historischen Epochen und Nationen. Daher tritt der Antisemitismus noch heute in unterschiedlichen Merkmalskombinationen und ideologischen Schattierungen auf. Er hat stets seine nationalen Besonderheiten – wie der Rechtsextremismus insgesamt.

In Deutschland kam es seit Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Reaktivierung einer antijüdischen Bewegung, die sich besonders mit der Rassenideologie verband und schließlich vom Hitlerfaschismus in den Stand einer Partei- und Staatsdoktrin erhoben wurde. Auf dieser Grundlage entstand ein Programm der Vernichtung dieser angeblich »lebensunwerten Rasse«. Dem Holocaust fielen bis 1945 in Europa 5 bis 6 Millionen jüdischer Menschen zum Opfer.

Zunächst wenden wir uns der Frage zu, wie die deutsche Bevölkerung nach 1945 mit dieser historischen Erblast fertig geworden ist. Große Teile der Bevölkerung waren ja von der faschistischen Ideologie und Politik geblendet, hatten die Abwertung und Verfolgung der Juden akzeptiert. Deshalb musste man davon ausgehen, dass die Veränderung der antisemitischen Haltungen im Westen wie im Osten nur in einem langwierigen Umorientierungsprozess erfolgen würde.

In welchen Zeiträumen und Formen dieser sich in der DDR vollzogen hat, kann hier leider wiederum nicht rekonstruiert werden. Empirische Forschungen mit quantitativen Methoden wurden auf diesem politisch heiklen Gebiet bis 1990 nicht zugelassen – selbst dann nicht, wenn sie vermutlich für die DDR ein recht günstiges Bild vermittelt hätten.

Wesentlich besser stellt sich wiederum die Forschungslage in der alten BRD dar, obwohl auch hier zeitweise Tendenzen des Verschweigens und des Desinteresses an empirischen Untersuchungen zum Antisemitismus bei bestimmten politischen Kreisen zu beobachten waren. Vor allem Werner BERGMANN und Rainer ERB haben sich bei der systematischen Zusammenstellung älterer Ergebnisse sowie der Organisierung eigener empirischer Studien seit vielen Jahren Verdienste erworben (vgl. 1991, 1996, 2000), vor ihnen bereits Alfons SILBERMANN (1982), Wolfgang BENZ (1991) und andere. So steht uns eine umfangreiche Daten- und Erkenntnisbasis zur Verfügung.

Die ersten empirischen Studien nach dem Ende des 2. Weltkrieges belegen erwartungsgemäß »ein massives Fortleben des Antisemitismus nach 1945« (BERGMANN/ERB 1991. S. 12) wie auch einen klaren Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und der persönlichen Einstellung zum faschistischen System. Das Allensbacher Institut für Demoskopie (NOELLE-NEUMANN) hat zum Beispiel seit 1952 in größeren Abständen bei repräsentativen Umfragen die Frage gestellt: »Würden Sie sagen, es wäre besser (bzw. ist für Deutschland besser), keine Juden im Lande zu haben?« Die prozentualen Antwortverteilungen in den Jahren 1952 bis 1987 finden sich in Tabelle 13:

Tabelle 13: Wäre es besser, keine Juden in Deutschland zu haben?
(Angaben in %)

	1952	1956	1958	1963	1965	1983	1987
ja, besser	37	26	22	18	19	9	13
nein	19	24	38	40	34	43	67

Die Differenz zu 100% bezieht sich auf die Zahl der Unentschiedenen
(Quelle: BERGMANN 2000. S. 135)

Daraus geht hervor, dass der Antisemitismus in der alten Bundesrepublik seit Anfang der 50er Jahre zwar erheblich zurückgegangen ist, wenngleich

dieser Trend »sehr langsam, zäh und diskontinuierlich verlaufen« ist (BERGMANN/ERB 1996. S. 401). Auch nach SILBERMANN (1982) betrug der Bevölkerungsanteil mit »ausgeprägten antisemitischen Vorurteilen« in der BRD bis in die 80er Jahre hinein noch etwa 15 bis 20%. Bei weiteren 20 bis 30% seien antisemitische Vorurteile noch »mehr oder weniger stark« vorhanden gewesen. Spätere Untersuchungen bestätigten seine Aussagen.

Verständlich, dass diese Zahlen nicht gerade als ein glänzender Beweis für einen gelungenen Einstellungswandel gegenüber Juden, nicht als ein Ruhmesblatt für die Politik der alten Bundesrepublik bewertet werden können.

Als nach der Vereinigung die Blockaden für Meinungsumfragen in der DDR wegfielen, profitierte davon auch die Antisemitismusforschung. Es leuchtet ein, dass das Thema Antisemitismus im Osten weit vorn auf der Agenda der Demoskopien und der Politiker stand. Allgemein wurde damals für die Ostdeutschen ein bedeutend höheres Antisemitismuspotential als bei den Westdeutschen vorausgesagt. Man prognostizierte das aus der Totalitarismus-Theorie, aus der angeblich unwirksamen, nur »verordneten« antifaschistischen Erziehung sowie aus der Annahme einer in der DDR stärker verbreiteten Aggressivität und Ausländerfeindlichkeit, die sich automatisch auch auf Juden erstreckt haben würde.

Im Auftrage des »Spiegel« wurden Ende 1991 in einer großangelegten Antisemitismus-Studie erstmalig repräsentative Stichproben von West- und Ostdeutschen erfasst. Die Ergebnisse dieser Vergleichsstudie fielen zur großen Überraschung aber konträr zu den abgegebenen Prognosen aus. Sie wirkten in der damaligen Zeit geradezu sensationell, wurden deshalb von vielen Beobachtern mit den üblichen Ritualen in Frage gestellt, entweder methodisch bezweifelt oder mit spekulativen ideologischen Interpretationen »ins rechte Licht« gerückt sowie der Öffentlichkeit eher beiläufig bekannt gegeben.

Eine Ausnahme machte »Der Spiegel« selbst, der damals titelte: »Im Osten nur wenige Antisemiten!« Und weiter hieß es dort: »Jeder achte Deutsche – 13% – hat eine antisemitische Einstellung [...] Der Anteil ist in den alten Bundesländern höher, in den neuen weit geringer (16% gegenüber 4%). Seit vier Jahren hat sich die Zahl der Antisemiten nicht verändert.« (DER SPIEGEL 4/1992) Als Antisemit wurde eingeordnet, wer von 16 vorgegebenen Fragen sechs oder mehr im judenkritischen Sinne beantwortet hatte, ein in der Meinungsforschung durchaus legitimer und oft praktizierter Modus der Klassenbildung.

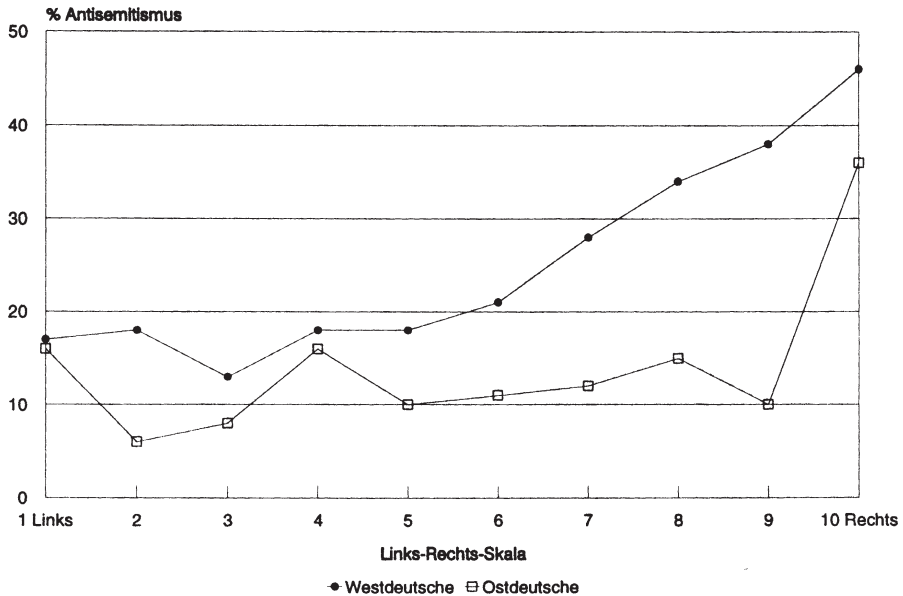
Die Spiegel-Umfrage hält jedoch noch zahlreiche weitere für uns interessante Resultate bereit, die in den folgenden Jahren auch von anderen Antisemitismus-Studien bestätigt worden sind.

Wir verweisen hier nur auf die Einstellungsdifferenzen zwischen verschiedenen sozialen Makrogruppen, wie z.B.

- Geschlechtergruppen:
Männer sind im Durchschnitt in West und Ost häufiger antisemitisch eingestellt als Frauen, sie neigen auch viel öfter als diese zu Gewalttaten gegenüber Juden. Diese Unterschiede sind schon in den Pubertätsjahren zwischen Jungen und Mädchen zu beobachten. Sie sind also ein Ergebnis einer frühen Sozialisation durch Elternhaus und Medien – wie Vorurteile und Stereotype insgesamt.
In unseren eigenen, für 14– bis 19jährige aus Sachsen repräsentativen Untersuchungen (1992 und 1994) zeigten sich zwischen den Geschlechtern Sympathie- bzw. Antipathiedifferenzen von 8 bis 16% gegenüber Juden (vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER 1996. S. 151).
- Bildungsgruppen/Schulabschluss:
Auch bei diesen Gruppierungen finden sich bemerkenswerte Kontingenzen. Je höher die Bildung, desto seltener sind antisemitische Einstellungen anzutreffen.
Dazu ebenfalls ein Beispiel aus unseren sächsischen Jugendstudien. Die Frage »Juden lehne ich ab, sie passen nicht zu uns«, wurde 1994 von 54% der 15/16jährigen Mittelschüler, aber von 87% der gleichaltrigen Gymnasiasten zurückweisend beantwortet. Dagegen stimmten 20% der Mittelschüler, aber nur 3% der Gymnasiasten ihr zu (vergleiche dazu die Ost-West-Relationen von Bildungsgruppen bei BERGMANN/ERB 2000. S. 414f).
- politisch-weltanschauliche Gruppen:
Von großer Aussagekraft sind die engen Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und politisch-weltanschaulichen Positionen. Besonders deutlich tritt die Abhängigkeit der Antisemitismus-Einstellungen vom Rechtsextremismus-Komplex (z.B. Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Verhältnis zur NS-Ideologie) in allen Untersuchungen zutage. Antisemitismus wird wesentlich durch ein rechtsextremistisches Bewusstsein konstituiert, er erhält seine Motivkräfte und Argumente überwiegend, aber doch nicht ausschließlich aus diesen Quellen.

Diese Aussage soll mit Abbildung 4 veranschaulicht werden. Sie bezieht sich auf repräsentative Populationen von West- und Ostdeutschen aus der ALLBUS-Studie 1996.

Abbildung 4: Antisemitismus und politische Orientierung



(Quelle: BERGMANN/ERB 2000. S. 416)

Diese Abbildung belegt klar:

- Je näher sich Personen auf einer Links-Rechts-Skala *dem rechten Pol* zuordnen, desto stärker sind ihre antisemitischen Einstellungen ausgeprägt.
- Antisemitische Einstellungen sind bei Westdeutschen wesentlich häufiger verbreitet als bei Ostdeutschen. Das kommt bei allen Positionen der Links-Rechts-Skala zum Ausdruck!

Dass die Links-Rechts-Selbsteinstufung schon bei 14– bis 19jährigen die Einstellung zu Juden stark polarisiert, belegt eindrucksvoll die folgende Tabelle unserer sächsischen Jugendstudie aus dem Jahre 1994.

Tabelle 14: Emotionale Einstellung zu Juden, differenziert nach politischen Grundeinstellungen (Links-Rechts-Spektrum)

Indikatortext: »Juden lehne ich ab, sie passen nicht zu uns«
Das ist 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht meine Meinung
(Angaben in %)

L-R-Spektrum	1+2	3	4+5
links	3	6	91
eher links	4	10	86
weder – noch	9	22	69
eher rechts	26	32	42
rechts	77(!)	13	10

(Quelle: FÖRSTER/FRIEDRICH 1996b. S. 154)

Ebenso aufschlussreich ist der Vergleich zwischen den Sympathisanten/Wählern der Parteien. Im allgemeinen vergrößert sich die Zahl der antisemitisch Eingestellten in dieser Reihenfolge der Parteien: PDS und B90/Grüne über SPD, FDP, CDU/CSU und mit deutlichem Abstand die der Republikaner bzw. anderer rechter Parteien.

Wir beziehen uns hier auf eine Tabelle aus der ALLBUS-Studie von 1996, die zugleich die Ost-West-Differenzen widerspiegelt (nach BERGMANN/ERB 2000. S. 417). Man sieht, die Reihenfolge ist im Westen und Osten dieselbe. Der Niveauunterschied bleibt in allen Parteien relativ gleich, er fällt jedoch stets zugunsten der Ostdeutschen aus. Besonders die Republikaner bringen im Westen eine viel stärkere Aversion gegen Juden zum Ausdruck als im Osten. (Siehe Tabelle 15 auf der folgenden Seite.)

Altersgruppen

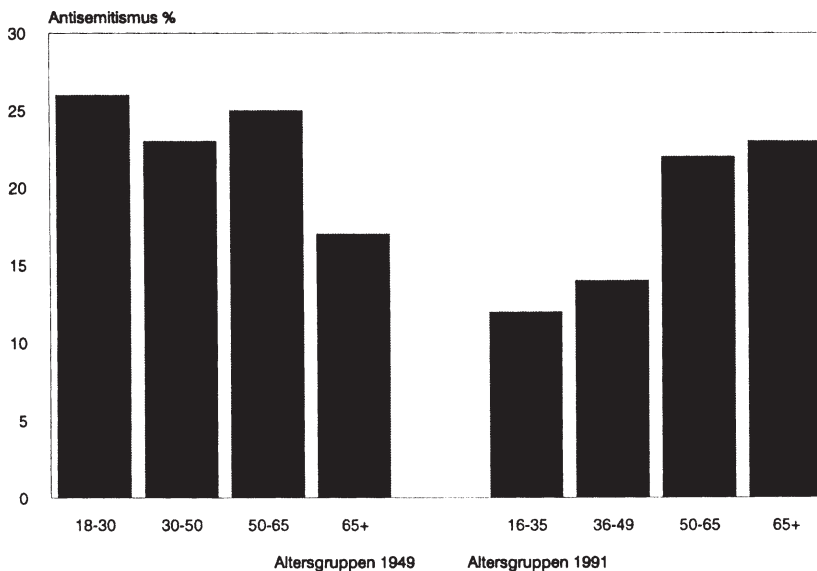
Dank der kontinuierlichen Forschungsarbeit von Bergmann/Erb verfügen wir hier ebenfalls über zahlreiche Vergleichsdaten, die eine große theoretische Bedeutung für die Beantwortung unserer Ausgangsfrage nach der Wirkung der DDR-Sozialisation besitzen. Deshalb werden wir etwas ausführlicher darauf eingehen (und bitten auch den Leser um eine aufmerksame Betrachtung der beiden folgenden Abbildungen).

Tabelle 15: Antisemitische Einstellung, in Abhängigkeit von Parteiwählern in Ost und West (Angaben in in%)

Parteien	Ost	West
PDS	9	14
B90/Grüne	7	11
SPD	13	22
FDP	15	22
CDU/CSU	12	22
Republikaner	25	62
Nichtwähler	14	19

Wir beginnen mit einem historischen Vergleich antisemitischer Haltungen bei den BRD-Altersgruppen aus repräsentativen Umfragen der Jahre 1949 und 1987.

Abbildung 5: Generationenvergleich 1949 und 1987



Quelle: BERGMANN 2000. S.139

Auch wenn die Altersgrenzen leider nicht exakt übereinstimmen, kann doch mit einem Blick auf diese Abbildung erkannt werden: Die beiden Verteilungen unterscheiden sich grundlegend voneinander und lassen damit den starken Wandel der antisemitischen Einstellungen in der alten Bundesrepublik hervortreten. Waren diese Einstellungen bei den Altersgruppen der 1949er Umfrage noch ziemlich gleich verteilt und bei hohen Antisemitismusanteilen von über 20% (darunter lediglich bei den über 65jährigen), so bietet die Umfrage von 1987 ein *ganz anderes Bild*, nämlich einen treppenartigen Anstieg von den jüngeren zu den älteren Altersgruppen.

Während 1949 die älteste Gruppe *am wenigsten* antisemitisch belastet war, ist sie 1987 mit Abstand *am stärksten* belastet. Das kann nur mit der unterschiedlichen Generationsprägung dieser Kohorten erklärt werden!

1949 wirkte eben noch die antijüdische Ideologie und die Praxis der Judenverfolgung des NS-Staates wie auch des ständig aggressiver werdenden Antisemitismus und Rassismus schon in den 20er Jahren der Weimarer Republik nach, unter denen ja diese Altersgruppen aufgewachsen waren, also ihre Generationsprägung erhalten hatten.

Lediglich die älteste Gruppe war davon weniger betroffen, sie gehörte ja auch noch zu den vor 1885 Geborenen, ihre Kindheits- und Jugenderfahrungen stammten noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg.

Im Gegensatz dazu zeigt sich vier Jahrzehnte später eine bedeutende Abschwächung des antisemitischen Potenzials – allerdings jetzt bezeichnenderweise gerade mit Ausnahme der ältesten Gruppe, der über 65jährigen.

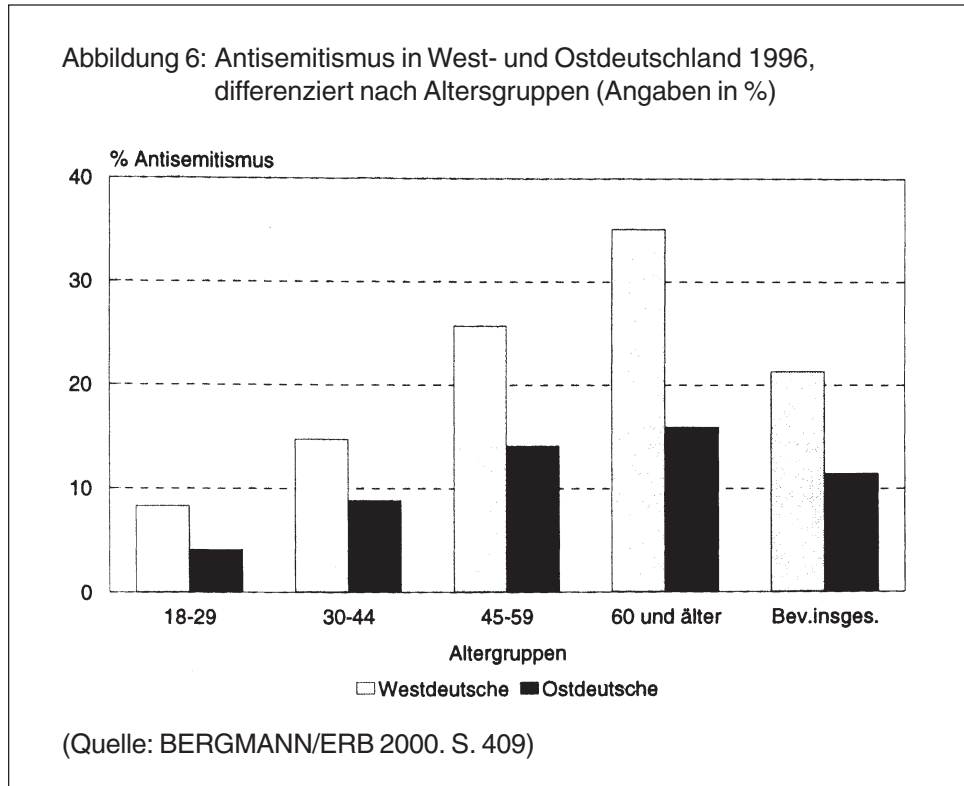
Unsere Interpretation ist: Die jetzt jüngeren Alterskohorten haben ihre Generationsprägung unter den Bedingungen der Bundesrepublik nach 1945 erhalten. Sie besitzen daher – je jünger, desto häufiger – ein positiveres Verhältnis zu Juden.

Der Einfluss unterschiedlicher Generationserfahrungen, die Sozialisation unter historisch stark veränderten politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen kann wohl selten so eindrucksvoll wie mit dieser Abbildung belegt werden. Mir sind jedenfalls keine ähnlich überzeugenden Vergleichsdaten zu solch jahrzehntelangen zeithistorischen Trendentwicklungen bekannt.

Da wir aus DDR-Zeiten nicht mit einem solchen Vergleich aufwarten können (vermutlich werden die Prozesse aber hier ähnlich verlaufen sein), verspricht der gegenwärtige West-Ost-Vergleich der Altersgruppen interessant zu werden.

Wie ist die Lage auf diesem Gebiet? Leider stehen solche Vergleiche aus der Antisemitismusstudie von 1991 nicht zur Verfügung. Sie hätten unmittelbar nach der Vereinigung zweifellos die DDR-Situation noch genauer wi-

dergespiegelt. Deshalb sind wir gezwungen, auf die ALLBUS-Studie von 1996 zurückzugreifen, aus der BERGMANN/ERB die Daten der Altersgruppen der West- und Ostpopulationen herausgefiltert und in folgender Abbildung zusammengefasst haben.



Diese Abbildung gibt klar zu erkennen, dass sich die Altersgruppen-Verteilungen bei den Ost- und Westpopulationen optisch tatsächlich stark ähneln – *allerdings auf sehr unterschiedlichen Niveaustufen!*

Wie seit der ersten Vergleichsstudie von 1991 zu erwarten war, liegen die Werte der Ostdeutschen in allen Alterskohorten deutlich unter denen der Westdeutschen. Die Differenz bei der Gruppe der über 60jährigen fällt interessanterweise sogar am stärksten aus. Das bedeutet: *Die Sozialisation in der DDR hat bei allen Altersgruppen zu einem stärkeren Abbau des Antisemitismus geführt als bei den Vergleichsgruppen in den alten Bundesländern.* Das betrifft erstaunlicherweise besonders die älteste Gruppe, bei der man ja von der tiefsten historischen Verwurzelung ihrer antisemitischen Einstellungen ausgehen kann, denn sie sind alle noch vor 1922 geboren!

Diese bedeutenden Unterschiede treten auch bei einzelnen Indikatoren zutage, z.B. bei der Einschätzung des internationalen Einflusses der Juden.

Tabelle 16: Internationaler Einfluss der Juden, differenziert nach West-Ost- und Altersgruppen (Angaben in %)

Zustimmung zu: »Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss« (Antwortpositionen 1+2 auf einer 7-stufigen Skala)

	Altersgruppen					Alle
	18-29	30-44	45-59	60-74	75-90	
West	7	12	20	30	30	17
Ost	2	6	9	17	21	9

Quelle: ALLBUS 1996, eigene Berechnung

Wieder ergibt sich dasselbe Bild: dass Juden zu viel Einfluss auf der Welt haben, befürchten viel mehr Westdeutsche aller Altersklassen. Auf alle Befragten bezogen, etwa doppelt so viele.

Werden die Ergebnisse dieser renommierten Forschungseinrichtung ernst genommen, dann kann daraus nur die Schlussfolgerung abgeleitet werden: *Die Sozialisation in der DDR hat zu keiner Zeit höhere Antisemitismuswerte hervorgebracht als die in der BRD!*

Die gesellschaftlichen Bedingungen, also die Grundlagen für die generationsprägenden Erfahrungen der jungen Bevölkerung, waren bezüglich der Einstellung zu Juden offensichtlich in der DDR bedeutend *günstiger* als in der alten Bundesrepublik. Nicht anders kann man diese Ergebnisse interpretieren.

Doch möchte ich an dieser Stelle eine einschränkende Bemerkung zur jüngeren ostdeutschen Altersgruppe machen. Unsere eigenen Untersuchungen deuten seit Anfang der 90er Jahre auf ein besonders hohes Anwachsen antisemitischer Einstellungswerte bei ostdeutschen Jugendlichen hin. Die Antipathiewerte gegenüber Juden sind bei den 15– bis 25jährigen relativ hoch und wachsen sogar weiter, je jünger die Jugendlichen sind.

Damit wird die Frage nach einer Prognose der künftigen Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland aufgeworfen.

Sicher kann man im Urteil natürlich nicht sein, hängt doch sehr viel von unkalkulierbaren wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Entwicklungen, z.B. vom West-Ost-Verhältnis in Deutschland, sowie von europäischen und

globalen Prozessen ab. Doch kann man wohl für die nächste Zukunft annehmen, dass sich das Antisemitismuspotential im Westen ganz allmählich weiter verringern, das im Osten dagegen weiter erhöhen wird, so dass hier schließlich das Westniveau erreicht wird. Das ist zwar in diesem Falle durchaus keine erfreuliche, aber eine kaum vermeidbare Perspektive.

Die Umfragen der 90er Jahre lassen erkennen, dass sich die großen Differenzen der ersten Vergleichsstudie von 1991, die ein Verhältnis von etwa 4:1 zugunsten der Ostdeutschen anzeigte, bereits erheblich verringert haben. Bei der ALLBUS-Studie von 1996 betrug dieses Verhältnis der antisemitisch Eingestellten in West und Ost nur noch etwa 2:1.

Bei einer späteren Umfrage (FORSA 1998) soll das »Westniveau« fast schon erreicht worden sein, wie BERGMANN (2000) schreibt. Doch fallen hier vermutlich methodische Probleme stärker ins Gewicht, die zur Verzerrung der Ergebnisse beigetragen haben könnten, wie WITTENBERG (2000) bemerkt. Doch auch bei einer der jüngsten repräsentativen Studien, der von ANGERMEYER/BRÄHLER vom Sommer 2001, beträgt die West-Ost-Differenz nur noch 1% zugunsten der Ostdeutschen.

Wenn sich der Angleichungsprozess des Ostens auch auf dieser Ebene als »Westwerdung« vollzieht, besteht wirklich kein Anlass, darüber Genugtuung zu empfinden, wie das bei einigen westdeutschen Autoren zum Ausdruck kommt. So mutet schon der Erklärungsversuch der hier mehrfach zitierten BERGMANN/ERB recht seltsam an, wenn diese zwar einerseits das »gesellschaftliche Umbruchserlebnis« bei den Ostdeutschen für das Ansteigen antijüdischer Einstellungen nach Wende und Vereinigung verantwortlich machen, gleichzeitig aber auch den in der DDR aufgewachsenen Menschen eine große Mitschuld daran zuschieben, indem sie meinen: »Zudem sind Elternhaus und Lehrerschaft durch ihre DDR-spezifische Prägung kaum in der Lage, zu diesem Thema Stellung zu nehmen und werden es daher auch eher vermeiden.« (2000. S. 411) Das ist in Anbetracht ihrer Kenntnis der Studien im Westen und der Ost-West-Vergleiche nach 1990, eine völlig unverständliche, weil unbegründete, wohl nur durch ideologische Vorurteile motivierte Disqualifizierung ostdeutscher LehrerInnen und Eltern. Weiter heißt es bei ihnen: »Die DDR-Politik verfügte ja über die Mittel der Erziehung und der Massenmedien, um eine antifaschistische Orientierung und gleichzeitig neofaschistische und antisemitische Meinungen auszuschalten.« (Ebenda. S. 411)

WITTENBERG wird ebenfalls mit den für ihn offensichtlich unerwarteten West-Ost-Unterschieden nur schwer fertig und behauptet, dass diese »nicht unerheblich auf die Jahrzehnte währende kulturell und institutionell oktroyierte Tabuisierung des Themas Antisemitismus in der DDR zurückzuführen« seien (2000. S. 129). Der DDR wird also, so muss man daraus

geradezu folgern, der Vorwurf gemacht, nicht mehr getan zu haben, dass der Antisemitismus dort nicht stärker verbreitet war. Eine eigenartige Dialektik.

Dagegen kann man der Einschätzung von Ignaz BUBIS voll zustimmen. Er beobachtete die Lage in beiden Teilen Deutschlands nüchtern, verfolgte die Trends und stellte objektiv fest: »Die Behauptung, dass die DDR-Bevölkerung stärker antisemitisch oder antizionistisch infiziert sei als die Bewohner der deutschen Bundesrepublik, trifft so keinesfalls zu. Unverkennbar ist allerdings, dass auch in den neuen Bundesländern der Antisemitismus zugenommen hat und – zwar noch nicht heute, aber wahrscheinlich in absehbarer Zeit – das westdeutsche Niveau erreicht.« (sein Vorwort in BUTTERWEGGE 1997. S. 8)

Zusammenfassung

Die Darstellung einiger Aspekte der Antisemitismusforschungen nach 1990 liefert für unsere Hauptfragestellung wichtige Erkenntnisse, von denen hier nur hervorgehoben werden sollen:

- Antisemitische Haltungen waren Anfang der 90er Jahre bei der westdeutschen Bevölkerung viel stärker verbreitet als bei der ostdeutschen.
- Zwischen den Sympathisanten/Wählern der Parteien bestanden und bestehen stets erhebliche Unterschiede. Rechtsorientierte, etwa Wähler der Republikaner, sind weit überdurchschnittlich antijüdisch, linksorientierte, vor allem Wähler von PDS und B90/Grünen sind dagegen ausgesprochen judenfreundlich eingestellt.
- Parteienwähler im Osten hatten bisher ein durchschnittlich positiveres Verhältnis zu Juden als die der gleichen Parteien im Westen. Ebenso stark differieren die Positionen im Links-Rechts-Spektrum in Bezug auf den Antisemitismus.
- Einem großen Teil der PDS-Wähler – die im Durchschnitt sehr positive Einstellungen zu Juden besitzen – kann sicherlich eine früher positive Identifikation zur DDR unterstellt werden. Damit wird unsere Identifikationshypothese bestätigt: Menschen, die sich mit der DDR identifiziert haben, sind seltener unter den Antisemiten zu finden.
- Der Vergleich zwischen den Altersgruppen der Umfragen von 1949 und 1987 lässt klar die generationsprägenden Wirkungen der faschistischen Zeit sowie Jahrzehnte davor, aber auch die positiven Unterschiede zur Sozialisation in der Bundesrepublik hervortreten.

- Die West-Ost-Vergleiche belegen eindeutig, dass die mittleren Jahrgänge, die also am längsten der DDR-Sozialisation ausgesetzt waren, die niedrigsten Antisemitismuswerte aufweisen.
- Im Laufe der 90er Jahre verringerten sich jedoch die West-Ost-Unterschiede auf diesem Gebiet. Die Ostdeutschen nähern sich den Westwerten an. Die Werte der Westpopulationen reduzieren sich ebenfalls leicht.

Die Antisemitismusforschungen erweisen sich somit als außerordentlich aussagekräftig für unsere theoretische Fragestellung. Sie weisen nachdrücklich darauf hin, dass es nicht genügt, mit Stereotypen zu operieren, statt mit unvoreingenommenen differenzierten Analysen der Gesellschaft und der objektiven Lebenslagen der Menschen die Ursachen solcher ernster Erscheinungen wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus aufzudecken.

10. Rechtsextremistische Gewalt

Rechtsextremistische Gewalttaten sind die gefährlichsten Ausdrucksformen des rechtsextremistischen Bewusstseins. Deshalb rufen sie auch in der demokratischen Öffentlichkeit so große Aufmerksamkeit, Kritik sowie entschiedene Abwehr- und Präventionsmaßnahmen hervor. Der Staat verfolgt sie konsequent mit strafrechtlichen Mitteln.

Was sind rechtsextremistische Gewalttaten? Wir wollen sie kurz so definieren:

Gewalttaten sind unter Einsatz körperlicher Kräfte gegen andere Personen oder Sachen gerichtete Aktionen, die bewusst auf deren Beschädigung abzielen. Gehen diese Aktionen auf rechtsextreme Motive zurück, dann werden sie als »rechtsextremistische Gewalttaten« klassifiziert. In der Sprache der Verfassungsschützer werden sie meist als »Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund« bezeichnet, die als schwerwiegende Gesetzesverletzungen vom Verfassungsschutz verfolgt und registriert werden.

Eine Anmerkung: Die Feststellung, ob eine Gewalttat rechtsextremistisch motiviert ist, ist in vielen Fällen nicht leicht zu treffen. Im Unterschied zur objektiven Tat, zum beobachtbaren Verhaltensakt, ist eine eindeutige Klärung der dahinter stehenden, die Tat auslösenden Motivation, oft kompliziert. Sie kann mitunter nur nach einer differenzierten psychologischen Analyse des Täters und der speziellen Tatsituation indirekt erschlossen werden. Das kann dem Ermittler im Einzelfall erhebliche Schwierigkeiten bereiten, lässt ihm oft einen großen subjektiven Deutungsspielraum. Dieser Sachverhalt dürfte für manche Probleme der Kriminalstatistik, besonders der Statistiken des Verfassungsschutzes von erheblicher Bedeutung sein – wie wir am Ende dieses Abschnitts noch sehen werden.

Ungeachtet dieser kritischen Anmerkung gibt es jedoch an dem engen Zusammenhang von rechtsextremen Einstellungen (Bewusstsein) und entsprechender Gewaltbereitschaft keinen Zweifel. Solche Zusammenhänge können in soziologischen oder kriminologischen Untersuchungen schon bei unauffälligen Bevölkerungspopulationen nachgewiesen werden. Sie zeigen

zum Beispiel, dass rechtsorientierte Jugendliche eine viel höhere Gewaltbereitschaft besitzen als linksorientierte oder als diejenigen, die sich politisch der Mitte zurechnen.

Wir wollen das an einer eigenen Untersuchung nachweisen:

Tabelle 17: Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung eigener Interessen
(Sächsische Jugendstudie 1994, Angaben in %)

Fragetext: »Manchmal muss man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen«

Antwortmodell: entspricht meiner Meinung 1 vollständig ...
5 überhaupt nicht

L-R-Spektrum	1+2	3	4+5
links	18	16	66
eher links	8	19	73
weder – noch	10	22	68
eher rechts	28	28	44
rechts	60	25	5

Die Akzeptanz von gewalttätigen Handlungen ist bei rechtsorientierten Jugendlichen, vor allem bei solchen, die Rechtsaußen-Positionen vertreten, eindeutig am größten. Linksorientierte oder Vertreter der Mitte-Positionen lehnen Gewalt überwiegend ab, nur Linksaußen akzeptieren sie etwas mehr. (Vergleiche FRIEDRICH/FÖRSTER 1996. S. 158.)

Noch krassere Unterschiede ergaben sich bei der Gewaltanwendung/ Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern. (Siehe Tabelle 18 auf der folgenden Seite.)

Hier sind die Unterschiede zwischen den linken und rechten Positionen noch eindeutiger und extremer. Der Hass der Rechtsaußen auf Ausländer ist sehr stark, was auch in den zugegebenen Verfolgungsaktionen zum Ausdruck kommt. An dieser Situation dürfte sich in den letzten Jahren wenig geändert haben, wenngleich natürlich nicht übersehen werden darf, dass die Gesamtzahl der Jugendlichen, die Ausländer bereits gejagt haben, sehr gering ist: nämlich bei etwa 1% liegt.

Kriminologische Untersuchungen vermitteln auch wichtige Erkenntnisse über die sozialstrukturelle Zusammensetzung rechtsextremistischer Gewalttäter. Etwa 80% von ihnen sind zwischen 14 und 20 Jahre alt, davon

Tabelle 18: Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern
(Sächsische Jugendstudie 1992, Angaben in %)

Indikatortext: »Ausländer jagen«

Antwortmodell:

- 1 habe ich schon getan
- 2 würde ich unter Umständen tun
- 3 würde ich wahrscheinlich nicht tun
- 4 würde ich auf keinen Fall tun

L- R-Spektrum	1	2	3	4
links	0	1	3	96
eher links	0	2	9	89
weder – noch	0	2	15	83
eher rechts	1	21	30	48
rechts	22	44	22	11

(QUELLE: FÖRSTER u.a. 1993. S. 164)

fast die Hälfte unter 17 Jahre. Nur 3% sind über 30 Jahre, der Rest zwischen 20 und 30 Jahren. Mindestens 95% der Gewalttäter sind männlich

Die Täter besitzen überwiegend niedrige Bildungsabschlüsse. Nur etwa 20% haben die mittlere Reife oder einen höheren Schulabschluss. Arbeitslose sind mit ca. 20% überrepräsentiert. Die Täter stammen überproportional aus Familien mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Fremdenfeindliche Gewalttaten werden vorwiegend in Gruppen begangen. Meist sind es aber informelle, selten organisierte Gruppen. Einzeltäter bilden die Ausnahme. Ihr Anteil liegt unter 10%.

Diese Angaben dürften sich in West und Ost bis heute nur graduell etwas verändert haben. Vergleiche dazu VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1994. S. 93ff.; R. ECKERT u.a. 1996; FRIEDRICH/FÖRSTER 1996.

Die Statistiken des Verfassungsschutzes

Die Zahlen rechtsextremistischer Gewalt- und Straftaten werden in den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Bundes (herausgegeben vom Bun-

desministerium des Innern) und der Länder in Broschürenform veröffentlicht. Dort finden sich statistische Angaben über alle Gesetzesverletzungen rechtsextremistischer (auch linksextremistischer) Gewalt. Dazu zählen *Gewalttaten* (oft unterteilt in fremdenfeindliche, antisemitische und gegen politische Gegner gerichtete), aber auch *sonstige*, gegen die Verfassung verstoßende *Straftaten* (wie z.B. Hitlergruß, Hakenkreuzschmierereien, Singen faschistischer Lieder etc.). Letztere bilden gegenüber den Gewalttaten den weitaus größten Teil der Gesetzesverletzungen – durchschnittlich etwa 93%.

Mit den Verfassungsschutzberichten sollten wir über eine gute Informationsbasis verfügen, die insbesondere auch zum Nachweis von Trendprozessen genutzt werden kann. Doch werden wir hier noch auf bedeutende Probleme stoßen.

Die neuen Bundesländer werden seit 1991 berücksichtigt. Seit der Vereinigung, besonders nach den unheilvollen ausländischerfeindlichen Aktionen in Hoyerswerda und Rostock (dann auch in Mölln und Solingen) wird auf den dramatischen Anstieg der vor allem jugendlichen rechtsextremistischen Gewalttaten im Osten verwiesen. Grundsätzlich kann man daran nicht zweifeln. Trotzdem wollen wir aber die folgenden Fragen stellen und zu beantworten suchen.

Wie drückt sich die stärkere Verbreitung rechtsextremistischer Gewalttaten in den neuen Bundesländern in den Verfassungsschutzberichten tatsächlich aus? Wie »objektiv« und zuverlässig darf man diese offiziellen Statistiken bewerten?

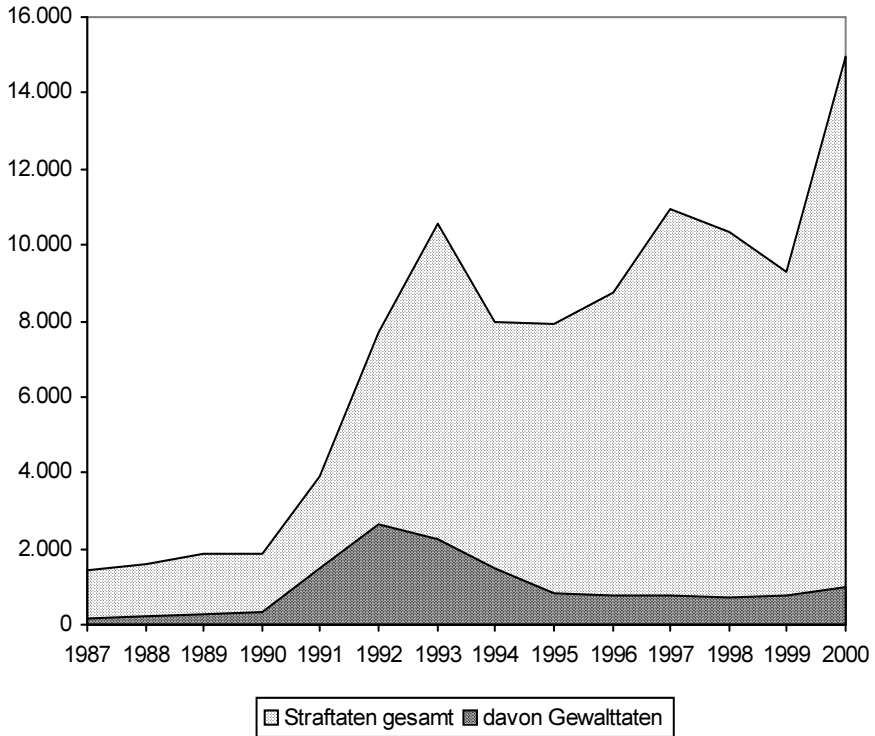
Kann man die höhere Gewaltbereitschaft und das Gewaltverhalten der jugendlichen Ostdeutschen als sicheren Beleg für die Prägung durch das autoritäre DDR-System betrachten oder spielen auch hier Bewertungstereotype aus politischen Hintergründen mit hinein?

Der rapide Anstieg der rechtsextremistischen Gewalt- und Straftaten nach 1990 soll mit folgender Abbildung veranschaulicht werden (vergleiche VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1996. S. 93).

Mit dieser Abbildung wird bestätigt, dass die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten unmittelbar nach den Wendeereignissen sehr stark angestiegen ist. Es kam geradezu zu einer »Eruption der Gewalt« im Osten – aber auch im Westen. Der damalige Anstieg im Westteil hat bis heute noch keine einsichtige Erklärung gefunden.

Dagegen wurde dieser unerwartete Ausbruch der Gewalt im Osten sehr schnell von einem großen Teil der Politiker wie auch von mehr psychoanalytisch orientierten Sozialwissenschaftlern als Folge der Unterdrückung durch die autoritären Machtstrukturen der DDR bzw. als Ergebnis der Befreiung von ihnen interpretiert. Dass dies noch gegenwärtig als eine mögli-

Abbildung 7: Entwicklung der Gewalt- und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund 1987 bis 2000



Jahr	Straftaten gesamt	davon Gewalttaten
1987	1.447	192
1988	1.607	193
1989	1.853	255
1990	1.848	309
1991	3.884	1.492
1992	7.684	2.639
1993	10.561	2.232
1994	7.952	1.489
1995	7.896	837
1996	8.730	781
1997	10.929	790
1998	10.341	708
1999	9.291	747
2000	14.953	998

che Erklärungsvariante gilt, hat unlängst der schon erwähnte Prof. PFEIFFER demonstriert, der die fremdenfeindliche Gewalt im Osten auf die repressive Kleinkinderziehung in der DDR reduzierte.

Uns interessiert hier vor allem die Frage nach dem Ostanteil in den Statistiken der Verfassungsschutzberichte. Da dieser dort aber nicht gesondert ausgewiesen wird, war ich gezwungen, die Anteile an den Gewalt- bzw. an den Straftaten der einzelnen Länder selbst zu berechnen. Weil die Berliner Daten weder dem Westen noch dem Osten eindeutig zugeordnet werden können, wurden sie von mir nicht berücksichtigt. Dadurch treten zwischen den Zahlen der Abbildung 7 und der folgenden Tabelle 19 geringe Differenzen in den Summen der ausgewiesenen Gewalttaten auf.

Tabelle 19: Anteile rechtsextremistischer Gewalttaten der neuen Bundesländer

%	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Ostanteil (in
			%)
1991	1.483	493	25
1992	2.584	865	25
1993	6.181	534	9
1994	2.830	521	16
1995	5.097	2.296	32
1996	412	331	45
1997	365	369	50
1998	301	323	52
1999	386	330	46
2000	604	345	36

Bedauerlicherweise wurden die Daten in diesen Berichten nicht durchgehend nach gleichen Kriterien klassifiziert, dadurch war ich gezwungen, meinen Berechnungen teilweise unterschiedliche Bezugsgrößen zugrunde zu legen. Das waren:

- 1991/92 »Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund«,
- 1993/94 »fremdenfeindlich motivierte Gesetzesverletzungen«,
- 1995 »Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund«,
- 1996 bis 2000 »Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund«.

Von 1993 bis 1995 wurden in den Berichten die Gewalttaten leider nicht gesondert ausgewiesen.

Diese merkwürdigen Veränderungen der Klassifikationssysteme in nur 10 Jahren deuten schon auf überraschende Unsicherheiten der Behörden hin. Für die daraus entstandenen Informationsdefizite kann man meine Sekundäranalyse nicht verantwortlich machen.

Aus der Tabelle 19 geht hervor: In den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung betrug der Ost-Anteil an den Gewalttaten 25%; damit lag er nur wenig über dem Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer (etwa 21%, ohne Berlin etwa 19%). 1993/94 verwundert der weit unterdurchschnittliche Ost-Anteil gerade bei den »fremdenfeindlich motivierten Gesetzesverletzungen«, einschließlich der dort mit einbezogenen Gewalttaten. Wenn die Ausländerfeindlichkeit im Osten erheblich größer war bzw. ist als im Westen, wäre doch in diesem Zeitraum eine höhere Anteilsrate Ost mit Sicherheit zu erwarten gewesen. Wie sind die im Vergleich zu den westdeutschen Ländern unterdurchschnittlichen Werte hier zustande gekommen?

Demgegenüber steigt 1995/96 der Ostanteil an den rechten Gewalttaten geradezu sprunghaft an, überschreitet 1998 sogar die 50%-Marke, hält sich dort auf diesem Niveau bis 1999, um im Jahre 2000 (gerade dem Jahr einer neuen fremdenfeindlichen Gewaltwelle, die von den meisten Medien vor allem im Osten gesehen wurde!!) wieder merklich zu fallen. Auch dafür habe ich keine stichhaltigen Begründungen gefunden.

Diese widerspruchsvolle Bewegung der Ost-West-Statistiken in den Verfassungsschutzberichten ist kaum zu erklären. Ein Zusammenhang zu Folgewirkungen des DDR-Systems könnte zwar beim Anstieg unmittelbar nach der Vereinigung theoretisch postuliert werden, da die Ostwerte tatsächlich etwas über den Durchschnittswerten der Westpopulationen lagen. Doch bleibt dann unerklärlich, warum die Ost-West-Werte nach 1994 *nicht konvergieren*, sondern im Gegenteil extrem ansteigen und bis 1999 weiter *divergieren*.

So wird auch mit der Durchsicht dieser offiziellen Dokumente die Annahme, dass die hohe Gewaltbereitschaft im Osten durch die DDR-Sozialisation verursacht sein könnte (wie viele Autoren nicht müde werden zu behaupten), keinesfalls gestützt. Selbst Innenminister Schily hat noch Anfang 2001 in einem Interview mit der »Woche« von der »seelischen Zerrüttung« der Ostdeutschen durch das Herrschaftssystem der DDR gesprochen und das als Ursache mit dem hohen Gewaltaufkommen in Zusammenhang gebracht.

Bei der kritischen Prüfung der Verfassungsschutzberichte der letzten 10 Jahre drängen sich dem Leser weitere ernste Bedenken auf. Das betrifft nicht nur die (unverständlich) häufigen Variationen der Klassifikationskri-

terien, sondern auch die mitunter von einem Jahr zum anderen vor sich gehenden enormen Veränderungen der statistischen Werte, gerade auch bei einzelnen ostdeutschen Bundesländern. Beispielsweise befanden sich bis 1995 Sachsen und Thüringen hinsichtlich rechtsextremistischer Gewalt- und Straftaten auf den hinteren Plätzen der Länderrangreihe. 1996 wechselte Thüringen aber plötzlich vom achten auf den zweiten und Sachsen vom vierzehnten auf den fünften Rangplatz nach vorn. Worin liegen die Ursachen für solche Sprünge?

Für Unsicherheiten in der Klassifizierung spricht auch, dass nicht selten die bereits veröffentlichten Daten in späteren Jahresberichten erheblich korrigiert, wie es dann heißt, »auf einen aktuelleren Erkenntnisstand« gebracht wurden. Während z.B. im 96er Verfassungsschutzbericht 781 Gewalttaten ausgewiesen sind (S. 95), werden diese im nächsten Jahresbericht auf 624, also um über 20% gekürzt (vergleiche VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1997. S. 26).

Eine sehr starke »Bereinigung« erfahren die Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund von 1995 im folgenden Jahresbericht 1996. Dort sind beim Rückblick auf 1995 mehr als 1400 Straftaten dazu gekommen! Das betrifft bezeichnenderweise allein über 1200 bei den fünf Ostländern, aber nur wenig über 200 bei den elf Westländern (vergleiche JAHRESBERICHTE 1995. S. 100 und 1996. S. 98). Wurden hier etwa dem Osten einfach höhere Zahlen zugeschoben? Solche Fragen zu klären, dürften wohl nur hochrangige Insider in der Lage sein. Übrigens stehen wir mit unseren kritischen Bedenken nicht allein.

Nach der Bekanntgabe des Verfassungsschutzberichts 2000 im Februar 2001 äußerten sich mehrere zuständige Politiker öffentlich sehr skeptisch zu den Zahlen über die ostdeutschen Bundesländer. Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe erklärte, es sei nicht auszuschließen, dass die höheren Zahlen im Osten vor allem durch den stärkeren Verfolgungsdruck zustande gekommen seien. Auch der thüringische Innenminister Christian Köckert bezweifelte die neuen Zahlen: »Die jungen Bundesländer sind nicht rechtsextremistischer als die alten« (NEUES DEUTSCHLAND 2001). Und Gottfried Timm, Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, bemängelte: »Bisher fehlen einheitliche Grundsätze, um den Rechtsextremismus im Bundesgebiet überhaupt vergleichen zu können. Die einen melden mehr, die anderen weniger...Ich möchte erreichen, dass wir eine Vergleichbarkeit bei der Zählweise herstellen, denn das ist die Voraussetzung für ein exaktes politisches Lagebild« (SONNTAG 2001). Selbst Staatssekretär Körper vom Bundesministerium des Innern gibt »teilweise aufgetretene Schwachstellen (erhebliche Bewertungsspielräume der

Länder, Erfassungsdefizite für bestimmte Fallgruppen)« zu. (Vergleiche Ulla JELPKE 2001.)

Das ist eine sehr deutliche Sprache von kompetenten Insidern. Offensichtlich erhalten wir hier interessante Hinweise auf die Gründe der von uns aufgedeckten statistischen Merkwürdigkeiten und Defekte. Die Glaubwürdigkeit dieser Berichte hat nach der kritischen Durchsicht in meinen Augen erheblich gelitten. Vor allem beschäftigt mich die Frage, ob die ostdeutschen Länder dabei nicht in besonderem Maße benachteiligt worden sind. Durch solche gravierenden statistischen Mängel und die zitierten kritischen Aussagen kompetenter Politiker kann die Relativität dieser offiziellen Daten nicht mehr übersehen werden. Skepsis ist angebracht. Das Vertrauen der Leser in diese für Gesellschaft und Wissenschaft so wichtigen Dokumente darf durch fortgesetzte Mängel nicht weiter geschmälert werden. Doch das Bundesministerium des Innern hat für 2001 schon wieder Änderungen der Erfassungskriterien angekündigt! Wann lernt man aus den Fehlern der Vergangenheit?

Schließlich möchte ich an dieser Stelle noch auf ein ganz anderes Problem aufmerksam machen: auf die Statistiken zur linksextremistischen Gewalt in Deutschland.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der DDR haben vermutlich viele westliche wie vielleicht auch östliche Beobachter mit einer Eruption linksextremistisch motivierter Gewalttaten in den neuen Bundesländern gerechnet. Doch haben sich, wie die Statistiken des Verfassungsschutzes belegen, diese Prognosen nicht erfüllt.

Weder extensiv noch intensiv, weder in den Zahlen noch in der Brutalität der Gewalttaten nach 1990 wurde das Niveau rechtsextremistischer Gewalt erreicht. Auch der Anteil der linksextremistischen Gewalttaten im Osten blieb in den ersten Jahren nach der Vereinigung unter denen der westdeutschen Bundesländer. Allerdings ist auch hier, wie bei den rechtsextremistischen Gewalttaten, im Jahre 1995 eine sprunghafte Zunahme der Zahlen bei den Ostländern zu beobachten, die hier eben so wenig eine Erklärung findet wie dort.

Der Ostanteil betrug nach meinen Berechnungen aus den Verfassungsschutzberichten:

1992 = 14%	1995 = 24%	1998 = 24%
1993 = 12%	1996 = 23%	1999 = 24%
1994 = 17%	1997 = 25%	2000 = 22%

An der Spitze lagen in den letzten Jahren, bezogen auf je 100.000 Einwohner: die Großstädte Berlin, Bremen, Hamburg, gefolgt von den Ländern Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein. Am Ende rangierten dagegen Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Thüringen, Hessen, Brandenburg. Wie kann man diese Relationen erklären?

Wie interpretieren das diejenigen Politiker und Wissenschaftler, für die die politisch motivierten Straf- und Gewalttaten im Osten vor allem ein Produkt der Sozialisation unter den autoritären DDR-Bedingungen sind? In der Regel wird das mit Schweigen übergangen. Solide wissenschaftliche Erklärungsversuche sind mir nicht bekannt.

11. Exkurs: Zum Konzept der »autoritären Persönlichkeit«

Wie im Abschnitt 4 bereits betont, kommt dem Konzept der autoritären Persönlichkeit in den Debatten über die Ursachen des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und Gewalt im Osten eine große Bedeutung zu. So ist die scheinbar plausible Vorstellung verbreitet, autoritäre Gesellschaftsstrukturen erzeugen autoritäre Charaktere. Doch ist dieser Kurzschluss keinesfalls wissenschaftlich gerechtfertigt. Deshalb erscheint es notwendig, dieses Thema hier gesondert zu erörtern. Auf eine detaillierte Darstellung muss verzichtet werden, dafür wird auf neuere Literatur verwiesen.

Das Autoritarismus-Konzept wurde von politisch stark linksorientierten Vertretern der »Frankfurter Schule« (W. REICH, E. FROMM, M. HORKHEIMER, H. MARCUSE) in den 30er Jahren entwickelt. In Anlehnung an Karl MARX und besonders an Sigmund FREUD versuchten sie zu ergründen, wie die schnelle und massenhafte Akzeptanz der faschistischen Ideologie in ihrer Zeit sowie die Ausbreitung faschistischer Charaktere in Deutschland und darüber hinaus entstehen konnten. Sie sahen die Ursache dafür in den ökonomischen, sozialen, politischen Verhältnissen des kapitalistischen Systems zwischen den beiden Weltkriegen. Dieser »neue anthropologische Charaktertyp«, den sie beschrieben, wurde einerseits als unterwürfig, folgewillig, gleichzeitig aber auch als herrschsüchtig, aggressiv gegen Schwächere und Andersdenkende dargestellt. Sie meinten, er werde durch erzieherische Einflüsse bereits in der frühen Kindheit geformt.

Später setzte vor allem Th. ADORNO, als deutscher Emigrant in den USA, gemeinsam mit amerikanischen Forscherkollegen diese Studien unter amerikanischen Verhältnissen fort. Er gab mit ihnen das berühmte Buch »The Authoritarian Personality« (1950) heraus, in dem die »Mentalität« des faschistischen Persönlichkeitstyps differenzierter herausgearbeitet wurde. Ihrer Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Strukturen wurde jedoch in den USA keine größere Aufmerksamkeit mehr geschenkt. Diese Frage trat

zugunsten psychoanalytischer Modelle der familiären Sozialisation der Individuen zurück.

Infolge des Kalten Krieges, besonders der Kommunistenverfolgung unter McCarthy, kam es bereits in den 50er Jahren zu einer weiteren Umfunktionierung des Konzepts. Es wurde für die Erklärung »aller totalitären« Systeme als zuständig betrachtet, also auch auf die kommunistischen Gesellschaften übertragen. Dies erfolgte ohne jede Prüfung durch empirische Grundlagenforschungen und auch gegen den Widerspruch einiger seriöser Forscher u.a. von ADORNO, die dieser Wendung nicht folgten. Obgleich in der Folgezeit sowohl in den USA wie in Europa die prinzipielle Kritik an der Theorie und Methodologie des Konzepts zunahm, verhinderte das doch nicht seine mit unreflektierter Selbstverständlichkeit vorgenommene Ausdehnung auf sozialistische/ kommunistische Gesellschaften. Ungeachtet dessen, dass es »keine abgesicherten Ergebnisse für einen Left-Wing-Authoritarismus gab« (OESTERREICH 1996. S. 60), wurde dieses Konzept in den Dienst politischer Interessen genommen.

In der Bundesrepublik war man bis in die 70er Jahre hinein sehr zurückhaltend gegenüber den Diskussionen und vor allem empirischen Untersuchungen zum autoritären Charaktertyp. Neben wissenschaftlichen Bedenken (zu wenig fundiert durch quantitative soziologische Forschungen) spielte auch die Befürchtung vieler, damals längst wieder einflussreicher ehemaliger NS-Parteigänger eine Rolle, sie könnten dadurch im nachhinein doch noch ideologisch demaskiert werden.

Zu einer Renaissance der psychologischen Forschungen zur autoritären Persönlichkeit kam es, als die sozialistisch-kommunistischen Staaten in Osteuropa zusammenbrachen. Dadurch sahen diese Forscher günstige Möglichkeiten, endlich Vergleichsstudien zwischen Menschen, die in autoritären bzw. in demokratisch verfassten Gesellschaften aufgewachsen waren, durchführen zu können. Die meisten von ihnen erwarteten große Unterschiede zwischen diesen Populationen und versprachen sich die seit langem erhofften Bestätigungen für ihre Theorie sowie einen anhaltenden Forschungsboom. OESTERREICH macht zugleich aber auch auf politische Hintergründe und Interessen aufmerksam: Mit solchen Untersuchungen sollte erreicht werden, ein autoritäres Denken und Verhalten der DDR-Bürger sichtbar zu machen, »der Vertreter des Regimes und ihrer Helfershelfer, weil sie angeblich die Menschen in der DDR unterdrückten, der Bürger der DDR selbst, weil sie sich angeblich unterdrücken ließen, sich anpassten und nicht schon früher das Regime abschüttelten« (1996. S. 70).

Erste West-Ost-Untersuchungen wurden in Deutschland bereits 1990/91 von LEDERER und OESTERREICH organisiert.

Konnten ihre Ergebnisse die so optimistisch erwarteten Theorie-Bestätigungen liefern? Keinesfalls. Im Gegenteil, sie wirkten ernüchternd. Gerda LEDERER musste feststellen: »Nicht die Divergenz, sondern die große Ähnlichkeit der Werte fällt auf [...] es ist eher erstaunlich, wie gering die Differenzen nach einer so grundlegend verschiedenen Sozialisationsgeschichte sind« (1991. S. 591). Die Mittelwerte der Jugendlichen der Noch-DDR waren zwar meist etwas höher als die der westdeutschen, aber nur um 1- bis 3 Zehntelgrade einer 5-stufigen Skala. Solche geringfügigen Unterschiede konnten natürlich auch aus den damals (im Sommer 1990) verbreiteten chaotischen Lebensverhältnissen in der DDR resultieren. Für sichere theoretische Aussagen reichten sie keinesfalls aus.

Die Untersuchung von OESTERREICH, der nicht zu den »Optimisten« zählte, war methodisch sehr fundiert und breiter angelegt. Daher gelangte er zu besonders aussagefähigen Resultaten. Seine Schlussfolgerungen vertrat er ohne taktische Manöver, ganz offensiv. OESTERREICH konnte im Frühjahr 1991 knapp 1.400 Gymnasiasten und Berufsschüler aus Berlin befragen, 800 aus West- und 600 aus Ostberlin.

Über seine Hauptergebnisse schreibt er: »Die Ergebnisse zeigen, dass in den untersuchten Populationen von Jugendlichen zwischen Ost und West keine Unterschiede hinsichtlich autoritärer Persönlichkeitsmerkmale vorhanden sind.« (1993. S. 209) Sie unterscheiden sich auch in Bezug auf rechtsextreme politische Orientierungen und rassistische Vorurteile nur »sehr wenig voneinander« (S. 213). Demgegenüber wurden aber »konkrete Fragen zur Stellung von Ausländern von der Ostberliner Jugendgruppe deutlich ausländerfeindlicher beantwortet« (S. 230).

Im Gegensatz zu rechtsextremistischen und autoritären Einstellungen war die Ausländerfeindlichkeit Ostberliner Schüler und Lehrlinge also schon in seiner Untersuchung vom Frühjahr 1991 stark ausgeprägt, was ja auch mit anderen Jugendstudien dieser Zeit korrespondierte. OESTERREICH sah die Ursachen dafür aber nicht in den autoritären DDR-Strukturen, sondern in den Alltagserfahrungen der Jugendlichen dieser Zeit (Konkurrenz um Arbeitsplätze, Sündenbockzuschreibungen etc.). Dementsprechend folgerte er: »Insgesamt muss die These, die Gesellschaftsordnung der DDR hätte in stärkerem Maße autoritäre Persönlichkeiten hervorgebracht als die parlamentarisch-demokratische, marktwirtschaftlich organisierte der Bundesrepublik im Vergleich Ost- und Westberliner Jugendlicher [...] verworfen werden« (1993. S. 213).

Das waren Anfang der 90er Jahre ungewohnt deutliche Worte, die dem damaligen Zeitgeist widersprachen (der ja schon auf eine Deklassierung der »Ossis« gerichtet war). Der Westberliner OESTERREICH hatte sich bereits seit Ende der 60er Jahre wissenschaftlich mit dieser Problematik be-

schäftigt und sich um klare, auch politisch kritische Aussagen nicht gedrückt.

Später hat FUNKE mit einer regionalen Vergleichsstudie in Deutschland diese Ergebnisse nochmals voll bestätigt. Gemeinsam mit FRINDTE hat er die autoritären Einstellungen bei insgesamt 2.130 Jugendlichen aus je zwei ost- bzw. westdeutschen Ländern untersucht. Er schreibt: »Das Ausmaß autoritärer Orientierungen unterscheidet sich kaum zwischen den vier Bundesländern [...] Die Jugendlichen Bayerns unterschieden sich in ihrem Antwortverhalten nicht von den ostdeutschen.« (1999. S. 125) Dagegen waren die Differenzen zwischen den Jugendlichen Thüringens und Schleswig-Holsteins größer – was mit Unterschieden »autoritärer Strukturen« dieser Länder natürlich ebenfalls nicht erklärt werden kann.

Aber nicht genug damit: Bei verschiedenen internationalen Studien kamen ganz ähnliche Ergebnisse zustande. MCFARLAND hat (nach einigen früheren Versuchen) seit 1989 mehrere Forschungen zum autoritären Verhalten in Russland geleitet und berichtet darüber mit Verwunderung: »Eines der überraschendsten Ergebnisse dieser und früherer Studien war die Feststellung, dass trotz der langen Phase des politischen Autoritarismus Russen in den früheren Jahren weniger autoritär waren als Nordamerikaner«. Russen, »die unter dem sowjetischen Totalitarismus« gelebt hatten, »erwiesen sich als weniger autoritär als vergleichbare Amerikaner.« (2000. S. 180) Und weiter heißt es bei ihm: »Seit 1992 beginnt der russische Autoritarismus anzusteigen, wobei sich aber seine Verbindungen zur kommunistischen Ideologie abschwächen.« (S. 186) Eine Erklärung dieser für die autoritäre Persönlichkeitsforschung nahezu kurios anmutenden Ergebnisse vermag er nicht zu geben.

Damit dürfte für jedermann klar geworden sein, dass das klassische Konzept der autoritären Persönlichkeit heute an der Wirklichkeit vorbeigeht. Das Postulat einer Abhängigkeit des autoritären Verhaltens von totalitären/ autoritären Gesellschaftsstrukturen kann keine wissenschaftlich beweiskräftigen empirischen Belege zu seiner Begründung vorweisen. Es muss daher entschieden zurück gewiesen werden!

Fatal ist nur, dass es so lange kritiklos – von politischen Eiferern, wie aber auch von einigen Wissenschaftlern – benutzt werden konnte, um ihre politisch oft schwerwiegenden, nicht selten politisch diskriminierenden Behauptungen in die Welt zu setzen: ohne die kapitalen Mängel des Konzepts zu berücksichtigen oder überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen. Denn führende international anerkannte Forscher wie ALTEMEYER oder RAY haben schon vor 20 Jahren scharfe Kritik am psychologischen Autoritarismus-Konzept geübt, dessen Erkenntniswert sie damals schon gleich Null beurteilten.

OESTERREICH, der wohl heute in Deutschland als der profilierteste Forscher auf diesem Gebiet angesehen werden kann, sagt das nicht minder deutlich in seinem ebenfalls schon vor fast 10 Jahren herausgegebenen Buch (1993). In seiner jüngsten Publikation stellt er kategorisch fest, die autoritäre Persönlichkeit könne nicht als Ausdruck »autoritärer oder totalitärer Gesellschaften« betrachtet werden (2001. S. 294).

Mit unserer kritischen Darstellung ist nichts gegen theoretisch und methodisch revidierte Fassungen eines »modernisierten« Autoritarismus-Konzepts gesagt, wie das von verschiedenen Forschern gefordert oder bereits praktisch erprobt worden ist. Solche Arbeiten werden sich hauptsächlich auf Korrelationsanalysen mit anderen Verhaltensdispositionen (wie z.B. Ethnozentrismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteilsbereitschaft) richten und können dort durchaus fruchtbar werden.

Oder sie werden, wie von Detlef OESTERREICH seit Jahren demonstriert, theoretisch auf ein ganz anderes Fundament gestellt. Autoritäre Verhaltensweisen werden von ihm nicht als bloßer »Abdruck« autoritärer Gesellschaften betrachtet, sondern als habitualisierte Reaktionen auf Angst- und Unsicherheits-Situationen in der individuellen Biographie, als »Flucht in die Sicherheit« interpretiert, wie der Titel seines Buches von 1996 lautet.

Kausalerklärungen von Charakterzügen aus autoritären Gesellschaftsstrukturen haben heute jedenfalls ausgedient. Der autoritäre Staat *macht nicht einfach* autoritäre Charaktere, wie FUNKE kritisch betont. Solche Auffassungen heute noch zu vertreten, wirkt nachgerade anachronistisch!

Weiterführende Literatur zu dieser Thematik: OESTERREICH 1993, 1996, 2000; FUNKE 1999; RIPPL u.a. 2000; SCHMIDT/HEYDER 2000; ZICK/SIX 1997, dazu auch BRÄHLER/RICHTER 1999; BERTH/BRÄHLER 1999. In den beiden zuletzt genannten Publikationen gehen die Autoren auf der Grundlage eigener Untersuchungen u.a. auch ausführlicher auf die Familiensituation zu DDR- Zeiten ein. Sie stellen fest, dass die familiären Beziehungen damals wie heute noch im Osten im Vergleich zum Westen keinesfalls besonders autoritär, eher als vertrauensvoller gelten können und weisen auch die Behauptungen von MAAZ und von PFEIFFER zur DDR-Krippenerziehung als unbegründet zurück. Sie betonen: »Es gibt keine gesicherten Belege für die These von Chr. Pfeiffer, dass ganze Generationen in den neuen Ländern durch Krippenerziehung geschädigt worden seien.« (BRÄHLER/RICHTER 1999, S. 30) Der Schluss von den autoritären Makrobedingungen über die angeblich durch diese determinierten Mikromilieus der Familie oder der gesellschaftlichen Einrichtungen der Kindererziehung bis hin zur Persönlichkeitsprägung ist nicht gesichert, wie der bekannte Frankfurter Psychoanalytiker Richter und der Leipziger Medizinsoziologe Brähler

feststellen. Das wird auch durch eine weitere gründliche Untersuchung von MANECKE/KUHNKE u.a. vom DJI München klar gestützt (2000. S. 30/31). Vergleiche ferner FRIEDRICH/FÖRSTER/MÜLLER/SCHUBARTH 1993. In dieser Publikation werden die Ergebnisse eigener Untersuchungen von 1992 zu autoritären Orientierungen bei sächsischen Schülern und Lehrlingen dargestellt. Auch die Konzeption der hier vorgetragenen Analyse ist dort bereits vorweg genommen (vergleiche S. 27ff.).

12. Zusammenfassung

Unsere Analyse war auf die Beantwortung der Frage gerichtet, ob die Hauptursachen des rechtsextremistischen/fremdenfeindlichen Einstellungspotentials im Osten in den *autoritären Strukturen* der DDR-Gesellschaft zu sehen sind.

In einem Satz zusammengefasst lautet die Antwort: Die Prüfung der aufgestellten vier Hypothesen erbrachte keine Ergebnisse, die diesen Schluss zulassen.

Weder konnten Daten ermittelt werden, die für Bevölkerungsgruppen der DDR in den 70/80er Jahren ein höheres rechtsextremistisches, fremdenfeindliches oder gewaltbereites Potential als in der westdeutschen Bevölkerung ausweisen, noch konnten Zusammenhänge zwischen dem Grad der DDR-Identifikation und den genannten Einstellungen (im Sinne der 3. Hypothese) festgestellt werden. Ebenso wenig brachte die Prüfung der Sozialisationsdauer unter DDR-Bedingungen solche Forschungsergebnisse, die als Bestätigung der 2. Hypothese aufgefasst werden könnten. Die Ergebnisse der einschlägigen Studien der Meinungs- und Jugendforschung der 90er Jahre entsprachen ebenfalls nicht der hypothetischen Erwartung eines kontinuierlichen Rückganges der häufig höheren Ausgangswerte aus der Wendezeit. Im Gegenteil, in den meisten geprüften Einstellungsbereichen konnte ein *weiterer Anstieg* der empirischen Werte beobachtet werden, der teilweise noch bis zur Gegenwart fort dauert.

In gesonderten Kapiteln sind wir einigen spezielleren Problemen nachgegangen die uns folgende Erkenntnisse vermittelten:

- Erscheinungen des (vielfach auch organisierten) *Rechtsextremismus* waren in der alten BRD bis in die 80er Jahre hinein noch weit verbreitet – auch wenn ein rückläufiger Trend erkennbar war.
Alle Anzeichen sprechen dafür, dass nicht nur die organisierten Formen und Verhaltensweisen, sondern auch die mentalen Rechtsorientierungen, die rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen, bei allen Altersstufen

der DDR-Bevölkerung damals erheblich geringer vorhanden waren als bei der BRD-Bevölkerung in den vergleichbaren Zeiträumen.

- Das trifft in besonderem Maße auf den *Antisemitismus* zu. Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung waren antisemitische Einstellungen in der DDR viel weniger verbreitet als in der BRD. Das zeigte sich in den Ost-West-Vergleichen seit 1990 und insbesondere bei den älteren Jahrgängen, was eindeutig für eine stärkere (und positiv zu wertende) Wirkung der DDR-Sozialisation in diesem Bereich spricht.
- In einem weiteren Kapitel konnte nachgewiesen werden, dass Ostdeutsche kaum autoritärer sind als Westdeutsche, wenn man von den Ergebnissen der klassischen Tests der »*autoritären Persönlichkeit*« ausgeht. Diesem Konzept kann heute keine theoretische oder praktische Relevanz mehr zuerkannt werden. Dessen ungeachtet wird den Ostdeutschen bis heute noch von vielen Autoren, besonders von denen, die von einer Prägung durch die autoritäre DDR ausgehen, diese »Modellpersönlichkeit« unterstellt.
- Auch die Durchsicht der Statistiken über *rechtsextremistische Gewalttaten* hat eine Reihe merkwürdiger und widerspruchsvoller Phänomene aufgezeigt, die deren Aussagewert erheblich relativieren. Die vorliegenden amtlichen Statistiken stellen keine sehr sichere Grundlage für die Berechnung von Trends oder von Ost-West-Vergleichen dar.
- Die Einstellungsdifferenzen zwischen West- und Ostdeutschen hinsichtlich rechtsextremer und fremdenfeindlicher Themenbereiche erwiesen sich in nahezu allen repräsentativen Vergleichsuntersuchungen auch über längere Zeiträume hinweg als *sehr gering*. Sie betragen meist nur wenige Prozentpunkte und fallen zudem noch oft zugunsten der Ostdeutschen aus. Von einer durchgehend stärkeren Verbreitung bzw. Ausprägung des Rechtsextremismus-Syndroms bei Ostdeutschen (gegenüber Westdeutschen) kann keine Rede sein.

Deshalb sind differenzierte Analysen und Lageeinschätzungen nötig. Schmidt und Heyder haben das für die Situation Mitte der 90er Jahre auf der Grundlage von ALLBUS 1996 beispielhaft geleistet und auf die Formel gebracht: »Sowohl das Niveau autoritärer Einstellungen als auch das Ausmaß der Idealisierung der eigenen Nation unterscheidet sich in Ost- und Westdeutschland kaum voneinander. Hingegen ist der Antisemitismus in Westdeutschland stärker verbreitet als in Ostdeutschland, andererseits ist Ausländerdiskriminierung in Ostdeutschland häufiger anzutreffen. Man muss jedoch hinzufügen, dass die quantitativen Unterschiede nicht sehr groß sind.« (2000. S. 479)

- In den 90er Jahren haben sich überwiegend konvergente Trends im Denken, Werten und Verhalten zwischen der ostdeutschen und west-

deutschen Bevölkerung auf fast allen Gebieten unserer Thematik durchgesetzt.

Die Ostdeutschen haben sich dem Niveau (den Standards, Ausprägungsstufen) der Westdeutschen mehr und mehr angenähert (z.B. in den Bereichen Antisemitismus, rechtsextreme Einstellungen, Bewertung des früheren NS-Systems, des Zuzugs von Asylanten u.a.). Die Differenzen werden sich in nächster Zeit sicher noch weiter nivellieren, vielleicht mit Ausnahme der Ausländerfeindlichkeit.

Allerdings soll mit unserer Darstellung nicht der Eindruck eines völlig homogenen Bildes von dieser Problemlandschaft erweckt werden. Der Leser wird selbst bei der Durchsicht verschiedener Tabellen auf einige unstimmi-ge und widersprüchliche Ergebnisse gestoßen sein.

Hervorzuheben ist vor allem:

- Die Situation im Bereich der Fremdenfeindlichkeit.
Sie ist im Osten noch stärker als im Westen verbreitet, obgleich die Dif-ferenzen von Untersuchung zu Untersuchung und besonders in Abhän-gigkeit von den konkreten Fragetexten erheblich auseinandergehen kön-nen.
- Die besondere Situation im ostdeutschen Jugendbereich.
Ostdeutsche Jugendliche unterscheiden sich in zahlreichen Einstel-lungsmerkmalen negativ – in einigen Merkmalen sogar bedeutend – von westdeutschen Jugendlichen. Die Lage in der ostdeutschen Jugend ver-dient daher eine besondere Aufmerksamkeit.
- Die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.
Die Unterschiede etwa zwischen Bildungs- und Geschlechtergruppen, zwischen politisch Links- und Rechtsorientierten, zwischen jüngeren und älteren Kohorten und natürlich besonders zwischen West- und Ost-deutschen sollten stets beachtet werden.

Alle diese Ergebnisse und Einschätzungen können nur als Zurückweisung der Behauptungen einer von autoritären Strukturen bedingten DDR-Sozia-lisation bewertet werden.

Mit politischen Stereotypen kann man der Interpretation dieser Ver-schiedenartigkeiten nicht gerecht werden. Die Hauptursache für die gegen-wärtigen Erscheinungen immer noch in die seit über einem Jahrzehnt nicht mehr existierende DDR hinein zu projizieren – und an diesen Behauptun-gen trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Forschungsaussagen festzuhal-

ten – kann nur als völlig unbegründet, ja geradezu als anachronistisch bewertet werden.

Wenn in zwei großen Bevölkerungsteilen *sehr ähnliche* Merkmalsausprägungen (Einstellungen, Verhaltensweisen) vorherrschen, dann kann sich ein Wissenschaftler nicht damit zufrieden geben, bei dem einen Teil »autoritäre«, bei dem anderen aber »demokratische« Gesellschaftsstrukturen als Erklärung anzugeben. Er wird sich um eine differenziertere und konkretere Analyse bemühen müssen, will er nicht bei fragwürdigen Stereotypen stehen bleiben.

Letztlich kann man diese Stereotypen- und Legendenbildungen wohl nur aus einer bestimmten politisch- ideologischen Motivation heraus begreifen – gleich, ob sie den betreffenden Autoren selbst bewusst ist oder nicht. Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Aggressivität werden häufig doch deshalb dem Konto der längst verblichenen DDR zugeschrieben, weil damit die mental-charakterliche Inferiorität der Ostdeutschen (ihre »Ossi-Mentalität«) betont und als angeblich wissenschaftlich bewiesen hingestellt werden kann. Auf diese Weise können offensichtlich sehr verschiedene außerwissenschaftliche Interessen bedient werden, die aus den noch bestehenden West-Ost-Widersprüchen der deutschen Gesellschaft hervorgehen.

Hinweise auf solche gesellschaftlichen Hintergründe zu geben, gehört mit zum wissenschaftlichen Anliegen dieser Untersuchung. Denn erfolgreiche Gegenstrategien zur Eindämmung rechtsextremistischer Erscheinungen, ihrer Prävention und Therapie können erst nach klarer Erkenntnis des Ursach- Komplexes entworfen werden.

Das schließt die konsequente Zurückdrängung aller vordergründigen Stereotype und Vorurteile ein, die – aus welchen Motiven auch immer – seit langer Zeit zur Charakterisierung der Ostdeutschen ins Spiel gebracht werden. *Sie werden dann so oft wiederholt, bis sie in West, schließlich auch in Ost geglaubt werden.* Mit dieser althergebrachten Methode funktioniert heute noch die Mythenbildung auf allen Gebieten.

13. Ausblick auf einige theoretische und politische Zusammenhänge

Wenn mit unserer Untersuchung die oft ausgesprochene Behauptung, die Erscheinungen des Rechtsextremismus, Antisemitismus, der Fremdenfeindlichkeit und politisch motivierten Gewalt im Osten seien vor allem das Produkt der autoritären DDR-Sozialisation, empirisch nicht bestätigt werden konnte, so ergeben sich daraus mindestens zwei Probleme, die nach einer Beantwortung verlangen.

1. Welche Wirkungen hat dann die langjährige DDR-Sozialisation überhaupt gehabt bzw. welche sind noch heute nachweisbar?
2. Worin bestehen wesentliche Ursachen für die in den neuen Bundesländern existierenden Erscheinungen des rechtsextremistischen Denkens und Verhaltens?

Zur ersten Frage: Wirkungen der DDR-Sozialisation

Selbstverständlich bedeutet die Zurückweisung der Annahme von der »Hauptursache DDR-Sozialisation« nicht, dass diese keinerlei Einfluss hatte und auch gegenwärtig nicht habe. Diesen Schluss wird sicher niemand ziehen.

Die DDR-Sozialisation hat natürlich zu allen Zeiten auf ihre spezifische Weise »funktioniert« und Wirkungen erzielt, so wie das vergleichsweise in der alten BRD oder in anderen Ländern auch der Fall war bzw. ist. Sie hatte auch stets ihren Einfluss auf das rechtsextreme Denken und Verhalten der DDR-Bevölkerung, hat es mit erzeugt – aber eben nur so wie es die vorliegenden empirischen Untersuchungen ausweisen, nicht jedoch in den Ausmaßen wie es sich manche Autoren *ausgedacht* haben!

Die Ergebnisse der einschlägigen Studien weisen eindeutig nach, dass die Werte der Ostdeutschen (bzw. der DDR-Bürger) teils denen der West-

deutschen (bzw. der Bürger der alten BRD) sehr ähnlich waren, vielfach aber sogar unter deren Mittelwerten und nur selten über ihnen lagen.

Das aber hatten jene Autoren, die von der extrem intensiven Funktion der autoritären DDR-Strukturen auf die Herausbildung autoritärer Charaktere ausgingen, gerade *nicht* erwartet. Sie waren und sind vom Vorhandensein stark überdurchschnittlich ausgeprägter rechtsextremistischer Erscheinungen im Osten überzeugt, weil sie das aus ihren theoretischen Annahmen deduziert haben. Ein typisches Beispiel dafür, wie die Wirklichkeit durch eine nichtangemessene theoretische Konzeption deformiert dargestellt werden kann. Eben weil exakte empirische Forschungen die Vorstellungen und Vorurteile dieser Autoren nicht bestätigen, werden sie von ihnen beiseite gelassen, nicht zur Kenntnis genommen. Daraus erklärt sich ihre weiter vorn (im Abschnitt 4) kritisierte »Empirieabstinenz«.

Die Wirkungen der DDR-Sozialisation sollen hier durch eine Reihe von Beispielen aus anderen Einstellungsbereichen verdeutlicht werden, die schon aus der Literatur gut bekannt sind.

Einerseits spricht für die DDR-Sozialisation, dass sich die Mentalität der Ostdeutschen, ihre Werte- und Interessenstrukturen, schon vor der Wende nur wenig von denen der Westdeutschen unterschieden hat. Westdeutsche Beobachter hatten damals geglaubt, die DDR-Bevölkerung würde ein »retardiertes Wertebewusstsein« besitzen, ähnlich dem der westdeutschen in den 50er Jahren. Zu ihrer Verwunderung stellte sich aber schon bei den ersten West-Ost-Vergleichsforschungen ein ganz anderes Bild heraus. So auch in allen Jugendstudien vor 1992.

Der bekannte Jugendforscher J. ZINNECKER schrieb z.B. in seiner Auswertung der ersten gesamtdeutschen Shell-Jugendstudie von 1991: »Um so größer ist das Erstaunen bei den Wissenschaftlern wie bei der Öffentlichkeit, wenn in sozialwissenschaftlichen Vergleichsstudien [...] die großen und dramatischen Unterschiede zwischen den jüngeren Generationen in den neuen und alten Bundesländern schlichtweg ausbleiben.« (1992. S. 26) Ganz ähnlich urteilen H.-J. VEEN, aufgrund einer Jugendstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung von 1991 (VEEN 1994. S. 7) und U. HOFFMANN-LANGE nach dem DJI-Jugendsurvey 1992 (HOFFMANN-LANGE 1995. S. 393).

Den besten Überblick über die west- und ostdeutschen Mentalitäten vor und nach der Vereinigung hat sich in den 90er Jahren Th. GENSICKE erarbeitet. Er resümiert: Es sind die »Wertestrukturen in Ost und West sehr ähnlich, was aufgrund der getrennten Entwicklung über mehr als vier Jahrzehnte überraschen mag.« (2000. S. 87) Auch M. KÜCHLER spricht von einem »verblüffenden Maß an Parallelität in den politischen Einstellungen und Wert-

haltungen, obwohl man doch einen starken Effekt der langjährigen politischen Sozialisation hätte erwarten können.« (1998. S. 295)

Angesichts dieser übereinstimmenden, empirisch fundierten Aussagen sollte man sich also nicht über Ähnlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen auf anderen Gebieten wundern, auch nicht im Bereich des rechtsextremen Denkens und Verhaltens.

Andererseits gibt es aber auch Einstellungen, darunter durchaus tiefreichende Haltungen und weltanschauliche Anschauungen mit hohen Differenzwerten zwischen Ost und West. Sie demonstrieren genau so augenfällig die nachhaltigen Einflüsse der DDR-Sozialisation.

Als Beispiele seien genannt:

- Der Wert »soziale Gleichheit« wird gegenüber dem Wert »Freiheit des Einzelnen« in den neuen Bundesländern weit höher geschätzt als in den alten Bundesländern. Noch 1997 bevorzugten 54% der Ostdeutschen die soziale Gleichheit *vor* der Freiheit, gegenüber nur 27% der Westdeutschen (nach NOELLE-NEUMANN, zitiert bei GENSICKE 1998. S. 178).
- Obgleich die große Mehrheit der Ostdeutschen schon seit der Wendezeit das realsozialistische DDR-System entschieden abgelehnt hat, herrscht doch nach wie vor eine positive Einstellung zur Idee des Sozialismus vor. Dass »der Sozialismus eine gute Idee [ist], die nur schlecht ausgeführt worden ist« meinen in den 90er Jahren beständig etwa zwei Drittel der Ostdeutschen, gegenüber einem Drittel der Westdeutschen (1997: 68% zu 33%, zitiert bei GENSICKE 1998. S. 178).
- Die Identifikation mit der früheren DDR wird trotz der akzeptierten neuen Identität als Bundesbürger von einem großen Teil (etwa von 80%) der Ostdeutschen immer noch betont. Das trifft selbst noch auf 20– bis 25jährige Jugendliche zu, wie FÖRSTER in seiner Längsschnittstudie nachweist. Im Jahre 2000 fand er: »17% fühlen sich als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; 63% fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 13% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch als Bürger der DDR; 7% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.« (2001a. S. 205) Dieses Ergebnis charakterisiert besonders deutlich und differenziert die Langzeitwirkung der DDR-Sozialisation.
- Ostdeutsche sprachen sich zu Beginn des Kosovo-Konflikts wesentlich häufiger gegen eine Beteiligung deutscher Soldaten an den Militärschlägen aus. Ostdeutsche waren zu 56% dagegen, Westdeutsche nur zu 38% (nach einer Untersuchung von BRÄHLER/RICHTER 1999. S. 31). Etwas schwächere Differenzierungen traten bei den militärischen

Aktionen gegen Afghanistan zutage. Die Terroranschläge auf die USA vom 11. September 2001 wurden hingegen in Ost und West etwa gleich stark verurteilt.

- In der DDR gab es bekanntlich schon in den 50er Jahren eine deutliche Konfrontation der SED und des Staates mit den Kirchen, woraus unter anderem eine starke Orientierung der Jugend hin zur atheistischen Weltanschauung hervorging. Etwa 70– bis 80% der Jugendlichen gehörten seit Ende der 60er Jahre keiner Konfession mehr an.

Nach 1990 rechneten die meisten Beobachter mit einer massenhaften Rückkehr dieser Jugendlichen zu den Kirchen. Dies trat jedoch wider Erwarten *nicht* ein: die Zahl der neuen Kirchenmitglieder erhöhte sich nur um wenige Prozent. Auch der Zustrom zur Jugendweihe verringerte sich nach 1990 nur wenig, trotz großer Anstrengungen der Kirchen, unterstützt von anderen einflußreichen Kräften.

Auch dieses Phänomen spricht für die Nachhaltigkeit der DDR-Sozialisation, die man allerdings nicht nur auf die atheistische Propaganda und Erziehung in den Schulen, noch auf spezielle Maßnahmen des autoritären Staates begrenzen darf. Hier spielen der globale Säkularisierungsprozess sowie der schon früher im deutschen Osten stark verbreitete liberale Protestantismus eine bedeutende Rolle mit. Detaillierte Angaben zur Situation bei Jugendlichen finden sich bei FRIEDRICH/FÖRSTER/STARKE 1999. S. 184ff., allgemeinere Aussagen bei MEULEMANN 1996. S. 335ff., vor allem auch bei POLLACK/PICKEL 2000.

Die hier genannten Beispiele, die noch um ein Vielfaches ergänzt werden könnten, veranschaulichen gut die Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. Sie lassen an ihrem bedeutendem Einfluss auf die Persönlichkeitsprägung der in der DDR herangewachsenen Menschen bei sehr verschiedenen Lebensorientierungen keinen Zweifel aufkommen. (Vergleiche insbesondere GENSICKE 1998, 2000; MEULEMANN 1996, 1998; ARZHEIMER/KLEIN 2000; AHBE 2001; POLLACK 1998; BRÄHLER/RICHTER 1999; GABRIEL in seiner Einleitung zu 1997.)

Zur zweiten Frage: Spezielle Ursachfaktoren des rechts-extremistischen Denkens und Verhaltens im Osten.

Wenn die *autoritäre DDR-Sozialisation* nicht als »Hauptursache« des Vorhandenseins rechtsextremistischer Erscheinungen im Osten betrachtet werden kann, muss nach anderen Einflussfaktoren gefragt werden. Dafür

kommen vor allem soziale Lebensbedingungen in Frage, die aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit der neuen Bundesländer resultieren.

Wie schon im Abschnitt 4 betont wurde, ist theoretisch davon auszugehen, dass menschliches Verhalten stets aus der Wechselwirkung vorhandener habitueller Dispositionsstrukturen (die man als Resultate sozialisatorischer Prozesse interpretieren kann) und der in aktuellen Lebenssituationen gegebenen objektiven Bedingungen der handelnden Person resultieren. Solche Lebenssituationen haben sich aber bekanntlich für Ostdeutsche seit der Wende enorm verändert, sich heute zu neuen Sozialisationsstrukturen verstetigt und verfestigt. Sie haben ihren aktuellen Charakter längst verloren und die alten Strukturen aus der weit zurückliegenden DDR-Zeit wesentlich überformt, bzw. bereits weitgehend außer Funktion gesetzt (was vom Alter und anderen Bedingungen der jeweiligen Personen abhängt).

Ein Blick zurück: Phasen des Zusammenbruchs und der Transformation

Verständlicherweise waren die früheren DDR-Bürger in der Zeit des Niederganges und Zusammenbruchs des sozialistischen Systems, aber auch in der Zeit des Überganges und der Integration in das neue Gesellschaftssystem des vereinten Deutschlands mit großen Problemen und Konflikten konfrontiert. Es existierte eine sozial wie psychisch »anomische Situation«, die große Anpassungs- und Bewältigungsleistungen von den einzelnen Menschen verlangte. Trotz überwiegend vorhandener positiver Erwartungen herrschten gleichzeitig (mehr oder minder ausgeprägt) Unsicherheit, Desorientierung, Zukunftsängste, Erscheinungen sozialer Desintegration, drohender und bald auch tatsächlicher Verlust des Arbeitsplatzes, enttäuschte Erwartungen vor, die sich teilweise im Rückzug auf sich selbst, in Vereinsamung, Unruhe, aber auch in Verzweiflung, Affektausbrüchen, verstärkter Aggressionsbereitschaft usw. ausdrückten. Junge Menschen ließen diesen »Gefühlsstau« unvermittelt in ihrem alltäglichen Verhalten zutage treten. Das erklärt, dass gerade bei ihnen rechtsextremistische Ansichten und Zusammenschlüsse, Ausländerfeindlichkeit als Ausdruck der Sündenbocksuche und fremdenfeindliche Gewalt in der Endzeit der DDR und in den ersten Jahren der Transformationsphase so stark hervorgetreten sind, was in unserer Untersuchung klar belegt werden konnte.

Um diese Erscheinungen zu erklären, bedurfte es wahrhaftig keines Rückgriffs auf die autoritäre DDR-Sozialisation, es hätte vor allem einer realistischen Diagnose der anomischen Lebensverhältnisse und einer syste-

matischen Beobachtung der zahlreichen empirischen Untersuchungen bedurft!

Ostdeutsche Lebensverhältnisse heute

Für die 90er Jahre und auch für die Gegenwart gilt, dass die geistige Situation im Osten, die Mentalität der Ostdeutschen, nicht begriffen und bewertet werden kann, ohne ihre spezifischen Lebensverhältnisse in der Gegenwart zu berücksichtigen. Das trifft in besonderem Maße für die Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes ihres rechtsextremen Denkens und Verhaltens sowie auch der möglichen künftigen Trendprozesse zu. Die »Erblasten« aus der DDR-Zeit, die Nachwirkungen der früheren Sozialisation werden dabei bei den jüngeren Jahrgängen immer weiter verblasen und selbst bei den älteren Jahrgängen zunehmend zurücktreten. Aber es werden die neuen, die spezifischen Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern noch lange Zeit einen sehr bedeutenden und keinesfalls zu unterschätzenden Einfluss auf den Fortbestand von Besonderheiten im Denken und Verhalten großer Teile der Ostdeutschen ausüben.

An dieser Stelle kann nur ein ganz knapper Überblick über einige der speziellen ostdeutschen Lebensbedingungen (gegenüber den westdeutschen) gegeben werden.

Genannt werden sollen:

- Die seit langem vorhandene De-Industrialisierung in den neuen Bundesländern. 1998 betrug beispielsweise der Umsatz der ostdeutschen Wirtschaft am Gesamtumsatz der deutschen nur 6% (132 Mrd. von über 2 Billionen DM).
- Die im Vergleich zum Westen mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit im Osten (2001 etwa das 2,3 fache).
- Die gravierenden Benachteiligungen der Ostdeutschen bei Löhnen, Gehältern, Renten (13– bis 30% weniger). Eine grobe Verletzung der Leistungsgerechtigkeit, die beständig Unverständnis, Enttäuschung und Ressentiments auslöst.
- Die völlig unterschiedlichen Vermögensverhältnisse zwischen West und Ost.
- Die Dominanz der Westdeutschen in nahezu allen wichtigen Entscheidungsbereichen der Wirtschaft, auch in staatlichen Institutionen des Ostens.
- Über 80% der Ostdeutschen fühlen sich immer noch als »Deutsche zweiter Klasse«.

- Das Tempo der wirtschaftlichen und sozialen Angleichungsprozesse verlangsamt sich. Die Schere zwischen alten und neuen Bundesländern geht nachweisbar seit 1997 wieder weiter auseinander.
- Der Glaube, die erhoffte und versprochene Angleichung in absehbarer Zeit zu erleben sowie an die Vertrauenswürdigkeit und die Fähigkeit der Politik, ihre Ziele durchzusetzen, geht bei Jung und Alt zurück.
- Daraus ergibt sich: »Angesichts des erfolgreichen Westens erscheint der Osten als abgehängt. Ostdeutschland ist aus dieser Sicht kein Land des Überganges mehr, sondern auf Dauer zweitrangig gestellt.« (Wolfgang THIERSE in seinen Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, vom Januar 2001)

Die hier angesprochenen Besonderheiten sind relevante Bedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung der Menschen, der heranwachsenden wie der älteren. Sie kennzeichnen zur Genüge, dass sich die wirtschaftliche, soziale und geistige Lebenslage großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin gravierend von der der westdeutschen Bevölkerung unterscheiden wird. Deshalb muss auch in Rechnung gestellt werden, dass die daraus entstehenden psychischen Probleme und Konfliktlagen die Schwellenwerte auch für die Anfälligkeit bezüglich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt bei Teilen der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin niedrig halten oder sogar weiter senken werden. Die heutigen Frustrations- und Aggressionspotenziale werden noch lange fortbestehen.

Dies wäre dann allerdings nur als vollständiges Resultat der Sozialisation unter den neuen Gesellschaftsbedingungen der demokratischen und kapitalistisch organisierten heutigen Bundesrepublik zu interpretieren. Es hätte nichts mehr mit der DDR-Sozialisation vergangener Jahrzehnte zu tun.

Allgemeine gesellschaftliche Ursachen heute und morgen

Unter Berücksichtigung der (hier genannten und weiterer) West-Ost-Differenzen in den Lebensverhältnissen der Menschen, kann man natürlich nicht übersehen, dass auch zahlreiche allgemeine Ursachen für das Auftreten rechtsextremer Denk- und Verhaltensweisen existieren, die im *Osten wie im Westen Deutschlands* wirksam sind.

Obwohl gerade im vergangenen Jahrzehnt eine große Zahl von Publikationen zur Ursachenforschung rechtsextremer Erscheinungen erschienen sind und noch mehr Untersuchungen, Expertisen und Modellprojekte die Erfahrungsbasis bereichert haben, besteht doch kein Konsens in einer übergreifenden theoretischen Konzeption. Das resultiert vor allem aus der Breite und Vielgestaltigkeit der komplexen Materie, die nur interdisziplinär

(von Historikern, Politologen, Soziologen, Psychologen u.a.) aufgearbeitet werden kann.

Einig sind sich die Experten aber darin, dass die Ursachen sowohl in globalen, nationalen und lokalen Bedingungen, sowohl in wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und traditionellen Lebenslagen liegen, wie auch in (fast) jedem Einzelfall individuelle psychische Faktoren gesucht werden müssen. Jeder Einzelfall besitzt eine andersgelagerte individuelle Biographie.

Wir können nicht detailliert darauf eingehen, sondern begnügen uns hier mit einer Zusammenstellung weit verbreiteter sozial-kultureller Faktoren im gesellschaftlichen Leben, denen ein Einfluss auf die Entwicklung rechtsextremen Denkens und Verhaltens zuerkannt wird (nach einer Darstellung des Bundesministeriums des Innern).

Dort werden vor allem folgende begünstigende Einflussfaktoren hervorgehoben:

- Zunehmende Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen in der Gesellschaft.
- Konkurrenzverhalten und egozentrisches Denken breiten sich weiter aus.
- Die Polarisierung von Arm und Reich setzt sich fort. Eine Zweidrittelgesellschaft hat sich etabliert. Soziale Notlagen und Unzufriedenheit nehmen zu.
- Arbeitslosigkeit, Mangel an Lehrstellen und beruflichen Perspektiven sind andauernde Erscheinungen.
- Familiäre Bindungen und gesellschaftliches Engagement verlieren an Einfluss.
- Mangel an Freizeitmöglichkeiten besonders für die Jugend. Langeweile herrscht vor, lediglich die Angebote der Spaßgesellschaft werden gern angenommen.
- Schwindendes Rechts- und Wertebewusstsein.
- Die Medien, insbesondere das Internet gewinnen an Einfluss auf die Verhaltensorientierung, einschließlich ihrer problematischen Seiten (Gewaltdarstellung, internationale Vernetzung etc.).
- Das Vertrauen in die Entscheidungs- und Erneuerungsfähigkeit des politischen Systems hinsichtlich der globalen Probleme/Herausforderungen geht zurück.
- Die junge Generation kann sich keineswegs ausreichend in die Gesellschaft einbringen, sie ist in vieler Hinsicht sozial benachteiligt. Ihr Gewicht muss bei politischen Entscheidungen, bei der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen, bei der demokratischen Mitgestaltung überhaupt

entschieden erhöht werden. Andernfalls könnten Aversionen und Spannungen zwischen jüngerer und älteren Generationen erheblich zunehmen.

- Unklar bleibt, ob der Einfluss rechtsextremistischer, rassistischer und fremdenfeindlicher Ideologien und Bewegungen auf dem gegenwärtigen Niveau verbleibt, ob er – aus nationalen bzw. internationalen Quellen heraus – zunehmen oder sich verringern wird. Das dürfte sich als der schwerwiegendste Faktor erweisen.

Von diesen gesellschaftlichen Faktoren und Prozessen ist die Jugend am stärksten betroffen. Die entsprechenden Lebensentwürfe und Verhaltensmuster setzen sich bei jungen Menschen am schnellsten durch und bestimmen als neue Selbstverständlichkeiten die Denk- und Lebensstile des Alltags in der Gesellschaft – auch mit allen davon ausgehenden Gefahren!

Rechtsextremistische Orientierungen, Intoleranz und Gewaltbereitschaft werden, aus dem Blickwinkel der hier genannten gesellschaftlichen Gefährdungspotenziale her betrachtet, mit großer Wahrscheinlichkeit in Zukunft weiter zunehmen, sofern nicht größere politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Ressourcen dagegen mobilisiert werden.

Literatur

- AHBE, T./M. GIBAS (2001): Der Osten in der Berliner Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B1-2/2001.
- ALLBUS 1980–1998. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Universität Köln [CD-ROM].
- ANGERMEYER, M./E. BRÄHLER (2001): Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland. Forschungsbericht an der Universität Leipzig. Dezember 2001.
- ARZHEIMER, K./M. KLEIN (2000): Gesellschaftliche Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen. In: FALTER, J.W./O.W. GABRIEL/H. RATTINGER (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Opladen 2000.
- ARZHEIMER, K./H. SCHOEN/J.W. FALTER (2000): Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: SCHUBARTH, W./R. STÖSS (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000.
- BACH, R. (2000): Zur nationalen und sozialen Demagogie der extremen Rechten. In: KINNER, K./R. RICHTER (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000.
- BENZ, W. (Hrsg.) (1994): Rechtsextremismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1994.
- BENZ, W. (1995): Antisemitismus in Deutschland. München 1995.

- BERGMANN, W. (2000): Antisemitismus in Deutschland. In: SCHUBARTH, W./R. STÖSS (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2000.
- BERGMANN, W./R. ERB (1991): Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1991.
- BERGMANN, W./R. ERB (2000): Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996. In: ALBA, R./P. SCHMIDT/M. WASMER (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Wiesbaden 2000.
- BERTH, H./E. BRÄHLER (Hrsg.) (1999): Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall. Berlin 1999.
- BRÄHLER, E./H.-E. RICHTER (1999): Deutsche – 10 Jahre nach der Wende. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B45/1999.
- BRÜCK, W. (1992): Skinheads als Vorboten der Systemkrise. In: HEINEMANN, K.-H./W. SCHUBARTH (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Köln 1992.
- BUTTERWEGGE, C. (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Darmstadt 1996.
- BUTTERWEGGE, C. (1997): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus. Baden-Baden 1997.
- BUTTERWEGGE, C./H. ISOLA (Hrsg.) (1993): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bremen/Berlin 1993.
- BUTTERWEGGE, C./G. LOHMANN (2000): Rechtsextremismus und Gewalt. Opladen 2000.
- BUTTERWEGGE, C./G. LOHMANN (2001): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt- Opladen 2001.
- CHRAPA, M. (1998): Frustrations- und Aggressionspotentiale im Kontext von Alltagsbewusstsein. In: Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextre-

mismus in den neuen Bundesländern. Fachtagung der Ausländerbeauftragten der Landesregierung Sachsen-Anhalt am 18.05.1998 in Magdeburg (Protokollband).

DUDEK, P./H.-G. JASCHKE (Hrsg.) (1983/84): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 2. Bände. Opladen 1983/84.

ECKERT, R./H. WILLEMS/S. WÜRTZ (1996): Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im Test. In: FALTER, J.W./H.-G. JASCHKE/J.R. WINKLER (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS-Sonderheft 27. Opladen 1996.

ELSNER, E.-M./L. ELSNER (1994): Ausländerpolitik und Ausländerfeindlichkeit in der DDR. Leipzig 1994.

FALTER, J.W. (2000): Politischer Extremismus. In: FALTER, J. W./O.W. GABRIEL/H. RATTINGER (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Opladen 2000.

FÖRSTER, P. (1999): Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989. In: FRIEDRICH, W./P. FÖRSTER/K. STARKE (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung. Leipzig 1966 – 1990. Berlin 1999.

FÖRSTER, P. (2001a): Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben. In: Deutschland Archiv (2001)2.

FÖRSTER, P. (2001b): Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation – Realität und Spekulation. In: hochschule ost. leipziger beiträge (2001)1-2.

FÖRSTER, P./W. FRIEDRICH (1996): Politische Orientierungen der Schuljugend in Sachsen. Forschungsbericht an Forschungsstelle Sozialanalysen. Leipzig, Oktober 1996.

FÖRSTER, P./W. FRIEDRICH/H. MÜLLER/W. SCHUBARTH (1993): Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen 1993.

FRIEDRICH, W. (1991): Die Anderen im Spiegel der Meinungsforschung. In: Utopie kreativ (1991)7.

- FRIEDRICH, W. (1992): Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Ausländern. In: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Orientierungen bei der ostdeutschen Jugend. Leipzig 1992.
- FRIEDRICH, W. (2001): Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B46/2001.
- FRIEDRICH, W./P. FÖRSTER (1996): Jugend im Osten. Leipzig 1996.
- FRIEDRICH, W./P. FÖRSTER/K. STARKE (Hrsg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung. Leipzig 1966 – 1990. Berlin 1999.
- FRIEDRICH, W./W. SCHUBARTH (1991): Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus bei der ostdeutschen Jugend. In: Deutschland Archiv (1991)10.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.) (2001): Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt. In: Handreichung für politische Bildung. März 2001 (vergleiche auch FES-Info 4/2000).
- FUNKE, F. (1999): Autoritarismus – Renaissance einer Erklärungstradition. In: FRINDTE, W. (Hrsg.): Fremde, Freunde, Feindlichkeiten. Opladen/Wiesbaden 1999.
- GABRIEL, O. W. (Hrsg.) (1997): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinten Deutschland. Opladen 1997.
- GENSICKE, Th. (1998): Die neuen Bundesbürger. Opladen/Wiesbaden 1998.
- GENSICKE, T. (2000): Deutschland im Übergang. Speyer 2000 [Forschungsbericht].
- GILLE, M./W. KRÜGER (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Opladen 2000.
- HEINEMANN, K.-H./W. SCHUBARTH (Hrsg.) (1992): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Köln 1992.

- HEITMEYER, W. (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim 1987.
- HEITMEYER, W. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim/München 1992.
- HOFFMANN-LANGE, U. (Hrsg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen 1995.
- HOPF, C./M. SILZER/J.M. WERNICH (1999): Ethnozentrismus und Sozialisation in der DDR – Überlegungen und Hypothesen zu den Bedingungen der Ausländerfeindlichkeit von Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: KALB, P./K. SITTE/C. PETRY (Hrsg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? Weinheim/Basel 1999.
- KINNER, K./R. RICHTER (Hrsg.) (2000): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000.
- KLEINERT, C. (2000): Einstellungen gegenüber Migranten. In: GILLE, M./M. KRÜGER (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Opladen 2000.
- KLEINERT, C./J. DE RIJKE, Johann (2000): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: SCHUBARTH, W./R. STÖSS (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000.
- KÖNIGSEDER, A. (1994): Zur Chronologie des Rechtsextremismus. Daten und Zahlen. In: BENZ, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1994.
- KÜCHLER, M. (1998): Vereint und doch getrennt? In: MEULEMANN, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Opladen 1998.
- LEDERER, G. (1991): Autoritarismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR. In: Deutschland Archiv (1991)6.
- LEDERER, G./P. SCHMIDT (Hrsg.) (1995): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945 – 1993. Opladen 1995.

- LYNEN VON BERG, H. (1994): Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende. In: KOWALSKY, W./W. SCHROEDER (Hrsg.): Rechts-
extremismus. Opladen 1994.
- MAAZ, H.-J. (1993): Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in den
östlichen Bundesländern. In: OTTO, H.-U./R. MERTEN (Hrsg.):
Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Bonn 1993.
- MAAZ, H.-J. (1990): Der Gefühlsstau. Berlin 1990.
- MADLOCH, N. (2000): Rechtsextremismus in Deutschland nach dem
Ende des Hitlerfaschismus. In: KINNER, K./R. RICHTER (Hrsg.):
Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000.
- MANECKE, K./R. KUHNKE u.a. (2000): Fremdenfeindliche Gewalt – eine
Folge des Erziehungssystems der DDR? Expertise. DJI München
2000.
- MCFARLAND, S. (2000): Autoritarismus und die Entwicklung eines demo-
kratischen Bewusstseins in Russland. In: RIPPL, S./C. SEIPEL/A.
KINDERVATER (Hrsg.): Autoritarismus. Opladen 2000.
- MEULEMANN, H. (1996): Werte und Wertewandel. Weinheim/München
1996.
- MEULEMANN, H. (Hrsg.) (1998): Werte und nationale Identität im vereini-
ten Deutschland. Opladen 1998.
- MOSCHNER, M. (2000): Fremdenfeindlichkeit als Schwerpunkt im
Eurobarometer 53: Trendfragen seit 1988. In: ZA-Information (2000)47
(Hrsg.: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität
zu Köln).
- NELLER, K. (2000): Politische Einstellungen, politische Partizipation und
Wahlverhalten im vereinigten Deutschland 1994-1998. In: ZA-Informati-
on (2000)47 (Hrsg.: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an
der Universität zu Köln).
- NEUBACHER, F. (1994): Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutsch-
land – vor und nach der Wende. Bonn 1994.

- NEUREITER, M. (1996): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Marburg 1996.
- NOELLE-NEUMANN, E./E. RING (1984): Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland. Allensbach/Bonn 1984.
- OESTERREICH, D. (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim/München 1993.
- OESTERREICH, D. (1996): Flucht in die Sicherheit. Opladen 1996.
- OESTERREICH, D. (2000): Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. In: RIPPL, S./C. SEIPEL/A. KINDERVATER (Hrsg.): Autoritarismus. Opladen 2000.
- OESTERREICH, D. (2001): Massenflucht in die Sicherheit. In: LOCH, D./W. HEITMEYER (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt/M. 2001.
- PFAHL-TRAUGHBER, A. (1999): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München 1999.
- PFAHL-TRAUGHBER, A. (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B39/2000.
- PFEIFFER, C. (1999): Anleitung zum Hass. In: Der Spiegel (1999)12.
- POLLACK, D. (1998): Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen. In MEULEMANN, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Opladen 1998.
- POLLACK, D./G. PICKEL (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe der DDR- Sozialisation? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B41-42/1998.
- POLLACK, D./G. PICKEL (2000): Religion und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1985-1999. Opladen 2000.

- POUTRUS, P./J. BEHRENDSD./D. KUCK (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B39/2000.
- RIPPL, S./C. SEIPEL/A. KINDERVATER (Hrsg.) (2000): Autoritarismus. Opladen 2000.
- SCHMIDT, P./A. HEYDER (2000): Wer neigt eher zu autoritärer Einstellung und Ethnozentrismus, die Ost- oder die Westdeutschen? In: ALBA, R./ P. SCHMIDT/M. WASMER (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Wiesbaden 2000.
- SCHUBARTH, W. (1999): Forschungen zum Geschichtsbewusstsein. In: FRIEDRICH, W./P. FÖRSTER/K. STARKE (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung. Leipzig 1966–1990. Berlin 1999.
- SCHUBARTH, W. (2000): Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Neuwied 2000.
- SCHUBARTH, W./W. MELZER (Hrsg.) (1995): Schule, Gewalt und Rechtsextremismus. Opladen 1995.
- SCHUBARTH, W./R. STÖSS (Hrsg.) (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000.
- SHELL AG (Hrsg.) (2000): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Opladen 2000.
- SIEGEL, U. (1967): Nationale Gruppen im Urteil Jugendlicher. In: Jugendforschung (1967)3-4.
- SINUS-INSTITUT (1981): 5 Millionen Deutsche: Wir wollen wieder einen Führer haben... Reinbeck 1981.
- SILBERMANN, A. (1982): Sind wir Antisemiten? Köln 1982.
- STARKE, U./K. STARKE (2001): Schülerstudie 2000. Universität Leipzig 2001 [Forschungsbericht].

- STÖSS, R. (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Opladen 1989.
- STÖSS, R. (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 1999.
- SÜSS, W. (1993): Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. In: Analysen und Berichte. Reihe B. Nr. 1/1993.
- TERWEY, M. (1998): Kirche und Zukunftsfurcht. In: POLLACK, D./I. BOROWIK/W. JAGODZINSKI (Hrsg.): Religiöser Wandel in den postkommunistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas. Würzburg 1998.
- THALHAMMER, E. (2001): Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen in West- und Ostdeutschland. Wien 2001. [<http://eumc.eu.int>]
- VEEN, H.-J. u.a. (Hrsg.) (1994): Eine Jugend in Deutschland? Opladen 1994.
- VEEN, H.-J. (1997): Innere Einheit – aber wo liegt sie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B40-41/1997.
- VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1994. [Hrsg. vom} Bundesministerium des Innern. Bonn 1995.
- VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1996. [Hrsg. vom} Bundesministerium des Innern. Bonn 1997.
- VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1997. [Hrsg. vom} Bundesministerium des Innern. Bonn 1998.
- WAHL, K. (1993): Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Gewalt. In: DEUTSCHES JUGENDINSTITUT (Hrsg.): Gewalt gegen Fremde. Weinheim/München 1993.
- WAIBEL, H. (1995): Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln 1995.
- WIEGAND, E. (1993): Ausländerfeindlichkeit in der Festung Europa. In: ZUMA-Informationdienst. Soziale Indikatoren (1993)9.

- WINKLER, J.R. (1996): Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. In: FALTER, J. W./H.-G. JASCHKE/J.R. WINKLER (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS-Sonderheft 27. Opladen 1996.
- WINKLER, J.R. (2000): Ausländerfeindlichkeit im vereinigten Deutschland. In: FALTER, J.W./O.W. GABRIEL/H. RATTINGER (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Opladen 2000.
- WITTENBERG, R. (2000): Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 1998. In: KZSS (2000)1.
- ZICK, A./B. SIX (1997): Autoritarismus, Vorurteile und Einstellung zur Akkulturation. In: Gruppendynamik (1997)3.
- ZINNECKER, J. (1992): Deutsche Jugend heute. In: JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL (Hrsg.): Jugend '92. Opladen 1992

Vorliegende Publikation konzentriert sich auf die Ursachen rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwieweit die spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen der DDR die Herausbildung rechtsextremistischer Dispositionen begünstigt haben bzw. noch heute beeinflussen. Auf der Grundlage zahlreicher, zumeist jüngerer Studien der Meinungs- und Jugendforschung kann nachgewiesen werden, dass viele der heute noch weit verbreiteten Ursach-Behauptungen wissenschaftlich *nicht* begründet sind, daher schlicht als Vorurteile bewertet werden müssen. Besonders aufschlussreich sind die West-Ost-Vergleiche, die ebenfalls die üblichen Klischees widerlegen, dass Ostdeutsche durch das autoritäre System schon immer weit häufiger als Westdeutsche rechtsextremistisch geprägt worden sind. Eine empirisch so faktenreiche (20 Tabellen und 7 Abbildungen belegen dies anschaulich), zugleich methodisch und theoretisch fundierte wie auch kritische Darstellung hat für die aktuelle Diskussion dieser ernsten gesellschaftlichen Problematik eine große Bedeutung.

Über den Autor:

Walter Friedrich, Jahrgang 1929, Prof. Dr. phil. habil.;
Psychologie-Diplom/Dissertation/ Habilitation an der Karl-Marx-Universität Leipzig;
von 1966 bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig; nach 1990 Leiter einiger Forschungsprojekte zur politischen Mentalität, besonders auch zu rechtsextremistischen Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher.
E-Mail: WalFrie@aol.com